



Dr. Ulrich Maly:

Offizieller Start für Verkehrsleitsystem

Nürnberg's Oberbürgermeister freut sich über ein anspruchsvolles Gemeinschaftsprojekt - das derzeit umfangreichste in Europa. **Seite 12**



Manfred Hölzlein:

Doppelter Grund zum Feiern

Das Jubiläumsprojekt „175/50 plus“ des Bezirks Niederbayern ist für den Präsidenten Leistungsbilanz und Vorschau auf die Zukunft des Bezirks. **Seite 15**



Wolfram Zwick:

Gewissenhafter Berater bayerischer Kommunen

Der BKPV-Direktor ist besorgt über die Zunahme komplizierter Rechtsvorschriften, denen sich die Kommunalpolitiker vermehrt ausgesetzt sehen. **Seite 3**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 22. Juli 2004

55. Jahrgang / Nummer 14

GZ-Interview mit Herbert Dombrowsky, VBEW-Vorsitzender:

Top-Thema Energieerzeugung

Energiewirtschaft braucht klare Rahmenbedingungen

Die Energiebranche kommt nicht zur Ruhe. Liberalisierung einerseits und permanente Veränderungen der gesetzlichen und steuerlichen Grundlagen andererseits erfordern permanente Anpassungsstrategien. Ob die Unternehmen künftig die Menschen hierzulande mit ausreichend Strom versorgen können, wird durch die Politik bestimmt. Mit dem Vorsitzenden des Verbands der Bayerischen Elektrizitätswirtschaft e. V. (VBEW), Herbert Dombrowsky, sprach Anne-Marie von Hassel.

GZ: Stichwort Energiewirtschaftsgesetz. Dieses sollte noch vor der Sommerpause verabschiedet werden. Wie ist der Stand der Dinge und welche Erwartungen knüpfen Sie an das Gesetz?

Dombrowsky: Der Gesetzgebungsprozess befindet sich im Rückstand. Bereits am 1. Juli hätte das Energiewirtschaftsgesetz in Kraft treten sollen. Nun wird das Ganze wohl zum Jahresbeginn 2005 über die Bühne gehen. Dieses neue Gesetz wird - und da ist sich die Branche relativ einig - wesentlich größere Umstrukturierungen der Energiewirtschaft bringen, als dies bei der Gesetzesnovellierung aus dem Jahre 1998 der Fall war. Viele sprechen auch von einem Paradigmenwechsel.

Klare Aufgabe

GZ: Können Sie dies konkret belegen?

Dombrowsky: Deutschland wird künftig einen staatlichen Regulierer haben - eine völlig neue Erfahrung für die Energieversorgungsunternehmen hierzulande. Bisher waren wir das einzige Land in der EU, in dem der Netzzugang über das System freiwilliger Verbändevereinbarungen geregelt wurde. Heute allerdings schon darüber zu mutmaßen, was dieser Teilas-

pekt bringt, ist noch zu früh. Es wird letztlich darauf ankommen, welche Kompetenzen im Gesetz für den Regulierer festgeschrieben sind. Für uns ist wichtig, dass der Regulierer eine klar umgrenzte Aufgabe hat, nämlich dafür zu sorgen, dass der Netz-

zugang diskriminierungsfrei gewährleistet wird. Die Politik erwartet ihrerseits, dass jetzt die Nutzungsentgelte sinken. Doch die Versorgungssicherheit, die letztlich nicht unwesentlich von den Netzen abhängt, hat ihren Preis. Nicht umsonst kann Deutschland im weltweiten Vergleich mit einer sehr hohen Versorgungssicherheit aufwarten. Die Energiewirtschaft kann im Regulierer auch einen Verbündeten sehen. Die spezifische Struktur der deutschen Energiewirtschaft mit sehr vielen einzelnen Unternehmen macht es erforderlich, dass auch diese besonderen Aspekte europaweit berücksichtigt werden.

Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit

GZ: Gibt es spezielle Wünsche der Energiebranche an die Ausgestaltung dieses Gesetzes?

Dombrowsky: Wir würden uns wünschen, dass Bewährtes nicht einfach über Bord geworfen wird. Das heißt, dass die Ziele Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit in gleicher Weise berücksichtigt werden. Das gilt insbesondere für die Kalkulation der Netzentgelte. Konkret bedeutet dies, dass sie eine Nettosubstanzerhaltung und kapitalmarktorientierte Eigenkapitalverzinsung vorsehen muss. Die (Fortsetzung auf Seite 8)



Herbert Dombrowsky.

Kommunalkompakt wird Gesetz

Landtag verabschiedet Vorlage der Staatsregierung

Der Ende Mai vom Kabinett Stoiber beschlossene Pakt für Kommunen hat jetzt im Landtag seine gesetzliche Fassung bekommen. Zur praktischen Ausführung des in die Verfassung aufgenommenen Konnexitätsprinzips, zur Erweiterung des kommunalen Finanzierungsspielraums bei Kreditaufnahmen und durch eine Zweitwohnungssteuer, zur Übertragung von Aufgaben auf Zweckverbände sowie zur Berufung von Ortsprechern hat die CSU einen Gesetzentwurf der Staatsregierung nach eingehenden Ausschussberatungen angenommen. Die Opposition stimmte letztlich gegen die Vorlage.

In den Beratungen betonten Innenminister Dr. Günther Beckstein und sein Staatssekretär Georg Schmid, Ziel der Änderungen sei, den Kommunen in ihrer vor allem finanziell schwierigen Situation mehr Handlungsspielraum zu schaffen. Die CSU-Sprecher, darunter der Vorsitzende des federführenden Ausschusses für kommunale Fragen und innere Sicherheit, Jakob Kreidl, begrüßten den Entwurf als Schritt in die richtige Richtung. Seine Stellvertreterin, Helga Schmitt-Bussinger (SPD), nan-

te den Gesetzentwurf insgesamt den „hülflosen Versuch der Staatsregierung, die Vernachlässigung der bayerischen Kommunen zu verschleiern“. Die Staatsregierung entschuldete sich auf Kosten der Kommunen. Schmitt-Bussinger forderte „eine echte Reform des Finanzausgleichs“.

Besonders umstritten blieb bis zuletzt die Wiedereinführung der Zweitwohnungssteuer als einzige von den Kommunen selbst zu beschließende und zu erhebende Abgabe. Christine Kamm forderte (Fortsetzung auf Seite 2)



Die schwierigen Kommunal Finanzen spielen die Hauptrolle beim Bayerischen Städtetag, dessen Jahresversammlung am kommenden Donnerstag und Freitag in Regensburg stattfindet. Städtetagschef OB Josef Deimer erwartet gemeinsam mit etwa 300 Gästen auch Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber. Für Deimer wird es der letzte Städtetag unter seiner Leitung. Er wird im Herbst bei der OB-Wahl in seiner Heimatstadt Landshut nicht mehr kandidieren. Foto: Ferstl

Not schweißt Städte enger zusammen

Kompromiss bei der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe „ist für Städte tragbar, aber nicht zufriedenstellend“

Würzburg (wkn). Der Kompromiss bei der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Hartz IV genannt, wird von den Städten als „tragbar, aber nicht zufriedenstellend“ akzeptiert. Diese Feststellung traf Würzburgs Oberbürgermeisterin Pia Beckmann in ihrer Eigenschaft als Verbandsvorsitzende der kreisfreien Städte in Unterfranken.

In Würzburg trat die Bezirksversammlung des Bayerischen Städtetages zusammen. Auf der Tagesordnung der rund 30 kommunalpolitischen Spitzenvertreter standen aktuelle kommunalpolitische Themen. Es ging um Hartz IV, Sparvorhaben des Freistaates sowie die Verwaltungsreform in Bayern.

Gedämpfte Hoffnungen

Bei einer Pressekonferenz informierten OB Pia Beckmann, Bürgermeister Dr. Leonhard Scherg (Marktheidenfeld), Vorsitzender der kreisangehörigen Verbandsmitglieder in Unterfranken, und der Vorsitzende des Bayerischen Städtetages, Oberbürgermeister Josef Deimer über gemeinsame Ziele der Städte.

So will man den Kompromiss bei Hartz IV, der im Vermittlungsausschuss gefunden wurde, mit tragen. Demnach erhalten die Kommunen in Deutschland als Ausgleich für Belastungen aus der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum 1. Januar 2005 3,2 Milliarden Euro. Ob dieser Betrag ausreiche, die Kommunen auf Dauer, wie versprochen, um 2,5 Milliarden Euro zu entlasten, bleibe abzuwarten, dämpfte Deimer die Hoffnungen. In diesem Zusammenhang verwies Beckmann auf die „Revisionsklausel“. Damit

nicht noch schlechter dazustehen, sollten die Städte die Entwicklung bei der Ausgestaltung (Fortsetzung auf Seite 2)



Jetzt hat sich auch die Finanzbranche des Wetters angenommen. Wetterdeviate sind das innovative Finanzprodukt der Saison. Produkte also, die sich auf Niederschlagsmenge, Temperatur und Windgeschwindigkeit beziehen. Insgesamt gesehen ist das eigentlich nichts anderes als eine großangelegte Wette auf das Wetter, mit einer Bank als sicherem Gewinner. S. 15



Josef Deimer.

Sie lesen in dieser Ausgabe

Auf dem Weg zur schlankeren Verwaltung	Seite 2
Landkreise unzufrieden mit Hartz IV	2
Starker Ausbau der Kinderbetreuung	2
GZ-Kolumne Gerhard Weber: Keine Entlastung bei der Kinder- und Jugendhilfe	3
Diskussion um Bürgermeisterrenten beenden	3
GZ-Fachthemen: Energieversorgung - Energiesparmaßnahmen	4 - 8
Kommunalfahrzeuge - Winterdienst - GaLaBau	9 - 11
Kommunales Verkehrswesen	12
Aus den bayerischen Kommunen	13 - 16

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Auf dem Weg zur schlankeren Verwaltung

CSU-Fraktion billigt das erste Paket des Konzepts „Verwaltung 21“
Es geht um Landwirtschaft, Familienförderung und Gewerbeaufsicht

Als ein großes Stück vorwärts auf dem Weg zur schlankeren, aber bürgernäheren Ämtern und Instanzen nach dem Konzept „Verwaltung 21“ haben Reformminister Erwin Huber und der CSU-Fraktionsvorsitzende Joachim Herrmann die Zustimmung der Regierungskoalition zum „Paket 1“ des Konzepts bewertet. Darin geht es u.a. um die Landwirtschafts- und Forstverwaltung, um die Versorgungs- und Familienbehörden sowie um die Gewerbeaufsicht. Das Ja der Abgeordneten kam kurz vor der parlamentarischen Sommerpause nach monatelangen, teilweise kontroversen Auseinandersetzungen in Kabinett und Fraktion, die zur Modifizierung einiger Vorschläge führten.

Umstritten bis zuletzt war die Landwirtschaftsverwaltung. Der bisherige dreistufige Aufbau mit Ministerium, Mittelbehörde und Ämtern vor Ort wird auf zwei Ebenen zusammengefasst. Die Landwirtschaftsabteilungen der Regierung und die Forstdirektionen werden aufgelöst, Landwirtschafts- und Forstämter werden zusammengefasst. Sie übernehmen einen Großteil der Fachaufgaben der Mittelbehörden (Regierungen) und werden direkt dem Landwirtschaftsministerium unterstellt, das als eigene Spitzenbehörde bestehen bleibt. Das entspricht dem klaren Bekenntnis zur bäuerlichen Landwirtschaft, betonte Huber. Die Opposition fordert Zusammenlegung des Ministeriums mit dem für Verbraucherschutz nach Vorbild der Bundesregierung.

„Zentrum Bayern Familie und Soziales“

Bedenken gegen die direkte Unterstellung der 47 Landwirtschaftsämter zum Ministerium hatten, wie verlautete, zunächst auch Landwirtschaftsminister Josef Miller und der agrarpolitische CSU-Sprecher und Ausschussvorsitzende Sepp Ranner. Beide stimmten nun dem zweistufigen Aufbau zu, woran sich die Fraktionsmehrheit aussprach. 18 mittelfränkische Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Sie fürchteten um die Funktionsfähigkeit der neuen Verwaltung in ihrem Bezirk.

Die Verwaltung für Versorgung und Familienförderung wird in einem „Zentrum Bayern Familie und Soziales“ mit Hauptsitz in Bayreuth konzentriert. Von den Regierungen kommen die Hauptfürsorgestellen und Integrationsämter hinzu. Sieben Serviceteilen an den bisherigen Standorten der Versorgungsämter sollen die Präsenz in der Fläche sichern. Noch geprüft wird, wie die verschiedenen me-

dizinischen Dienste der Regierungen und anderer Stellen „sinnvoll zusammengeführt“ werden können.

Doppelkontrollen vermeiden

Die acht Gewerbeaufsichtsämter in den sieben Regierungsbezirken (München hat neben Oberbayern ein eigenes Amt) werden den Bezirksregionen angegliedert. Um vor allem kleine und mittlere Unternehmen vor Doppelkontrollen im Arbeitsschutz zu bewahren, sollen die Aufgaben von Gewerbeaufsicht und Berufsgenossenschaften überprüft und besser aufeinander abgestimmt werden. Die Kontrolle der Lenk- und Ruhezeiten von Lkw und Bussen wird von der Polizei auf die Gewerbeaufsicht übertragen.

Vereinfachung des Landesplanungsgesetzes

Für die Vereinfachung vor allem der Regionalplanung hat Huber auf die Neufassung des Landesplanungsgesetzes verwiesen, die im Herbst vorgelegt werde. Die regionalen Planungsverbände werde es weiter geben, Raumordnungsverfahren jedoch nur noch, soweit sie durch Bundesrecht vorgeschrieben seien. Solche Verfahren sollen dann binnen drei Monaten abgeschlossen werden.

Die Einsparungen aus der Umsetzung von Paket 1 bezifferte Huber auf insgesamt 830 Planstellen, was eine jährliche Ersparnis von rund 100 Millionen Euro bedeute. Dies sei je-

Kommunalkompakt wird ...

(Fortsetzung von Seite 1) derte namens der Grünen, den Kommunen generell die Erhebung eigener Steuern zu gestatten. Von CSU-Abgeordneten wurden Zweifel an der Wiederzulassung der Zweitwohnungssteuer geäußert. Thomas Kreuzer und Manfred Weiß enthielten sich in diesem Punkt der Stimme, ansonsten votierten sie mit ihrer Fraktion für das Gesetz.

Die Oppositionsvorwürfe zum Finanzausgleich und wegen einer „Gängelung“ der Kommunen wiesen sie mit Hinweis auf die entsprechende Einigung zwischen Finanzministerium und kommunalen Spitzenverbänden zurück. Es gehe in den neuen Vorschriften über Haushaltsaufstellung und Kreditaufnahme lediglich darum, die Kommunen von unwägbareren Risiken abzuhalten.

Minimierung von Risiken

Solche Risiken liegen laut Erläuterung zum Gesetz dann vor, wenn besondere Umstände die Gefahr eines erheblichen Vermögensschadens begründen. Das gelte insbesondere für Rechtsgeschäfte mit den Merkmalen von Cross-Border-Leasing-Modellen (s. GZ 13/8.7. S.11). Hier werden per Gesetz unter dem Gebot der Minimierung von Risiken neue Grenzen für deren Genehmigung gesetzt.

doch frühestens in acht bis zehn Jahren in vollem Umfang zu erreichen, da es keine Kündigungen sondern nur noch Umsetzungen der Bediensteten und „kw-Stellen“ (künftig wegfallend nach Ausscheiden des Stelleninhabers) im Etat geben werde.

„Reformmotor“

Herrmann berichtete, die Zustimmung zum Pakt sei nahezu einstimmig erfolgt, ausgenommen die 18 Enthaltungen in Sachen Landwirtschaft. Huber, der verschiedentlich in der Fraktion hart attackiert worden war, lobte: Die Fraktion habe sich als „echter Reformmotor“ erwiesen. Die rechtliche Umsetzung des Pakets 1 wird durch entsprechende Gesetzesänderungen ab Herbst erfolgen. Dann wird auch Paket 2 vorliegen, in dem es u. a. um die Neuorganisation der Polizei und die Standorte von Ämtern im Zuge des Konzepts Verwaltung 21 geht. Der Fraktionsvorsitzende erwartet noch schwierige Verhandlungen.

Die Opposition befürchtet eine Zerschlagung bewährter Strukturen und bezweifelt, dass die Kosten-Nutzen-Rechnung zugunsten der Bürger aufgeht. Jede Verwaltungsreform müsse am Kopf, also bei den Ministerien, beginnen. **rm**

(Fortsetzung von Seite 1) der rechtlichen Bedingungen von Hartz IV genau beobachten.

Neues Ungemach

Nun dränge die Zeit, mahnte Deimer. Es gelte, die Voraussetzungen zu schaffen, damit Städte, Landkreise und Arbeitsagenturen gemeinsam in der Lage seien, das Arbeitslosengeld II auch tatsächlich an die Betroffenen auszahlen zu können. „Wir wissen“, so der Vorsitzende des Bayerischen

Kassenkredite können über den in der Haushaltsatzung festgelegten Höchstbetrag genommen werden, wenn ansonsten keine wirksame Haushaltsatzung aufgestellt werden kann. Der Grünen-Haushaltssprecher Eike Hallitzky erachtete das Cross-Border-Leasing als zu gefährlich für die Kommunen.

Der Handlungsspielraum der Kommunen wird erweitert, indem beim Abschluss von Arbeitsverträgen die enge Bindung an Tarifverträge gelöst wird. Die Gemeinden müssen auch nicht mehr unbedingt einen Beamten des gehobenen Verwaltungsdienstes beschäftigen. Die Einstellung von Ortschaftsprechern - auch das war in den Ausschussberatungen ein Diskussionsthema - wird jedoch nur bedingt in das Ermessen der Gemeinde gestellt. Hier lehnte auch die CSU den Vorschlag des Innenministers ab, Ortschaftsprecher generell in allen Gemeindeteilen zuzulassen, die nicht im Gemeinderat vertreten sind.

Erleichterung zur Bildung von Zweckverbänden

Weitgehende Übereinstimmung herrschte zwischen CSU und Opposition hinsichtlich der praktischen Umsetzung des Konnexitätsprinzips z.B. dadurch, dass der Staat den Landkreisen dort, wo sie als Staats-

Starker Ausbau der Kinderbetreuung

Steigerung um 30 Prozent in den vergangenen drei Jahren
Stoiber: „Ausbau der Kinderbetreuung erleichtert vielen Familien Ja zum Kind“

Bayern hat in den vergangenen drei Jahren die Kinderbetreuung stark ausgebaut und nimmt bei der Kinderbetreuung unter den westdeutschen Flächenländern heute einen Spitzenplatz ein. „Der Ausbau der Kinderbetreuung ist ein ganz wichtiger Beitrag für Eltern in der Erziehungsphase, der vor allem den Frauen hilft, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. Der Ausbau der Kinderbetreuung ist eine wichtige Voraussetzung, um vielen jungen Eltern das Ja zum Kind zu erleichtern, weil die praktischen Probleme im Alltag leichter überwunden werden können“, betonte Bayerns Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber.

Die Zahl der Betreuungsplätze für die Kinder unter drei Jahren wurde von 2001 bis 2004 um 30 Prozent gesteigert. Bis 2008 soll die Bedarfsdeckung erreicht sein. Für Kinder im Kindergartenalter zwischen drei und sechs Jahren ist in Bayern bereits eine rechnerisch vollständige Bedarfsdeckung erreicht worden. Für die Kinder von sechs bis zehn Jahren konnte die Mittags- und Hortbetreuung in den letzten drei Jahren ebenfalls um 30 Prozent gesteigert werden. Hier ist bereits heute das Ausbauziel nahezu erreicht. Allerdings ist damit zu rechnen, dass in den kommenden Jahren die Nachfrage nach Hortplätzen weiter ansteigen wird.

„Wir sind stolz darauf, dass Bayern beim Ausbau der Kinderbetreuung Vorreiter in Deutschland geworden ist. Kein Land investiert soviel zusätzliche Mittel in die Kinderbetreuung wie das Familienland Bayern. Wir sind mit dem Ausbau der Kinderbetreuung voll im Zeitplan. Bis 2008 soll bei der Kinderbetreuung aller Altersgruppen die Bedarfsdeckung erreicht sein“, erklärte Familienministerin Christa Stewens und Kultusministerin Monika Hohlmeier. Insgesamt profitieren in Bayern bereits 494.000 Kinder von der Geburt bis zum Alter von 16 Jahren von den Kinderbetreuungseinrichtungen im Freistaat.

Bayern gibt heute bereits doppelt soviel Mittel für die Kinderbetreuung aus wie noch vor zehn Jahren (1993: 294 Millionen Euro; 2003: 540 Millionen Euro). Möglich gemacht wird die starke Steigerung von Kinderbetreuungsplätzen in Bayern durch einen massiven Einsatz von Privatisierungserlösen. Ziel der Staatsregierung ist es, mit den 313 Millionen Euro zusätzlichen Mittel aus Privatisierungserlösen im Zeitraum von 2002 bis 2006 30.000 zusätzliche Kinderbetreuungsplätze aufzubauen. „Wir müssen sicherlich in vielen Bereichen die Ausgaben kritisch überprüfen. Aber der planmäßige Ausbau der Kinderbetreuung in Bayern gehört zu unseren eindeutigen politischen Prioritäten“, betonte Ministerpräsident Stoiber. **z**

Landkreise unzufrieden mit Hartz IV

Enttäuscht über das Ergebnis der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zeigte sich das Präsidium des Bayerischen Landkreistags in seiner jüngsten Sitzung in München. Kritisiert hat der Präsident des Bayerischen Landkreistags,

Landrat Theo Zellner auch die Zustimmung des Freistaats. Damit habe Bayern eine Mehrbelastung der bayerischen Landkreise von 203 Mio. Euro mitverursacht, zugleich aber für eine Entlastung von Bund und Ländern gesorgt. Nach den Worten des

Präsidenten erspare sich der Freistaat mit diesem Schritt das Wohngeld für die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger in Höhe von 310 Mio. Euro. Die Weitergabe dieser Einsparungen verlangen die Landkreise, sonst können sie das neue Gesetz nicht vollziehen. Die Beteiligung des Bundes an den Mehrkosten für Unterkunft mit 29,1 % sei bei weitem nicht ausreichend.

Umverteilung im System

Zellner ist der Überzeugung, dass Hartz IV lediglich eine Umverteilung im System bewirkt: „Hier wird nur vom 1. Arbeitsmarkt abgelenkt. Das neue Gesetz wird keinen einzigen Arbeitsplatz in der freien Wirtschaft schaffen.“ Probleme sieht der Präsident auch im Zusammenspiel zwischen der hierarchisch organisierten und strukturierten zentralen Bundesagentur für Arbeit und den eigenverantwortlich selbst entscheidenden Landkreisen.

Karlsruhe soll prüfen

Präsident Zellner bekräftigte die Absicht der deutschen Landkreise, nach In-Kraft-Treten der Arbeitsmarktreform die Verfassungsmäßigkeit des Hartz IV-Gesetzes mit der Kommunalverfassungsbeschwerde zum Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe prüfen zu lassen: „Schließlich greift der Bund hier in verfassungsrechtlich unzulässiger Weise in die Zuständigkeit der Länder ein und höhlt - wie bei der Grundsicherung - das kommunale Selbstverwaltungsrecht aus.“ **z**

Brandl veröffentlichte Lyrikband

Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, ist unter die Schriftsteller gegangen. Der Abensberger Bürgermeister hat einen Gedichtband veröffentlicht und will mit dem Erlös die Jugend- und Seniorenarbeit seiner Heimatstadt unterstützen.

In dem 144 Seiten starken Band schreibt der Lyriker über „Mann und Frau“ sowie „Zeit und Ewigkeit“. Auch auf die Ureinwohner des Freistaats macht sich Brandl seinen Reim. Zudem gibt das Stadtoberhaupt den Lesern in Versform auch noch einen Einblick in die Politik. **DK**

Not schweiß Städte ...

Städtetages, „dass Menschen in sozialen Notlagen keine finanziellen Reserven haben, um ausstehende Unterstützung zwischenfinanzieren zu können“.

Mit dem Rücken an der Wand

Doch schon sehen die Städte neues Ungemach auf sich zukommen. Angeblich will Bundesfamilienministerin Renate Schmidt von den noch gar nicht abgesicherten 2,5 Milliarden Euro etwa 1,5 Milliarden für den Ausbau der Kinderbetreuung abzwacken. Deimer erinnerte daran, dass den Gemeinden „dauerhafte Entlastung“ zugesagt wurde. Man könne den Kommunen doch nicht mit der linken Hand etwas geben und im nächsten Augenblick mit der rechten Hand wieder in die Tasche greifen. Dringend notwendig, so die Vertreter der Städte, sei im Verhältnis zwischen Bund und Kommunen die Einführung des Konnexitätsprinzips. Nach dem Motto „wer anschafft, zahlt“ würden dann klare Verhältnisse herrschen und der Bund müsse zahlen, wenn er den Kommunen neue, kostspielige Aufgaben zuweise.

behörde arbeiten, einen „entsprechenden“ finanziellen Ausgleich gewährt. Die Erleichterung für die Bildung von Zweckverbänden wurde von der Opposition eher skeptisch beurteilt.

In vielen Details beriefen sich SPD und Grüne auf Stellungnahmen der Spitzenverbände; in den Gesetzesänderungen liege „viel Kosmetik und wenig Substanz“. Die Änderungsanträge der Opposition wurden jedoch abgelehnt. Insgesamt werden zehn Gesetze geändert.

Fast alle Bestimmungen treten am 1. August dieses Jahres in Kraft. Dem EU-Stabilitätspakts nachzukommen, werden die bayerischen Kommunen bereits rückwirkend zum 1. Januar 2004 verpflichtet. **rm**

Auch der drastische Sparkurs des Freistaats belaste die Städte, so Deimer. „Wir stehen mit dem Rücken an der Wand. Jetzt sehen wir uns noch einem erheblichen Druck der Volkshochschulen, Sportvereine und sozialen Selbsthilfeorganisationen ausgesetzt, weil diese um ihr Überleben kämpfen, nachdem ihnen der Staat den Geldhahn mehr oder weniger zudreht“.

Entspannter dagegen sehen die Städte die Entwicklung bei der Verwaltungsreform. Deimer mahnte, das Tempo zu verlangsamen. Erst wenn klar sei, was die Verwaltungen künftig noch leisten sollen, könne entschieden werden, welche Behörde an welchem Ort diese Aufgaben am besten wahrnehmen könne. Ziel müsse es sein, alle Verwaltungsaufgaben dezentral und bürgernah anzusiedeln. Dabei werde man auch Zusammenlegungen dulden. Bei Verlagerungen von Staatsaufgaben auf Kommunen werde man aber wachsam sein und weitere finanzielle Belastungen nicht hinnehmen. Der bayerische Staat entschulde sich, während die Kommunen sich weiter verschulden. Gleichzeitig stiegen die Sozial- und Jugendhilfeausgaben, und die Gewerbesteuer als wichtigste Einnahmequelle der Kommunen sei rückläufig.

Enger zusammenarbeiten

Um in Zukunft die Solidarität der Städte voran zu bringen, so Bürgermeister Scherg, will man in Unterfranken enger zusammenarbeiten. Als Neuerung sei eingeführt worden, in jeder Kommune einen Ansprechpartner zu benennen, der die Kommunikation mit den Nachbarstädten aufrecht erhält. Auch werde der Rhythmus der Zusammenarbeit intensiviert. Bereits im November, unmittelbar vor der Umsetzung von Hartz IV, will man sich bereits wieder treffen. Zu der Tagung lud Dr. Leonhard Scherg nach Marktheidenfeld ein. **Wilfried Kenner**

Wir gratulieren

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bürgermeister Alfons Kandler
83487 Marktschellenberg
am 28. 7.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Leonhard Kandler
86674 Baar
am 2. 8.

Bürgermeister Günter Pöllmann
95694 Mehlmeisel
am 6. 8.

Bürgermeister Heinz Wolf
94556 Neuschönau
am 7. 8.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Franz-Josef Lerzer
91171 Greding
am 2. 8.

Bürgermeister Karl Roth
82346 Andechs
am 5. 8.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Stefan Frühbeißer
91278 Pottenstein
am 2. 8.

Bayerischer Kommunalprüfungsverband:

Gewissenhafter Berater der bayerischen Kommunen

Direktor Zwick: Die EU mischt mehr und mehr mit

Der Bayerische Kommunale Prüfungsverband (BKPV) ist in einer großen Bandbreite für seine Mitglieder tätig. Beitragszahler sind die kreisfreien Städte ebenso wie alle Landkreise und Bezirke, auch 37 Verwaltungsgemeinschaften. Es ist nicht zu viel gesagt, dass BKPV-Direktor Wolfram Zwick und sein über 200-köpfiges Team - darunter an die 150 im Außendienst - landesweit am Besten Bescheid wissen über das Soll und Haben der weiß-blauen Kommunallandschaft.

Anlässlich der Vorlage des Geschäftsberichtes 2003 äusserte sich Zwick gegenüber der GZ besorgt über den Wust immer neuer und komplizierter Rechtsvorschriften, denen sich die Verantwortlichen in den Rathäusern und Landratsämtern ausgesetzt sehen. Wichtig ist sein Vorposten im Europabüro von Bayerns Kommunen in Brüssel.

vor der Verpflichtung zur Daseinsvorsorge halt machen. Das müsse den Kommunen vorbehalten bleiben.

Immer neue Aufgaben

Beim BKPV weiß man um die eingeeengte finanzielle Situation von Kommunen im Bayernland. Bei vielen sei Matthäi am letz-

den. Falsche Eingruppierungen seien ebenfalls eher die Ausnahme. In den letzten Jahrzehnten musste die Tätigkeit des BKPV auf eine immer breitere Basis gestellt werden. Beratungen haben heute einen ähnlichen Stellenwert wie die Prüfungsempfehlungen.

Umfangreiche Rechtskenntnisse

Der kürzlich verstorbene Dillingener Landrat Dr. Anton Dietrich stand übrigens als BKPV-Vorstand mit in der Verantwortung für den Verband, der 2003 u.a. 238 Rechnungs- und Kasensprüfungen, 86 Organisations- und 68 bautechnische Beratungen absolvierte. Die eigene Haushaltsrechnung hatte ein Volumen von 22,44 Millionen Euro, etwa im Verhältnis 3:1 durch die Beratungsgebühren und die Mitgliedsbeiträge gedeckt.

Welch ansehnliches Rundum-Paragrafenwissen besonders die Juristen in Landratsämtern und Rathäusern ungeachtet aller Nachschlagemöglichkeiten beherrschen müssen, lässt der BKPV-Jahresbericht beispielsweise im Abschnitt „Abwicklung von VOB-Verträgen bei Insolvenzen der Auftragnehmer“ erkennen. Da müssen die Spielregeln des Insolvenzverfahrens beherrscht werden, der Umgang mit Ansprüchen Dritter oder der Materiallieferanten bekannt sein oder das Kündigungsrecht im Fall eines Bauvertrages.

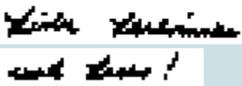
Kaufmännische Grundsätze

Das vertieft sich noch, wenn eine Kommune Unternehmen bzw. Betriebe unter ihren Fittichen hat, die nach kaufmännischen Grundsätzen wirtschaften. Erstmals gelten die Gewinne derartiger gewerblicher Betriebe nun als Einkünfte aus Kapitalvermögen. Grundlage ist das Gesetz zur Senkung der Steuersätze und zur Reform der Unternehmensbesteuerung von 2000. Wenn ein kommunales Unternehmen also einen erwirtschafteten Gewinn an den Träger, die Kommune (an den Hoheitsbereich) ausschüttet, ist dieses Unternehmen hinsichtlich der Besteuerung einer Kapitalgesellschaft gleichgestellt.

Ein Verfahren, das wohl noch Rechtsstreitigkeiten auslösen dürfte. Ähnlich die bereits gerichtlich anhängige Frage, ob Baukostenzuschüsse für Wasserleitungen einem ermäßigten Steuersatz unterliegen.

„Praxisleitfaden“ für Servicegesellschaften

Die kundigen Sachbearbeiter des BKPV durchleuchten im 2003er Bericht des weiteren den Status selbständiger Servicegesellschaften der Kommunen, denen, ausgegliedert, beispielsweise Reinigung, Küche, Wäscherei usw. für das Krankenhaus und/oder das Altenheim übertragen worden sind. Derartige Service GmbH's sind dann rechtlich selbständige Unternehmen, in der Regel eine Tochtergesellschaft des gemeinnützigen Krankenhauses/Altenheimes. Hier sind eine Fülle von Fragen aufgeworfen, die der Klärung bedürfen, etwa hinsichtlich des Arbeitsrechts und zum Betriebsübergang. Die Beschäftigung eines ohne Arbeitslaubnis überlassenen Leiharbeitnehmers könnte als Ordnungswidrigkeit mit bis zu 25.000 Euro Geldbus-



GZ **Kolumne**
Gerhard Weber

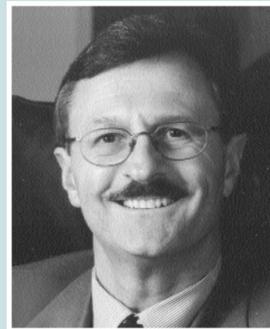
Die Kommunen in Deutschland sind wieder um eine Hoffnung ärmer: Entgegen vielfacher Versprechungen wurde eine Änderung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII) von der Bundestagsmehrheit abgelehnt.

Drastische Ausgabenerhöhungen für die Kinder- und Jugendhilfe brachten die Kommunen in den letzten Jahren in erhebliche Schwierigkeiten. Die Kosten stiegen von 1992 bis 2002 um 6 Milliarden €, was 41 % entspricht. Ein Drittel des Gesamtausgabenan-

Keine Enlastung bei der Kinder- und Jugendhilfe

stiegs ist auf Kostenwüchse bei den öffentlichen Ausgaben für Hilfen zur Erziehung und für junge Volljährige zurückzuführen. Eine zentrale Rolle spielen dabei die Kosten für die Eingliederungshilfe für seelisch Behinderte nach § 35a SGB VIII. Allein für diesen Bereich stiegen die Kosten in der Stadt Regensburg von 1998 bis 2003 um 1006 %!

Erfreulicherweise erkannte die Bayer. Staatsregierung dieses Problem und brachte in den Bundesrat einen Gesetzentwurf ein, mit dem durch kostendämpfende Effekte die Nachhaltigkeit in der Jugendhilfe gesichert werden sollte. Insbesondere im Bereich der Hilfen für seelisch behinderte junge Menschen sollten dadurch eine ziel- und zweckgerichtete Leistungswahrung ermöglicht und weitere Belastungen der Kommunen vermieden oder zumindest



deutlich eingedämmt werden. Außerdem sollten bürokratische Hemmnisse weiter abgebaut, Länderkompetenzen gestärkt bzw. zurückgeholt sowie durch Deregulierung der Vollzug optimiert werden. Der Bundesrat hatte diesem Gesetzentwurf auch bereits zugestimmt.

Doch wieder einmal scheiterte diese sinnvolle Reform an der rot-grünen Mehrheit im Deutschen Bundestag. Alle guten Argumente von Praktikern aus der Jugendhilfe blieben leider ungehört. Die Zusicherungen aus dem Regierungslager, die Kommunen auf vielerlei Feldern auf der Ausgabenseite zu entlasten, erwiesen sich wieder einmal als Schall und Rauch.

Damit bleibt es bis auf weiteres bei den außerordentlich hohen Steigerungsraten der Jugendhilfeausgaben, die die Kommunen nicht mehr finanzieren können. Die Jugendämter bleiben Auffangbecken, Ausfallbürge und Lückenbüßer für andere Leistungssysteme. Sie werden zunehmend nicht mehr als Fachbehörde und Leistungsträger mit einer charakteristischen diagnostischen und pädagogischen Kompetenz gefragt, sondern in erster Linie als Kostenträger. Hinsichtlich der Eingliederungshilfe sind sie jedenfalls längst nicht mehr Herr im eigenen Haus. Die Kommunen als tragende Säule der Kinder- und Jugendhilfe müssen sich wohl damit abfinden, dass sie unter der jetzigen rot-grünen Bundesregierung ihre Steuerungs- und Handlungsfähigkeit auf diesem Gebiet nicht zurückgewinnen werden.

Gerhard Weber

Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

Noch vor zehn Jahren, so Zwick, habe sich kaum jemand um das Geschehen in den EU-Etagen gekümmert. Heute jedoch mische sich die EU vermehrt in den kommunalen Betrieb ein. „Wir müssen rechtzeitig informiert sein, um Einfluss zu nehmen“. Der Eifer, öffentliche Aufgaben zu privatisieren, muss für Zwick

ten. Während Landesregierungen bundesweit einen drastischen Stellen-, d.h. Personalabbau beabsichtigen, registrierten Zwick und seine Leute in Stadt und Land kaum oder nur gelegentlich personelle Überbesetzungen, schon wegen immer neuer Aufgaben, die der Obhut der Kommunen übertragen wer-

se geahndet werden. Hier rät der BKPV zu einem klärenden Gespräch mit dem zuständigen Landesarbeitsamt Nürnberg.

In einem umfangreichen „Praxisleitfaden für die Gründung derartiger Servicegesellschaften“ macht der Prüfungsverband u.a. darauf aufmerksam, dass die Beteiligung eines gemeinnützigen Krankenhauses/Altenheimes an einer nicht gemeinnützigen Service GmbH dem nicht steuerpflichtigen Bereich der Vermögensverwaltung zuzuordnen ist. Aber die Gründung einer Servicegesellschaft könne für das Krankenhaus/Altenheim die Verpflichtung zur Erstellung eines Konzernabschlusses auslösen.

Kaum Beanstandungen

Die 2003 erfolgten Prüfungen der Jahresabschlüsse von 79 Versorgungsbetrieben (Strom, Wasser, Fernwärme, Gas, z.T. im Verbund mit Nahverkehrsbetrieben, Schwimmbädern und Parkhäusern) ergaben keine so wesentlichen Beanstandungen, dass der Bestätigungsvermerk hätte eingeschränkt werden müssen. Bei einem Betrieb wurde lediglich eine „nicht zeitgerechte Buchführung“ kritisiert. Drei Betriebe erwirtschafteten zu hohe Verluste oder hatten eine unzureichende Eigenkapitalausstattung. 2003 wurden insgesamt 156 Krankenhäuser und 43 Altenheime und andere Einrichtungen so unter die Lupe genommen. Die erwähnten Beratungen sorgten ebenfalls für vollen Arbeitseinsatz.

Privat macht billiger

In den abschließenden Prüfungsempfehlungen wird häufig eine Abwägung angeraten, ob anfallende Arbeiten nicht kostengünstiger durch Privatisierung erledigt werden können. Offenkundig müssen vielerorts noch Denkanstöße dazu gegeben werden. Wirtschaftlichkeitsbetrachtung heißt das Stichwort. So ließe sich aus der Sicht der BKPV-Prüfer die Reinigungshäufigkeit da und dort reduzieren. Eine Vergleichsberechnung des Prüfungsverbandes dürfte den Kommu-

nen hier behilflich sein. Dass die Staatsregierung die private Gebäudereinigung zur kostengünstigeren Variante erklärt hat, wird herausgestellt.

Ressourcen schonen

Ausführlich beschäftigt sich der Geschäftsbericht 2003 mit dem „Einsatz des Schulhausmeisters“. Der sei als Bediensteter des Schulträgers für die optimale Betreuung des Objektes verantwortlich, erst in zweiter Linie für den Schulleiter da. Zum spar-

samen Umgang mit Strom, Öl, Wasser usw. sollten alle, Schüler, Lehrer, Hausmeister u.a., aufgerufen werden. An bestimmten Stichtagen sollte der Verbrauch dokumentiert, nach einem Jahr die erzielte Einsparung gemessen werden. Das ersparte Geld könnte der Schule zur eigenen Verwendung überlassen werden. Heute werde mit diesen Ressourcen noch zu sorglos umgegangen. Im Bericht heißt es: „Die Diskussion zur Privatisierung ... ist bei weitem noch nicht abgeschlossen.“ mhb

Deimer zur Altersversorgung der Bürgermeistern:

Unsachliche Diskussion beenden

Für populistisch hält der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Josef Deimer, die in der Süddeutschen Zeitung vom 14. Juli 2004 vom Zaun gebrochene Diskussion um die Altersversorgung der Bürgermeister und Oberbürgermeister in Bayern.

Den in diesem Artikel gezogenen Vergleich zwischen dem Rentenanspruch eines durchschnittlichen Arbeitnehmers und der Pension eines Bürgermeisters hält Deimer für unsachlich. Eher wäre ein Vergleich mit einem Manager eines mittleren Wirtschaftsunternehmens am Platz. Schließlich trägt der Bürgermeister oder Oberbürgermeister die Verantwortung für ein Unternehmen, das bei einer 25.000-Einwohner Stadt immerhin rund 400 Beschäftigte und ein Bilanzvolumen von 88 Millionen Euro aufweist.

Höhere Managergehälter

Abgesehen davon, dass Manager von vergleichbaren Wirtschaftsunternehmen wesentlich höhere Gehälter als Kommunalpolitiker beziehen, werden sie in der Regel mit einem „Goldenen Handschlag“ verabschiedet, der weit über den Pensionsanspruch der Bürgermeister liegt. Deimer: „In den 60er Jahren betrug das Verhältnis einer durchschnittlichen Vorstandsvergütung in einem daxonotierten

Unternehmen zum Durchschnittsverdienst der Arbeitnehmer 1:42. Im Jahr 2004 ist dieses Verhältnis auf 1:240 angestiegen. Vielleicht sollte Kollege Daxenberger sein Augenmerk auf diese Entwicklung legen“.

Auch die Regelung, dass Bürgermeister schon nach zwei Wahlperioden Pension beziehen können, hält Deimer für gerechtfertigt. In der Regel sind Bürgermeister bzw. Oberbürgermeister, wenn sie nach 12 Jahren nicht mehr gewählt werden, zwischen 50 und 60 Jahre alt. Deimer: „Der Arbeitsmarkt für über 50-Jährige ist in diesem Lande - wie jedermann weiß - tot; auch für ehemalige Kommunalpolitiker“. Der Städtetag hält es deshalb für angemessen, wenn Kommunalpolitiker nach „betriebsbedingten“ Kündigungen eine angemessene soziale Absicherung bekommen. Deimer: „Wenn wir für den Job eines Bürgermeisters, der im übrigen eine 60-Stunden-Woche und mehr umfasst, gute und engagierte Leute bekommen wollen, müssen wir sie auch vernünftig bezahlen und sozial absichern.“

Projekt Fiscus wird noch nicht beendet - aber abgespeckt

von Klaus Jamin

Wenn Behörden Softwareprojekte koordinieren, steuern und kontrollieren, dann sollte man hellwach werden. Nicht wegen des fachlichen Unvermögens, sondern wegen der langen Wege die viele Einzel-Entscheidungen nehmen müssen.

Das „Föderale integrale standardisierte computerunterstützte Steuersystem“ (Fiscus-Projekt) hat, wie Eingeweihte wissen, eine lange Geschichte hinter sich. Die Finanzminister der Länder vereinbarten 1991 einheitliche Programme für die bundesweit ungefähr 700 Finanzämter zu entwickeln. Die 120.000 Verwaltungsgestellten sollten spätestens ab 2006 mit dieser Software arbeiten.

Schon in den folgenden Jahren zeigte sich, dass die eigens gegründete Firma FISCUS GmbH heillos überfordert war. Das merkte (oder ahnte?) der Freistaat Bayern sehr bald und stieg noch vor dem Start des Projektes aus. Bayern setzte auf EOSS (Evolutionär orientierte Steuersoftware). Die Basis bilden dabei vorhandene Programme, die allerdings noch z. Teil in Cobol, einer eigentlich recht ortlichen aber älteren Programmiersprache, geschrieben sind.

Auch wenn EOSS noch nicht richtig vorwärts gekommen ist, Geld hat es nicht übermäßig viel gekostet. Das ist bei dem jetzt in Frage gestellten Fiscus-Projekt anders. Mehrere hundert Millionen, nach internen Schätzungen bis zu 900 Millionen Euro, wurden in den letzten Jahren in das Projekt gesteckt, allerdings ohne sichtbaren Erfolg. „Schlampige Planung, fehlende Steuerung und Erfolgskontrolle, zu wenige oder inkompetente Mitarbeiter, unflexible Insellösungen sowie unausgereifte oder überfrachtete Konzepte sind nur einige der Punkte, die es zu bemängeln gilt“, sagte Bundesrechnungshof-Präsident Dieter Engels. Derzeit werden alle großen IT-Vorhaben des Bundes geprüft. Er gehe davon aus, dass bei jedem mindestens einer dieser Mängel gefunden werde, so Engels.

Als im Mai 2004 die Rechnungsprüfer von Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein ebenfalls wegen organisatorischer Defizite Alarm schlugen, wurde eine Sondersitzung für den 9. Juli festgelegt und über das weitere Schicksal dieser Behördenkatastrophe entschieden. Bund und Länder werden ihr Software-Projekt Fiscus für die Finanzverwaltung deutlich abspecken, aber voraussichtlich nicht einstellen.

„Fiscus muss neu ausgerichtet und deutlich reduziert werden“, sagte Schleswig-Holsteins Finanzstaatssekretär Uwe Döring der 'Financial Times Deutschland'.

Auch wenn laut einer Untersuchung des Münchner Ifo-Instituts der öffentlichen Hand jährlich 17,6 Milliarden Euro Umsatzsteuer entgehen, derartige Projekte schüren das Misstrauen der Bevölkerung am Fiskus. Um so richtiger ist die bayerische Entscheidung auf Bewährtem aufzubauen.

E.ON Bayern ist ein Stück Bayern

Energiedienstleister für über zwei Millionen Kunden

Über 2,1 Millionen Kunden schenken der E.ON Bayern AG aus Regensburg ihr Vertrauen und können sich jederzeit auf erstklassigen Service, höchste Versorgungssicherheit und innovative Energielösungen verlassen. Zur Kundenstruktur des Unternehmens zählen 1,6 Millionen Privatkunden, 800 Topp- und Großkunden, 400.000 Geschäftskunden, 135 Weiterverteiler und 1 220 Kommunen.

E.ON Bayern ist mit einem Vertriebsgebiet von rund 50.000 Quadratkilometern der bundesweit größte Regionalversorger. 3.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in einer dezentralen Struktur in ganz Bayern zu finden sind, stehen für die Betreuung und Beratung der Kunden zur Verfügung. Wenn es darauf ankommt, auch rund um die Uhr. Mit einer Auszubildendenquote von rund neun Prozent liegt E.ON Bayern deutlich über dem Durchschnitt.

Strom aus Wasser, Wind, Son-

ne, Biomasse und Biogas steht bei E.ON Bayern hoch im Kurs. Im Netz von E.ON Bayern fließen rund 20 Prozent Strom aus regenerativen Energien. Dies ist im Wesentlichen auf die heimische Wasserkraft zurückzuführen. Als Eigentümer oder Mitgesellschafter dezentraler Energieanlagen erzeugt E.ON Bayern neben Wärme auch über eine Milliarde Kilowattstunden Strom. Das Spektrum reicht von Gasturbinen über Blockheizkraftwerke und Deponiegasnutzungsanlagen bis hin zur Photo-

voltaik. Zudem hat das Unternehmen als kompetenter Partner bei der Realisierung von mehr als 10.000 Wärmepumpenheizungen, über 1.000 Photovoltaikanlagen und rund 100 Biomasse- und Biogasanlagen mitgeholfen. Das Motto: Umweltschonende Energie aus der Region für die Region.

Mehrere Dienstleistungen

E.ON Bayern macht bei der Stromversorgung nicht Halt. Die Devise lautet: Ein Partner, mehrere Dienstleistungen. Deshalb werden die Aktivitäten auf dem Erdgassektor kontinuierlich ausgebaut, damit den Kunden Strom und Gas aus einer Hand geboten werden kann. Im Wärmemarkt hat das Unternehmen ebenfalls

eine starke Position. Für Privathaushalte wird der umweltfreundliche Einsatz der Wärmepumpe forciert, Industriebetrieben und Kommunen wird die Planung und der Bau dezentraler Energieanlagen angeboten.

Modernste Technik

Mit dem Einsatz modernster Technik und sorgfältiger Wartung schützt E.ON Bayern das Verteilungsnetz von 167 000 Kilometern auf der Nieder- und Mittelspannungsebene soweit wie möglich vor Störungen. Erstmals in Deutschland werden Arbeiten an 20.000-Volt-Freileitungen durchgeführt, ohne den Strom abzuschalten. Für die Kunden bedeutet diese neue Technologie das Ende unerfreulicher und zum Teil kostspieliger Unterbrechungen. Ein Spezialfahrzeug mit Hebebühne, isolierende Materialien und ein eigens ausgebildetes, hoch qualifizier-



Die Verkabelung der Mittelspannungsfreileitungen ist heuer ein besonderer Schwerpunkt des Bauprogramms von E.ON Bayern. Daneben wird durch die Erneuerung älterer Ortsnetz-Freileitungen sowie Modernisierung und Erweiterung der netztechnischen Infrastruktur auf der 20 kV-Ebene das Leitungsnetz auf den neuesten Stand der Technik gebracht. Unser Bild entstand an der Strecke zwischen Leinach und Billingshausen.

tes Team schaffen einen neuen Maßstab bei Wartung und Reparatur der Netze.

Bayerisches Traditionsunternehmen

Engagement für Bayern steht hinter der Förderung von Jugend, Sport, Sozialem und Kultur. Als bayerisches Traditionsunternehmen ist sich die E.ON Bayern AG ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst. E.ON Bayern steht für Kraft und Energie, für Innovation und Fortschritt, für Partnerschaft und Kundennähe. 

Hauptsponsor der BR-Radltour

Stromkönig mit B5 aktuell und Nordic Walking

Seit zehn Jahren ist E.ON Bayern Partner der BR-Radltour und zum achten Mal Hauptsponsor dieses populären „mobilen Volksfestes“ des Bayerischen Rundfunks. Als sportbegeistertes Unternehmen fördert E.ON Bayern gezielt und nachhaltig den Breitensport und setzt dabei bewusst auf Veranstaltungen, zu denen jeder Zugang hat und die auch für Familien geeignet sind.

Hauptpreis Fertighaus

Als Unternehmen aus der Region ist E.ON Bayern für die Freizeitsportler in der Region aktiv. Die Sponsoringaktivität von E.ON Bayern bei der BR-Radltour ist auch Bestandteil der Erlebnistour „Entdecken Sie Bayern“ mit der das Unternehmen heuer seine Kunden an mehr als 100 Orte in Bayern einlädt. An allen Stationen, so auch täglich während der Radltour im Energiemobil, gibt es einen Stempel auf die Gewinnkarte zu diesem „Bayernspiel“. Als Hauptpreis winkt ein Fertighaus.

Jeder kann dabei sein

Nach der Zielankunft demonstriert an den Etappenorten Schliersee, Abensberg und Lichtenfels Olympia-Silbermedaillengewinner und ARD-Langlaufexperte Peter Schlickerieder am E.ON Bayern-Energie-Mobil gemeinsam mit prominenten Gästen, wie Nordic Walking, der Fitnesstrend aus Skandinavien, funktioniert. Ganz egal ob Radler oder Zuschauer - jeder kann vor Ort dabei sein und sich von Peter Schlickerieder alles Wissenswerte über Nordic Walking zeigen lassen. Darüber hinaus gibt es noch ein besonderes Schmankerl: Der Etappenort, der die meisten Nordic Walker mobilisiert, erhält 5.000 Euro für die Sportförderung.

Zusätzlich wird jeden Abend bei E.ON Bayern auf der Bühne des Energie-Mobils der Stromkönig mit B5 aktuell gesucht. Zuschauer treten in einem Quiz mit Fragen zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gegeneinander an - der Gewinner erhält ein Jahr Strom von E.ON Bayern zum Nulltarif. 

Stoiber eröffnete neue Neutronenquelle in Garching:

„Der FRM-II ist eine High-Tech-Jobmaschine“

Goppel: „Klares Signal an unsere Nachwuchswissenschaftler“

„Mit dem FRM-II machen wir in Deutschland genau das vor, was wir brauchen: Besser zu sein als alle anderen. Wichtigste Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg ist, dass wir besser sind als unsere billigeren Konkurrenten. Garching wird für völlig neue Produkte und für ein neues ‚Made in Germany‘ stehen. Wir schaffen in Garching nicht nur die modernste Neutronenquelle der Welt. Durch die Vernetzung von Spitzenforschung, Wirtschaft, Existenzgründerzentren und Risikokapitalgeber zu einem sogenannten Cluster geben wir auch wichtige Impulse für die Ansiedlung von High-Tech-Unternehmen mit zukunftsfähigen Arbeitsplätzen“, erklärte Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber anlässlich der Eröffnung des Forschungsreaktors FRM-II in Garching.

Schon jetzt wollten weltweit operierende Hersteller von Hochleistungshalbleitern in Garching produzieren. Firmen, die den FRM II als Multifunktionsinstrument der Forschung und der Anwendung nutzen, gingen nicht in Billiglohnländer. Stoiber: „Damit zeigen wir, dass wir zukunftsfähige Arbeitsplätze in Deutschland erhalten können, wenn wir innovativ sind und mit technischem Know-how vorausgehen.“

Wurzeln des Wohlstands

Forschung, Wissenschaft und Technik seien die Wurzeln des Wohlstands. Die Förderung von Zukunftstechnologien werde sich auszahlen. Stoiber: „Da wir auch in Zukunft nicht billiger sein können als unsere Konkurrenten in Osteuropa oder Asien, müssen wir uns mit innovativen und hochwertigen Produkten eine Spitzenstellung im Markt sichern.“ Er betonte auch die Be-

deutung des Forschungsreaktors für den Forschungsstandort Deutschland: „Der FRM-II ist eine klare Botschaft an die Forschungs- und Wissenschaftselite weltweit: In Deutschland ist Spitzenforschung möglich. Wir

sind auf dem Gebiet der Neutronenforschung Weltspitze und bieten optimale Forschungsbedingungen für Wissenschaft und Unternehmen der Spitzenklasse“, erklärte der Ministerpräsident. Zu viele hervorragende deutsche Wissenschaftler wanderten in andere Länder ab.

Eckstein bayerischer Elitebildung

Mit diesen exzellenten Köpfen verliere Deutschland kostbares Know-How und potentielle Leistungsträger. Diesen Verlust an Innovations- und Wachstumskraft könne man sich auf Dauer nicht leisten. Deutschland muss

wieder ein attraktiver Standort für Eliten werden. „Nur durch ‚Leuchttürme‘ der Innovation wie den FRM-II können wir den Wettbewerb um Spitzenforscher und Innovationen für uns entscheiden. Mit ihm spielen wir in der Champions League der internationalen Hochleistungsquellen.“ Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel ergänzte: „Forschungsbedingungen wie sie der FRM II bietet, setzen uns in die Lage, junge, hoch qualifizierte Nachwuchswissenschaftler in Deutschland zu halten und uns gegenüber der internationalen Konkurrenz um die besten Köpfe zu behaupten. Der FRM II ist damit ein Eckstein bayerischer Elitebildung in vielen Wissenschaftsbereichen. Der FRM II ist zudem ein klares Signal an unsere Nachwuchswissenschaftler. Wir rechnen damit, dass der FRM II im Endausbau etwa 100 vor allem junge Wissenschaftler beschäftigen wird. Dazu kommen 700 bis 900 Gastwissenschaftler pro Jahr.“

Interdisziplinäres Forschungsinstrument

Der FRM-II erzeugt mittels hochangereichertem Uran Neutronenstrahlen mit höchster Intensität und ist damit ein erstklassiges interdisziplinäres Forschungsinstrument sowohl für die Wissenschaft als auch für die Wirtschaft. Durch die einzigartige Qualität der Forschungsneutronenquelle sind völlig neuartige Untersuchungen auf dem Gebiet der Materialforschung sowie der medizinischen und industriellen Anwendung möglich. So können Neutronen beispielsweise völlig zerstörungsfrei das Innere von Werkstoffen sichtbar machen. Das dient etwa dem Nachweis von Korrosionspro-

Mehr Strom aus Biomasse

VBEW fordert effiziente Förderung Erneuerbare Energien

Durch den Zubau von Anlagen konnte in Bayern im ersten Halbjahr 2004 rund 16 Prozent mehr Strom aus Biomasse als im Vergleichszeitraum 2003 erzeugt werden, meldet der Verband der Bayerischen Elektrizitätswirtschaft, VBEW. Die erhöhte Förderung der Biomasse durch das nunmehr verabschiedete Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wird voraussichtlich zu einem Ausbau dieses Energieträgers führen.

Ursache des starken Zuwachses an Biomasse-Strom ist vor allem der Bau von zwei Heizkraftwerken in Zolling und Neufahrn mit insgesamt 25 MW Leistung. In beiden Werken können durch die Verbrennung von Altholz zusammen rund 160.000 Tonnen Kohlendioxid jährlich eingespart werden. Die CO₂-Vermeidungskosten pro Tonne liegen bei Biomasse-Anlagen zwischen 60 und 250 Euro. Die Biomasse steht, ebenso wie die Wasserkraft, dauerhaft und planbar zu Verfügung und leistet somit - im Gegensatz zu Wind und Sonne - einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit. Der VBEW bedauert, dass es mit der Novellierung des EEG nicht gelungen ist, die vom Verbraucher zu zahlenden Fördermittel umwelt- und energiepolitisch effizient einzusetzen. Dies gelte insbesondere für die Photovoltaik mit ihren im Vergleich zu Biomasse, Wind und Wasser sehr hohen CO₂-Vermeidungskosten. Sie liegen bei der Photovoltaik, je nach Anlage, zwischen 2.500 bis 5.000 Euro pro Tonne. Darüber hinaus würden Fördergelder in Milliardenhöhe für Jahrzehnte festgeschrieben. „Dies ist für die Volkswirtschaft eine immense Last“ heißt es in einer Pressemitteilung. ☞



Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber.

Foto: GZ-Archiv

dukten, Rissbildungen und Materialbeschaffenheiten z.B. an Schiene und Trägern. Zudem können aber auch komplexe Maschinen, wie etwa ganze Motoren, während des Betriebs durchleuchtet werden. Das eröffnet der Automobilindustrie neue Möglichkeiten. Ein wichtiges Arbeitsgebiet wird außerdem die Bestrahlung von oberflächennahen Tumoren mit schnellen Neutronen im Rahmen der Krebstherapie sein. Pro Woche können gut 100 Patienten behandelt werden. Stoiber: „Allein diese Beispiele machen schon die breite Palette der Forschungs- und Anwendungsfelder des Forschungsreaktors deutlich. Man kann mit

Fug und Recht sagen: Der FRM-II setzt mit seinen experimentellen Einrichtungen weltweit neue Maßstäbe.“

Die Gesamtkosten von rund 435 Millionen Euro wertet Stoiber als hervorragende Investition in die Zukunft unseres Landes. Der Freistaat ging bei der Finanzierung mit etwa 80 Prozent in Vorleistung. „Mit unserem strategischen Dreischritt aus Sparen, Reformieren und Investieren legen wir jetzt die Grundlage dafür, dass Bayern auch in fünf und zehn Jahren seinen Vorsprung in Bildung, Forschung und Innovation bewahren und weiter ausbauen kann“, so der Ministerpräsident. ☞

Neues Geothermie-Projekt für 'Klimafreundliches Bayern':

Bayern setzt auf Erdwärme

Bayern setzt verstärkt auf eine landesweite Nutzung der Erdwärme als umwelt- und klimafreundliche Energiequelle, betonte Bayerns Umweltminister Werner Schnappauf in München anlässlich des Baubeginns beim Reichertshausener Geothermie-Pilotprojekt.

Schnappauf: „Die Nutzung der Erdwärme anstelle herkömmlicher Ölheizungen senkt den Ausstoß des klimaschädlichen CO₂ um bis zu 80 Prozent. Jetzt gilt es, Bauherren und Planer auf dieses Einspar-Potenzial aufmerksam zu machen.“ Nach den Worten des Ministers hat der Freistaat hierzu die landesweite Initiative 'Klimafreundliches Bayern' gestartet, die neben dem Reichertshausener Vorzeigeprojekt mit einer neu erstellten Informationsbroschüre für eine optimale Erdwärme-Nutzung im Bereich der Altbau- und Sanierungsprojekte wirbt. „Erdwärme nutzen heißt Klima schützen“, so Schnappauf.

Informationsbroschüre

In der gemeinsam vom bayerischen Umwelt- und Wirtschaftsministerium herausgegebenen

Informationsbroschüre „Oberflächennahe Geothermie“ werden die Möglichkeiten der oberflächennahen Erdwärme-Nutzung näher erläutert. Schnappauf: „Von den technischen Lösungen wie Erdwärmekollektor, Erdwärmesonde oder Grundwasser-Wärmepumpe über Genehmigungsabläufe bis hin zu Fördermöglichkeiten erhalten Bauherren, Planer und Fachhandwerker für Ein- und Mehrfamilienhäuser fundierte Hilfestellungen.“ Laut Ausführungen des Ministers sinken durch die Nutzung der oberflächennahen Geothermie nicht nur die Emissionen an klimaschädlichem CO₂, sondern auch die Betriebs- und Heizkosten beträchtlich, so beispielsweise beim Reichertshausener Demonstrationsvorhaben um die Hälfte.

Energetische Sanierung

Hier erfolgt erstmalig die energetische Sanierung eines größeren Gebäudekomplexes mit einer Wärmepumpen-Heizanlage. Die Ölkesselheizung der 1969 erbauten Reichertshausener Grund- und Teilhauptschule

wird dabei durch eine Hochtemperatur-Wärmepumpenheizung ersetzt. Darüber hinaus wird im Neubau der benachbarten Gemeindebücherei eine zweite Wärmepumpenheizung installiert. Schnappauf: „Reichertshausen demonstriert erfolgreich das große Potenzial, das die Geothermie für sanierungsbedürftige Altbauten bereit hält.“

Bodenschonende Methode

Darüber hinaus, so der Minister weiter, kommt in Reichertshausen die besonders bodenschonende Methode des „Einpflügens“ der insgesamt 9 Kilometer an Absorberrohren in eine Tiefe von 1,1 Metern zur Anwendung. Diese Technik vermeidet großflächige Bodenabtragungen und Erdbewegungen. Schnappauf: „Sämtliche Erdarbeiten und die Installation der modernen Wärmepumpenheizungen werden bis zum Ende der Sommerferien fertiggestellt, so dass mit Schulbeginn den Schülern eine moderne, umweltschonende Heizanlage zur Verfügung stehen wird.“

Die Informationsbroschüre „Oberflächennahe Geothermie“ ist vom Umweltministerium erhältlich: Rosenkavalierplatz 2, 81925 München oder poststelle@stmugv.bayern.de.

Lechwerke und AGCO:

Gemeinsames Contracting-Projekt

Am 1. Juli 2004 ging die neue Druckluftanlage bei AGCO in Asbach-Bäumenheim offiziell in Betrieb. Die Anlage ist das erste gemeinsame Contracting-Projekt der Lechwerke (LEW) mit dem amerikanischen Konzern AGCO, einem der führenden Hersteller und Anbieter von Traktoren und Landmaschinen.

Die Lechwerke haben die Anlage in Zusammenarbeit mit AGCO geplant, gebaut und übernehmen den Betrieb sowie die Finanzierung. LEW bietet Unternehmen nicht nur Strom, sondern ist auch Anbieter energienaher Dienstleistungen, wie zum Beispiel dieser Komplettlösung einer Druckluftanlage.

Dienstleister übernehmen die Versorgung

Bei Contracting-Verträgen übernehmen Energiedienstleister die Versorgung beispielsweise mit Strom, Wärme oder Druckluft eines Kunden. Zu

den Dienstleistungen kann ebenfalls die Planung, der Bau und die Finanzierung entsprechender Anlagen zählen.

Druckluft als Nutzenergie

Druckluft ist neben Strom die wichtigste Nutzenergie in Unternehmen. Die Erzeugung von Druckluft ist energieintensiv und damit kostenintensiv. Rund neun Prozent des industriellen Strombedarfs wird zur Druckluftproduktion verwendet. Der Stromverbrauch für die Erzeugung von Druckluft beträgt in Deutschland rund 14 Terrawattstunden (TWh).

Bund darf Ländervotum nicht ignorieren

Wiesheu: Initiative für billigeres Tanken im Grenzland im Bundesrat erfolgreich

Die Länder fordern die Bundesregierung auf, in den deutschen Grenzregionen für billigeren Sprit zu sorgen. Der Bundesrat hat hierzu einer bayerischen Initiative zugestimmt. Das Votum zeige aus Sicht von Bayerns Wirtschaftsminister Otto Wiesheu, dass der Schuh fast überall in Deutschland drücke und etwas unternommen werden müsse.

„In allen Grenzgebieten Deutschlands grassiert der Tanktourismus. Er reißt Löcher im Haushalt des Bundesfinanzministers, ist volkswirtschaftlich unsinnig und gefährdet bei uns Unternehmerexistenzen und Arbeitsplätze“, betonte Wiesheu. „Die Bundesregierung, die uns die Suppe durch ihre Ökosteuerstufen eingebrockt hat, muss jetzt endlich tätig werden und bei der EU ein umsetzbares Konzept einbringen, mit dem das Ganze eingedämmt werden kann!“ forderte der Minister.

Zur Eindämmung des Tanktourismus kann sich der bayerische Wirtschaftsminister eine Regelung ähnlich einem bereits in Italien erfolgreich praktizierten Modell vorstellen. In den dortigen Grenzregionen zur Schweiz und zu Slowenien erhalten Privatpersonen für ihre in der Region zugelassenen Fahrzeuge einen Nachlass auf die Mineralölsteuer, der nach Entfernung zur Grenze gestaffelt ist. Laut Wiesheu würde auch in Bayern und anderen betroffenen Regionen Deutschlands eine solche Regelung Tankfahrten in das Nachbarland, die noch dazu umweltschädigend sind, überflüssig machen. „Es ist grob fahrlässig, dass Rot-Grün hier aus Bequemlich-

keit oder Sturheit bisher nichts unternommen hat“, machte Wiesheu deutlich. Deshalb habe Bayern im Bundesrat die Initiative ergriffen.

Tanken mit Dieselmotoren ist derzeit in allen Nachbarländern billiger als in Deutschland. Auch beim Benzin sind lediglich die Niederlande geringfügig teurer. Die Tankstellenbetreiber im Grenzland klagen aufgrund des Mineralölsteuergeländes deshalb über Absatzbrüche von bis zu 80 Prozent. Die Bundesregierung schätzt die Absatzverluste an den deutschen Tankstellen auf mehr als drei Prozent des gesamten Kraftstoffabsatzes. Dadurch entstehen nach Ansicht von Experten Steuerausfälle von weit über einer Milliarde Euro pro Jahr. Allein in Österreich betragen die Steuermehreinnahmen durch den Tanktourismus im letzten Jahr über eine halbe Milliarde Euro. In der Regel beschränkt sich der Kaufkraftabfluss nicht nur auf den Sprit. Meist wird er mit dem Kauf weiterer billigerer Waren wie zum Beispiel Zigaretten verbunden.

Die rot-grüne Bundesregierung hatte durch die im Jahr 1999 eingeführte und seither in vier Stufen erhöhte Ökosteuer den Preis für Benzin und Diesel um rund 18 Cents pro Liter in die Höhe getrieben. Vor über einem Jahr hatte Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement beim Politischen Aschermittwoch in Vilshofen nach massiven Beschwerden der mittelständischen Tankstellenbetreiber eine Spezialregelung in Aussicht gestellt. Später jedoch vollzog die Bundesregierung wieder eine Kehrtwendung und versagte der Branche die ihre Unterstützung. ☞



Fast 90.000 Euro investierte man in die Sanierung des Flusskraftwerks Hammer. ☞

Oko-Strom für über 430 Haushalte

Im Flusskraftwerk Hammer (FKW) wurde jüngst die generalüberholte Turbine 2 mit einem neuen Generator in Betrieb genommen. Werner Juling, Vorstandsmitglied der N-ERGIE Aktiengesellschaft, stellte die neue Energieerzeugungsanlage in der idyllischen Gegend entlang der Pegnitz vor.

Das FKW Hammer produziert jährlich rund 1,4 Millionen Kilowattstunden Strom. Damit können über 430 Drei-Personen-Haushalte ein ganzes Jahr mit er-

neuerbarer Energie versorgt werden. Für die Modernisierung gab der Energieversorger rund 89.000 Euro aus - eine langfristige Investition für die nächsten 30 Jahre in eine umweltfreundliche Stromproduktion.

Wasserkraft als erneuerbare Energie in Bayern führend

Die erneuerbaren Energien inklusive Wasserkraft deckten 2003 rund 18 Prozent des Stromverbrauchs in Bayern ab. 17 Prozent macht allerdings allein die Wasserkraft mit rund 12.000 Millionen kWh Strom aus, was eine Steigerung zum Vorjahr um 3,8 Prozent bedeutet. Bundesweit wurden laut dem Verband der Elektrizitätswirtschaft e.V. (VDEW) 2002 rund 24.000 Millionen kWh Strom mit Wasserkraft produziert.

„Im Netzgebiet der N-ERGIE sind die Energieträger aus erneuerbaren Energien breiter gestreut. So leisten die Wasserkraft 47,0 Prozent, die Biomasse 26,5 Prozent, die Windkraft 18,9 Prozent, das Deponiegas 4,1 Prozent und die Photovoltaik 3,5 Prozent“, sagt N-ERGIE Vorstandsmitglied Werner Juling. 2003 produzierten die Wasserkraftwerke im Netzgebiet der N-ERGIE allerdings 16 Prozent weniger Strom als im Jahr davor, obwohl die Anzahl der Anlagen von 140 auf 143 anstieg. Der Rückgang der Einspeisemenge ist auf den trockenen, heißen Sommer zurückzuführen, der dazu führte, dass die Flüsse und Bäche weniger Wasser führten. ☞

Neues LEW-Kundenmagazin

Soeben erschien die erste Ausgabe des neuen LEW-Magazins easy living. Es löst die erfolgreiche gleichnamige LEW-Kundenzeitung ab.

Das neue easy living-Magazin entspricht noch stärker der regionalen und kundennahen Ausrichtung von Bayerisch-Schwabens größtem Energieversorger. Es ist in einen Mantel- und einen Regionalteil gegliedert. Das neue Konzept geht auf den veränderten Informationsbedarf der LEW-Kunden ein, der in verschiedenen externen und internen Untersuchungen ermittelt wurde.

Mehr als 380.000 Haushaltskunden erhalten sechs Mal pro Jahr das easy living-Magazin. Es ist ein Gemeinschaftsprojekt der RWE Energy AG, der LEW und drei weiterer RWE-Regionalgesellschaften. Verlegerisch betreut wird das Magazin von dem Hamburger Verlag Hoffmann und Campe. ☞

Bayerngas beklagt Regulierungs-Hürden

Mössner: „So haben wir uns die Liberalisierung nicht vorgestellt“
22 Prozent Dividende und Sonderausschüttung

Die Nachfrage nach Erdgas wird nach Ansicht der Bayerngas GmbH nicht nur in Europa, sondern weltweit steigen, wodurch der Beschaffungswettbewerb härter werden wird. „Der Gasmarkt“, so Ulrich Mössner, Geschäftsführer des Münchner Unternehmens, erhält ein globales Gesicht. „Der Chef dieser größten kommunalen Beschaffungsgesellschaft für Erdgas und siebtgrößten Ferngasgesellschaft in Deutschland ist aber sicher, dass Bayerngas auf diese Entwicklung gut vorbereitet ist und seinen Wachstumskurs fortsetzen kann. 2003 war für das Unternehmen, in dessen Gesellschafterkreis sich einiges geändert hat, wieder ein zufriedenstellendes Jahr. Und auch für 2004 zeigt sich Mössner sehr zuversichtlich.“

Freilich kann das nicht darüber hinwegtäuschen, dass Bayerngas nicht auch mit Problemen zu kämpfen hat. Zu nennen ist vor allem der rechtliche Rahmen, in dem sich die Gaswirtschaft bewegt. Nach Mössners Darstellung erweist sich die „so genannte Liberalisierung“ des Gasmarktes mehr und mehr als zunehmende Regulierungsspirale. Die Beschleunigungsrichtli-

nie der EU vom Vorjahr sei noch nicht umgesetzt, da würden schon neue EU-Verordnungen nachgeschoben. Liquidität (Verfügbarkeit), die Voraussetzung für einen funktionierenden Wettbewerb wäre, werde damit nicht geschaffen. Dafür aber jede Menge regulatorischer Anforderungen, die mit hohem zeitlichem Aufwand, Formalismus sowie auch Kosten verbunden

seien. Mössner nannte Begriffe wie Unbundling (Trennung von Leitung und Vertrieb), Netzkopplung, hohe Transparenzanforderungen, Bilanzkreise und Kapazitätshandel.

Formalismus versus schlanke Effizienz

„Noch ehe ein Regulierer endgültig installiert ist, müssen wir uns bereits mehr mit Regulierungsfragen beschäftigen als mit unseren Kunden“, monierte in der Bilanzpressekonferenz der Bayerngas-Chef. „So hatten wir uns, offen gestanden, die Liberalisierung nicht vorgestellt.“ Bayerngas sei ein schlankes, effizientes Unternehmen, das sich schnell auf neue Anforderungen einstellen könne. Mössner: „Dies aber nur solange, wie uns

die Gesetzgebung nicht zwingt, unsere sportlich-schlanke Figur zu verändern.“

Konzentrationsprozess

Gefordert sieht sich das Unternehmen auch durch den verschärften Wettbewerb in Deutschland, insbesondere durch das Engagement internationaler Anbieter wie BP, Gaz de France, Eon, Shell, ExxonMobil, Natgas und Ecoswitch. Hinzugekommen ist nach Darstellung des Bayerngas-Chefs ein Konzentrationsprozess, der die Gasversorgung bereits dramatisch verändert habe. Von den 15 größten Gasversorgungsunternehmen in Deutschland habe kaum noch ein Unternehmen ein ursprüngliches Gesicht. Dem Sog der größten deutschen und europäischen Gasunternehmen konnten und könnten sich viele Regionalgesellschaften oder kommunale Unternehmen kaum entziehen. Als sinnvolle Alternative böten sich oftmals allein partnerschaftliche Modelle an, wie auch Bayerngas eines verkörpere.

Veränderungen auf der Kundenseite

Veränderungen sieht Bayerngas auch auf der Kundenseite. Es kristallisiere sich zunehmend der Wunsch nach kürzeren Vertragslaufzeiten heraus. Dem stünden aber langfristige Verträge auf der Einkaufseite entgegen. Deshalb müssten sich Vertrieb und Einkauf der Gasversorger künftig noch enger abstimmen. Produzenten und Importeure benötigten eine gewisse Investitionssicherheit. Die Liquidität des deutschen Gasmarktes werde sich in absehbarer Zeit nicht bemerkenswert verbessern, „denn der deutsche Gasmarkt ist - anders als der Strommarkt - ein Importmarkt, in dem es keine nennenswerten Überkapazitäten geben wird“, so Mössner.

Zurück zu den Wurzeln

Die Gesellschafterstruktur der Bayerngas hat sich 2003 verändert. Ruhrgas und E.ON mussten sich von ihren jeweils 22-prozentigen Anteilen trennen wegen einer Auflage der Ministerien zum E.ON-Ruhrgas-Fusion. Diese Anteile wurden von den kommunalen Gesellschaftern übernommen, sodass heute an Bayerngas beteiligt sind München mit 50 Prozent, Augsburg (30,9 Prozent), Regensburg (9,7 Prozent) sowie Landshut und Ingolstadt (je 4,7 Prozent). Dazu Mössner: „Wir sind zu unseren Wurzeln zurückgekehrt, denn wir sind 1962 als kommu-



Für 14 südbayerische Grundschulen gibt es kurz vor den Sommerferien einen besonderen Grund zum Jubeln. Mit ihrem Konzept zur Verschönerung des Pausenhofs haben sie die Jury des ESB-Wettbewerbs überzeugt. 14 glückliche Gewinner können von der Erdgas Südbayern GmbH einen Scheck über 10.000 Euro in Empfang nehmen. Mehr als 80 Schulen hatten Bewerbungsunterlagen eingereicht. Die ESB-Geschäftsführer Dieter Rathsam und Werner Bähre (v.l.) zeigten sich beeindruckt von den kreativen Ideen und dem vorbildlichen Engagement vieler Teilnehmer. Beide waren der Meinung: „Eigentlich gehören viel mehr aufs Siegerpodest!“ Aber auch für alle Schulen, die nicht zu den Gewinnern zählen, hat sich der Einsatz gelohnt. Für sie hält die ESB jeweils ein Spielepaket im Wert von 500 Euro bereit. „Unser Ziel war es, auf lokaler Ebene einen Anstoß zu geben und die Verantwortung der Wirtschaft für die gesellschaftlichen Aufgaben unter Beweis zu stellen“, sagte Werner Bähre. An den Gewinnerschulen wird die ESB die Umsetzung der Pausenhofprojekte weiter begleiten. ☞

Feierliche Einweihung der Erdgasversorgung in Dießen

ESB errichtete Hochdruckleitung / Kostenpunkt: 1,5 Mio. Euro

Ende Juni wurde in Dießen am Ammersee die offizielle Inbetriebnahme der Erdgasversorgung mit dem Fest der „Ersten Flamme“ gefeiert. Damit wurde abgeschlossen, was im Dezember 1998 mit der Unterzeichnung des Konzessionsvertrages auf dem Papier und im November 2000 real mit der Verlegung der ersten Erdgasleitungen begann.

Zum Anschluß der Gemeinde Dießen am Ammersee an das Erdgasnetz der Erdgas Südbayern GmbH (ESB) errichtete das Unternehmen mit einer Investitionssumme von ca. 1,5 Millionen Euro eine Erdgas-Hochdruckleitung. Die Leitung verläuft von Vorderfischen bis Aidenried und von dort durch den Ammersee nach Lachen/St. Alban in Dießen.

Verlegung durch den See

Die Absenkung der Erdgas-Hochdruckleitung in den Ammersee ist Voraussetzung für die Versorgung von Dießen und dem gesamten westlichen Ammerseebereich mit Erdgas. Die Verlegung durch den Ammersee wurde abschnittsweise vorgenommen: Fertigung an Land im Dießener Ortsteil Lachen/St. Alban, Verschweißung am Ufer und dann schwimmende Einführung in den See, bis zum Ostufer. Die Erdgas-Hochdruckleitung wurde über eine Länge von 3,85 km auf dem See in nordwestlicher Richtung vorgestreckt und anschließend komplett auf den Gewässergrund abgesenkt. Im Dießener Ortsteil Lachen/St. Alban endet die Leitung an einer Reglerstation zur anschließenden Einspeisung ins Ortsnetz. Die gesamte Leitungslänge beträgt ca. 6,5 km. Zusätzlich sind ca. 13 km Ortsnetzleitung geplant und ca. 5 km Leitung sind bereits verlegt. Die Einbringung der Seeleitung erfolgte bis Mitte November 2003.

Saubere Umweltbilanz

Die Erdgas-Hochdruckleitung wurde aus umweltschonenden Gründen durch den Ammersee verlegt. Dadurch entsteht ein wesentlich geringerer und reparabler Eingriff in die sehr sensiblen Strukturen wie den Fauna-, Flora- und Habitat-Flächen und den Vogelschutzgebieten des Ammersees.

Ein ähnliches Verfahren der Leitungseinbringung in einen See wurde vor ca. 18 Jahren im Tegernsee vollzogen. Auch am Tegernsee sind keine Beeinflus-

sungen für die Umwelt oder die Nutzer des Sees entstanden. Das heutige Verfahren ist allerdings wesentlich genauer und kontrollierbarer zu handhaben.

Eine saubere Umweltbilanz ist ein unerlässliches Kennzeichen für einen Luftkurort. Mit Erdgas als Energieträger lässt sich dieses Ziel gut erreichen. Die Abgasbelastung durch die Anlieferung von Heizöl entfällt. Das bedeutet gleichzeitig weniger Lastwagenverkehr im Ort selbst, weniger Rußemissionen, die im Ammersee landen, sowie der Wegfall des Risikos aufschwimmender Öltanks im Falle eines Hochwassers. Mit 4,5 Millionen Kilowattstunden bewahrt allein die Versorgung des Wohnstifts Augustinum die Umwelt vor mehr als 300 Tonnen Kohlendioxid, dem Treibhausgas, das für den globalen Klimawandel verantwortlich gemacht wird. Daneben entfallen Emissionen von rund 1.350 Kilogramm Schwefeldioxid. Zur Zeit liegen bereits ca. 220 Anschlussaufträge vor, die heuer und nächstes Jahr ausgeführt werden.

Ausgeglichener Energiemix

Bevor die Gäste nach dem Entzünden der symbolischen ersten Flamme mit einem Ausflugschiff der Ammerseer Schifffahrt eine Fahrt über den See antraten, überreichte Dieter Rathsam, Geschäftsführer der Erdgas Südbayern GmbH, einen Scheck in Höhe von 1.500 Euro zur Unterstützung des Architektenwettbewerbs zur Gestaltung des Seeuferes, den Bürgermeister Herbert Kirsch stellvertretend für den Markt Dießen entgegen nahm.

Bürgermeister Herbert Kirsch, der maßgeblich an der Entscheidung für Erdgas beteiligt war, äußerte sich zu den Beweggründen der Regierung von Oberbayern: „Das Vorhaben wirkt sich positiv auf die überfachlichen Belange der Raumstruktur, der Energieversorgung und der Luftreinhaltung aus. Durch die neue Erdgasleitung in Dießen und später im weiteren Raum westlich des Ammersees wird ein Beitrag zu einem ausgeglichenen

Energiemix geleistet. Das Vorhaben trägt dazu bei, dass Erdgas stets in ausreichender Menge kostengünstig, sicher und umweltschonend zur Verfügung steht.“

Verantwortung der Kommunalpolitik

Landrat Walter Eichner, Landsberg am Lech, verwies darauf, dass der Landkreis seit vielen Jahren als Kommune mit seinen Einrichtungen - „Klinikum, Landratsamt, Berufsschule um nur die größten zu nennen“ - Partner der Erdgas Versorgungsunternehmen sei. Die Kreisverwaltung habe schon sehr früh die Alternative Erdgasversorgung gewählt - gerade auch um die Bilanz der Emissionen örtlich zu verbessern. „Hier sehe ich auch die besondere Verantwortung der Kommunalpolitik“, sagte Eichner. Gerade in Zeiten von allorts schwächelnder Wirtschaft, Warten auf die richtigen politischen Signale und schlechter Stimmung sei die Errichtung einer Erdgas-Hochdruckleitung „ein gutes, ein wichtiges und vor allem optimistisches Signal in einen sehr zukunftsfähigen Landkreis“. DK

nale Beteiligungsgesellschaft von den Städten München und Augsburg gegründet worden.

Bayerngas sieht sich keineswegs nur als eine Art Einkaufsgenossenschaft oder Gashändler. Seine Geschäftstätigkeit stütze sich schließlich auf so wertvolle Assets (Anlagevermögen) wie ein rund 1200 km langes Hochdruckleitungsnetz, einen großen Untertagespeicher und ein modernes Dispatchingsystem (Verteilungssystem). Besonders der Untertagespeicher verschaffe die notwendige Flexibilität, den Kunden auch bei extremer Witterung zusätzliche Lieferungen bereitzustellen sowie Gasmengen aus Kurzfristgeschäften einzuspeisen und zwischenspeichern. Vor diesem Hintergrund sei Bayerngas das einzige Unternehmen gewesen, das kürzlich an der Gasversteigerung in Waidhaus teilgenommen habe.

Drei Töchter

Um diese Flexibilität und das Engagement in den Zukunftsmärkten Gashandel, Erdgas-Transport-Management und technische Dienstleistungen auszubauen, hat Bayerngas mit Partnern drei Tochterunternehmen gegründet: die actogas für den kurzfristigen Gashandel, die ETM für überregionale Gastransporte und bayernSERVI-

CES für technische Dienstleistungen.

In Europa geht das Unternehmen von jährlich 2,5 Prozent Nachfragewachstum aus. Demgegenüber werde das Angebot aus europäischen Quellen knapper, weil die deutschen und niederländischen Vorräte zurückgehen und Großbritannien vom Ex- zum Importeur wird. Biss 2006 werde Europa ausreichend versorgt sein. Aber schon von 2007 an werde es zu einer Schere zwischen vertraglich gesichertem Angebot und der Nachfrage kommen. Der Wettbewerb um Gas werde zunehmen, Deutschland auf zusätzliche Importe angewiesen sein.

Steigende Nachfrage

Aber nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt werde die Nachfrage nach Erdgas steigen. Zwischen den Jahren 2000 und 2030 werde sich die Nachfrage verdoppeln. Als Gründe nannte Mössner den steigenden Energiebedarf insbesondere in China, Indien und weiteren Entwicklungsländern. Außerdem werde Erdgas zunehmend im Kraftwerkssektor eingesetzt, weil es umweltschonender und effizienter im Vergleich zu anderen Energieträgern ist.

Der Bayerngas-Chef sieht die (Fortsetzung auf Seite 8)

Top-Thema Energie ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Unternehmen sollten weiterhin am Konzept einer zuverlässigen und nachhaltigen Netzinfrastruktur festhalten können. Hier geht es schlicht und ergreifend darum, dass wir in der Lage sind, die notwendigen Investitionen in Deutschland weiterhin vorzunehmen. Auch sollte der Regulierer zum Zwecke der Rechtssicherheit klare Vorgaben erhalten. Damit könnte die traditionelle, sich in der Länderzuständigkeit befindende Preisaufsicht abgelöst werden.

Vergleichbare Preise

GZ: Welche Aufgaben hat der Regulierer noch?

Dombrowsky: Der Regulierer wird sich die Kalkulationen der Unternehmen ansehen und darauf hinwirken, dass vergleichbare Netze auch vergleichbaren Preisen bewertet werden. Nach dem jetzigen Gesetzentwurf kann der Regulierer auch Hinweise für die Gestaltung des Unbundlings geben. Es geht darum, in welcher Form es Netzgesellschaften sinnvollerweise gestaltet und bisherige Unternehmen voneinander getrennt werden. Maßgebliche Veränderungen bei den Unternehmen werden die Folge sein.

Hier sollte man die Kirche im Dorf lassen; schließlich ging die ursprüngliche Planung der EU-Kommission von einem theoretischen Ansatz aus, der die völlige Trennung bisher gewachsener Zusammenhänge vorsah. Ich denke, dass das Unbundling buchhalterisch für alle Unternehmen sinnvoll und vernünftig

durchführbar ist. Es muss jedoch darauf geachtet werden, dass Aufwand und daraus resultierende Kosten in engen Grenzen gehalten werden. Das organisatorische Unbundling könnte insbesondere bei kleineren Unternehmen zu erheblichen Problemen führen, weil die Anforderungen sehr hoch gesteckt sind. Teilweise in Personalunion wahrgenommene Aufgaben müssten getrennt werden, dadurch würden Synergieeffekte zerstört. Dass dadurch die Preise steigen, liegt auf der Hand. Auf das gesellschaftsrechtliche Unbundling wiederum, das für die Verteilernachbarn nach bisherigen Planungen ab 1. Juli 2007 kommen wird, werden sich die Unternehmen sicherlich zielgerichtet vorbereiten, um die eben genannten Effekte weitgehend zu vermeiden. Dies gilt nicht für alle Unternehmen, sondern derzeit nur für jene, die mit über 100.000 Kunden aufwarten können. Aber auch hier trifft natürlich folgendes zu: Wenn bewährte Arbeitszusammenhänge auseinandergerissen und auch nicht mehr genutzt werden dürfen, führt das unterm Strich zu Mehrkosten, die letztlich die Kunden tragen werden.

GZ: Stichwort Emissionshandel: Die EU hat ja dem Entwurf zugestimmt...

Dombrowsky: In der Tat kann zum Januar 2005 der Emissionshandel faktisch losgehen. Die allgemeine Zustimmung hielt sich in Grenzen, Diskussionsbedarf ist vorhanden. Deutschland war im Gegensatz zu vielen anderen EU-Staaten, die überhaupt nicht daran dach-

ten, ihre Pläne abzugeben, sehr um die Einhaltung des Zeitplans für die Erstellung des nationalen Allokationsplans bemüht. Grundsätzlich habe ich immer Bedenken, wenn in den betroffenen Ländern geplante Vorhaben nicht zeitgleich und abgestimmt gestartet werden. Man kann nur hoffen, dass die zweite Jahreshälfte noch eine Vervollständigung bringt. Gewiss ist der Emissionshandel ein interessantes Instrument, aber nur dann, wenn es europaweit eingeführt ist, wenn es funktioniert und keine Wettbewerbsverzerrungen nach sich zieht.

Quo vadis Stromerzeugung?

GZ: Quo vadis Stromerzeugung?

Dombrowsky: Das ist das Top-Thema der Branche. Unsere etwa auf 20 Jahre angelegte langfristige Planung zeigt, dass Deutschland einen erheblichen Bedarf an Zubau von Erzeugungskapazitäten hat. Dies resultiert einerseits aus dem Ausstiegbeschluss zur Kernenergie, andererseits aus der natürlichen Alterung der Kraftwerke mit fossiler Erzeugung. Insofern kann man in den nächsten 20 Jahren von einer Lücke von fast 40 Prozent der heutigen Erzeugungskapazitäten ausgehen. Ein Konzept, wie diese Lücke in diesem Zeitraum zu schließen ist, gibt es nicht. Die Energiewirtschaft braucht aber dringend klare Rahmenbedingungen und Zuverlässigkeit in ihren Kalkulationen, um sich auf das Wagnis einzulassen, jetzt in großem Stil zu investieren.

GZ: Sollten die Investitionen im Ausland erfolgen?

Dombrowsky: Es käme einem Treppwitz gleich, wenn wir unsere Probleme ins Ausland verlagern wollten. Gerade in Bayern lag der Schwerpunkt immer darauf, die Erzeugung ortsnah zu gewährleisten. Eine Auslandslösung wäre sicherlich die schlechteste Variante, wenn gleich es diese Alternative natürlich in vielen Bereichen gibt.

GZ: Auch das Thema Wasserkraft wirft so manche Fragen bei bayerischen und deutschen Energieerzeugern auf. Hier gäbe es sehr viel Spielraum, der nicht angemessen genutzt und gefördert werden kann. Ihr Verband stellt auch hier Forderungen...

Dombrowsky: Das ist richtig. Die Wasserkraft ist - gerade in Bayern - der bedeutendste erneuerbare Energieträger. Umso verständlicher ist es, dass gerade die so genannte große Wasserkraft bei früheren Diskussionen und jetzt auch im EEG immer etwas stiefmütterlich behandelt wird. Die Wasserkraft braucht dringend ordnungspolitisch vernünftige Rahmenbedingungen. Die Auflagen und Sonderlasten auf Wasserkraft müssen reduziert werden - nur so ist der Erhalt der Wasserkraft gesichert.

Angriff auf die kommunale Selbstverwaltung

GZ: Es gibt die Problematik auch durch die Bundeskartellbehörde, wonach große Unternehmen nicht mehr in der Lage sein sollen, sich an Stadtwerken zu beteiligen.

Dombrowsky: Angesichts der Beteiligungspolitik vieler Unternehmen in Deutschland ist die Kartellbehörde in letzter Zeit dazu übergegangen, Beteiligungen, bei denen die Gefahr besteht, dass die Vorlieferanten-Position sehr stark ist, nicht mehr zu genehmigen. Ich denke hier an den Fall Thüga in Ulm. Im Moment ist bei der traditionellen Beteiligungspolitik ein gewisser Stillstand eingetreten. Dies gilt auch für Konzernunternehmen.

GZ: Aus einem anderen Blickwinkel betrachtet, könnte dies letztlich doch eine Frage der kommunalen Selbstverwaltung werden. Wenn die Bundesbehörde ihre Zustimmung nicht erteilt, fehlt den Kommunen der Spielraum. Verschiedene Energieversorger warten im Moment ab und investieren nicht. Gibt es hier die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen und Argumente zu platzieren?

Dombrowsky: Der Aspekt kommunale Selbstverwaltung ist nicht unwichtig. Gerade der Fall in Ulm hat dies gezeigt. Dort hat der Stadtrat entschieden, die Thüga zu beteiligen, was wiederum vom Kartellamt nicht genehmigt wurde, d.h. das *Votum des Stadtrates zählt in dem Fall nicht. Andererseits: Rein private Eigentümer dürfen manche Vorhaben nicht umsetzen, weil das Kartellamt seine Zustimmung verweigert. Ein anderes Problem besteht darin, dass die Branche sich im Unklaren ist bei der Frage der künftigen Konzessionsverträge. Es geht darum, ab welchem Zeitpunkt man wieder über neue Abschlüsse diskutieren und verhandeln darf. Und auch da ist die Kartellbehörde sehr restriktiv. Derzeit laufen Gespräche, um einen tragbaren Kompromiss zu finden.*

GZ: Die Zusammenarbeit mit den Kommunen beinhaltet verschiedene Aspekte. Dazu gehört, dass eine Reihe von Energieunternehmen die Betriebsführung für alle möglichen Bereiche anbieten. Hat der Verband hierzu Ideen oder bleibt es jedem einzelnen Energieversorger überlassen, etwas zu tun?

Dombrowsky: Mit der Libe-

ralisierung, teilweise auch schon vorher, haben die Energieversorgungsunternehmen begonnen, neue Geschäftsfelder zu erschließen. Dazu zählen vor allem Contracting-Modelle und Facility-Management. Damit können Kommunen unterstützt werden, wenn man Vorfinanzierungen für Anlagen übernimmt und diese über einen langen Zeitraum über die Miete wieder zurückfließen. Dies entlastet die kommunalen Haushalte bei Großinvestitionen, die bei der allgemeinen Haushaltslage oft gar nicht mehr möglich sind. Der Verband unterstützt solche Überlegungen durch seine Informationsarbeit.

GZ: Ein Stück weit führt das in den Stadtwerken zur Debatte, inwieweit die Ausweitung von Diensten überhaupt legal ist, stehen sie dann doch schließlich wieder im Wettbewerb mit der mittelständischen Wirtschaft.

Dombrowsky: Hier handelt es sich tatsächlich um eine dauerhafte Auseinandersetzung. Aus europäischer Sicht müssen öffentliche und private Unternehmen gleichgestellt werden. In der Gemeindeordnung findet sich dieser Geist natürlich nicht. Von daher tauchen auch immer wieder Konfliktfelder auf. Freilich ist eines anzumerken: Mit der Liberalisierung 1998 hat sich auch das Kundenverhalten verändert. Häufig wünschen die Kunden, dass man in ihren Anlagen mehr Verantwortung übernimmt als es in der Vergangenheit der Fall war. Wobei wir versuchen, die mittelständische Wirtschaft voll und ganz in unsere engeren Dienstleistungen mit einzubeziehen. Wir wollen mit der mittelständischen Wirtschaft eher ein Miteinander als ein Gegeneinander. Meines Erachtens gilt es, gemeinsam die Chancen zu nutzen, die sich aus der dezentralen Struktur der Energiewirtschaft in Bayern ergeben.

GZ: Das EEG ist jetzt verabschiedet worden. Wie ist Ihre Meinung dazu?

Dombrowsky: Einen Vorläufer hat es bereits gegeben: Die Photovoltaik wird seit Beginn des Jahres per Sonderregelung gefördert. Diese Förderung hat

sich spürbar niedergeschlagen. Wir nehmen an, dass jetzt auch ein ähnlicher Boom bei anderen regenerativen Energien, wie z. B. der Biomasse ausbricht. Das EEG ist wie die KWK-Förderung und die Ökosteuern grundsätzlich ein Element, das zunächst einmal den Endpreis verteuert. Insofern vertreten wir die Position, dass wenn man Dinge schon politisch in einem derart hohen Maß fördern will, sie eigentlich aus dem allgemeinen Staatshaushalt finanziert werden müssten. Wir haben mittlerweile ein so dichtes System an Umlagefinanzierung, dass die tatsächliche Leistung beim Endpreis, nämlich im Netz, in der eigentlichen Erzeugung und im Vertrieb immer mehr verschwindet. Das EEG wird weitere Impulse in dieser Richtung bringen. Sicher ist die politische Zielsetzung, attraktive Energieformen zu forcieren, legitim und vernünftig. Aber die Förderung muss effizient, d.h. energie- und umweltpolitisch sinnvoll sein. Über den Weg kann man sich trefflich streiten.

GZ: Die kommunalen Spitzenverbände führen Verhandlungen mit einzelnen Energieversorgern. Bei den Kommunen gibt es Unternehmensverbände. Wird dies von Verbandsseite aus auch betrieben oder macht das jeder Energieversorger für sich selbst?

Dombrowsky: Innerhalb des Verbandes ist es kein Thema. Der VBEW ist ja ein allgemeiner Interessenverband, der politische Forderungen stellt und fachliche Unterstützung liefert. Prinzipiell ist mittlerweile in jedem Winkel in Bayern in den meisten Fällen eine als GmbH organisierte Abnehmergemeinschaft entstanden, die ihren Bedarf bündelt und anschließend mit den Vorlieferanten verhandelt. Das ist mittlerweile Standard für Kommunen mit eigenen Stadtwerken. Auf der anderen Seite gibt es auch Rahmenverträge für die Kommunen. Diese Rahmenverträge beziehen sich auf den Strom, den die Kommunen für ihre gemeindeeigenen Einrichtungen brauchen.

Insgesamt können somit Chancen effektiv genutzt werden.

Bayerngas beklagt ...

(Fortsetzung von Seite 7)

die Erdgas-Preisbildung maßgebenden Preise für schweres und leichtes Heizöl nahm der Umsatz um 17,3 Prozent auf 1,32 Mrd. Euro zu. Über zehn Jahre betrachtet hat sich der Umsatz mehr als verdoppelt. Die Gasbezugskosten stiegen im Berichtsjahr um 17,3 Prozent auf 1,26 Mrd. Euro. Bayerngas hat 78 Prozent seines Gases von der Ruhrgas, 10 Prozent von WINGAS und den Rest aus verschiedenen Quellen bezogen.

Insgesamt verlief das Geschäftsjahr sehr zufriedenstellend, das Betriebsergebnis legte um 24,1 Prozent auf 30,4 Mio. Euro zu, das Ergebnis vor Steuern um 14,5 Prozent auf 31,6 Mio. Euro. Der Jahresüberschuss wird mit 16,34 (16,72) Mio. Euro ausgewiesen. Aus dem Gewinn erhalten die Gesellschafter bei einem insgesamt gezeichneten Kapital von 75,33 Mio. Euro 22 Prozent Dividende. Zudem wurden im Berichtsjahr 14,6 Mio. Euro aus der Kapitalrücklage entnommen, die die Gesellschafter zusätzlich als einmalige Ausschüttung erhielten.

Für 2004 rechnet Bayerngas mit einer wieder zufriedenstellenden Geschäftsentwicklung. Im ersten Halbjahr hat der Absatz um 4 Prozent zugelegt und ist damit auf Rekordniveau. Das Wachstum werde anhalten, „weil wir in Bayern und darüber hinaus ein erhebliches Wachstumspotenzial für Erdgas sehen“, fasste Mössner seinen Ausblick zusammen. **hgh**

Auf Grund des Mehrabsatzes, aber auch des Anstiegs der für

Eine Alternative im Aufwind:

Erdgasautos sind sparsam und umweltfreundlich

Einmal Vollarbeiten für weniger als 20 Euro

Heute gilt mehr denn je: Der Traum eines jeden Autofahrers ist, preisgünstig zu tanken. Einen vollen Tank für nicht mal 20 Euro: ein Versprechen, das bei Benzinpreisen von derzeit mehr als 1,10 Euro pro Liter Superbenzin nichts weiter zu sein scheint als ein Werbegag. Mit Erdgas ist es jedoch Realität, denn umgerechnet dürfte ein Liter Benzin nur 47 Cent kosten, um mit Erdgas als Kraftstoff gleichziehen zu können. Beispielsweise schlägt die Tankfüllung des Erdgasautos Opel Zafira CNG mit nur 13,50 Euro zu Buche, beim Fiat Multipla heißt es bei 19 Euro, der Tank ist voll.

Erdgasfahrzeuge sind in Deutschland auf dem Vormarsch. Schon knapp 20.000 Erdgasautos fahren auf deutschen Straßen. In Italien fällt die Bilanz noch besser aus: dort rollen etwa 450.000 Autos über die Straßen. So gesehen hat das Autoland Deutschland noch viel Aufholpotenzial für eine Technologie, die von Naturschützern als besonders schadstoffarm und umweltschonend gelobt wird. Erdgas verbrennt nicht nur sauberer als Benzin oder Diesel, es setzt bei der Verbrennung auch geringere Mengen des Treibhausgases Kohlendioxid frei.

Bivalenter Antrieb

Ein knappes Dutzend Pkw-Modelle mit Erdgasantrieb ist derzeit in Deutschland zugelassen, darunter Fahrzeugtypen wie der Volvo S 60, der Fiat Multipla, der Opel Zafira oder der Ford Focus. Alle sind keine reinen Erdgasfahrzeuge, denn neben dem Tank für das Erdgas verfügen sie immer auch noch über einen serienmäßigen Ben-

zintank. Selbst während der Fahrt kann zwischen beiden Energieträgern umgestellt werden. So bleibt das Fahrzeug auch

dann nicht stehen, wenn einmal die nächste Mineralöltankstelle näher liegt.

Ausgewählte Standorte

In den nächsten drei Jahren sollen etwa 1.000 Erdgas-Tankstellen in Betrieb gehen, verspricht das geplante Tankstellen-

programm der deutschen Gaswirtschaft. Derzeit gibt es im Bundesgebiet rund 435 Erdgas-tankstellen. Jeden Monat kommen gut 15 neue hinzu. Bis Ende 2004 werden ca. 500 Tankstellen über Deutschland verteilt liegen, bis zum Jahre 2007 soll es über 1.000 öffentlich zugängliche Tankstellen für Erdgas geben. Damit werden in Städten alle fünf Kilometer, in Mischgebieten alle zehn bis 15 Kilometer und auf dem Land alle 20 bis 25 Kilometer Erdgaszapfsäulen verfügbar sein. Im Versorgungsgebiet der Erdgas Südbayern GmbH (ESB) wird das Tankstellennetz an ausgewählten Standorten gemeinsam mit Partnern sukzessive ausgebaut.

Ausgereifte Technik

Sicherheitstechnisch sind die Fahrzeuge längst ausgereift. Auch der TÜV Süddeutschland bestätigt: „Fahren mit Erdgas ist genauso sicher wie mit Benzin oder Diesel, die Brand- oder Explosionsgefahr ist sogar geringer.“ Die Erdgas Südbayern (ESB) hat den Fuhrpark für die ESB-Erdgasfachberater auch im vergangenen Jahr weiter aufgestockt. Der betriebseigene Fahrzeugbestand wurde in den letzten Jahren sukzessive auf derzeit 113 Erdgasfahrzeuge erhöht“, erläutert Josef Neumeier, Fuhrparkleiter des Energiedienstleiters.

400 Euro Startprämie

Erdgas Südbayern GmbH (ESB) fördert die Anschaffung eines erdgasbetriebenen Fahrzeuges mit 400 Euro Startprämie einmalig. Je nach Fahrzeug bedeutet das für den Besitzer, etwa 11.000 Kilometer kostenlos fahren. Ein weiteres Schmankerl verheißt das Bonusprogramm Fahr & Spar: ESB-Kunden, die sowohl mit Erdgas heizen, als auch ein Erdgasfahrzeug fahren, erhalten einen Bonus von 1.000 Kilowattstunden Erdgas mit der Jahresabrechnung gutgeschrieben. Das bedeutet weitere 1.100 km kostenlos im Jahr unterwegs sein. Einfach die Kopie des Fahrzeugscheins an die ESB schicken - und schon fließt das Geld. ☞



Erdgasfahrzeuge sind in Deutschland auf dem Vormarsch, denn sie sind wesentlich umweltfreundlicher und im Unterhalt auch noch preiswerter. Werkfoto: ESB

Die Weißtanne:

Stiefkind oder Hoffnungsträger?

Die Weißtanne ist der Baum des Jahres 2004 und eine der seltensten heimischen Baumarten. Sie hat ein tief in den Boden reichendes Wurzelwerk und kann längere Trockenheiten damit besser als die meisten anderen Baumarten überdauern. Für den Umbau der Wälder in naturnahe und stabile Mischwälder ist sie in Bayern daher unverzichtbar. Ihren Namen hat die Weißtanne wegen ihrer relativ hellen weißgrauen Rinde, womit sie sich deutlich von der Fichte unterscheidet.

Derzeit leiden die Fichten massiv unter Borkenkäferbefall. Der aufmerksame Wanderer konnte in den letzten Monaten aller Orten rote abgestorbene Fichten sehen.

Als Folge des trockenen und heißen Jahrhundertsommers 2003 haben sich die Borkenkäfer außerordentlich stark vermehrt. Auch wenn das eher kühle Frühjahr eine momentane Entlastung bringt, ist die Fichte insbesondere aufgrund der Klimaerwärmung vielerorts zu einer risikoträchtigen Baumart geworden.

Unter dem Motto „Die Weißtanne - Stiefkind oder Hoffnungsträger?“ luden die Bayerische Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft (LWF), der Bund Naturschutz in Bayern e.V. und der bayerische Landesverband der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald nach Gunzenhausen zur Veranstaltung zum Baum des Jahres ein. Mit der Fachtagung zur Weißtanne wurde eine Baumart vorgestellt, die im Wald von morgen eine wichtige Rolle spielen sollte. ☞



Untertags umstritten, abends ein faszinierender Ort: der A2-Pavillon in Kempten. 100 Paletten mit leeren Sprudelflaschen sorgten im Rahmen der Zweiten bayerischen Architekturwoche für Aufsehen. Foto: Jensen media

Das Glashaus in Kempten:

Bunte Lichtspiele im Flaschenpavillon

Abends, wenn der A2-Pavillon in Rot, Grün, Blau oder Gelb erstrahlte, gab es keine Kritiker mehr. Alle waren dann begeistert von dem Glashaus im Zentrum Kemptens, stellt der Architekt Jörg Heiler mit Genugtuung fest. Er und seine Kollegen wollten im Rahmen der bayernweiten Architekturwoche A2 mit ihrer Konstruktion aus 100 Paletten samt Tausenden von nagelneuen, leeren Glasflaschen zur Diskussion anregen. „Und das ist uns gelungen“, freut sich der Sprecher des „a2 netzwerks allgäu-knotenpunkt kempten“. „Unser Pavillon war eine der Perlen der gesamten Architekturwoche.“

Zu bewundern war das Gemeinschaftswerk von Architekten, Fachleuten des Holzforums Allgäu, Lieferanten sowie Handwerkern auf dem Residenzplatz in Kempten. Danach wurde die ungewöhnliche Konstruktion abgebaut und alles wiederverwertet. Die Paletten nahm der Flaschenhersteller aus Bad Wurzach zurück, und die Holzbalken der Dachkonstruktion waren schon für ein Haus verplant.

Gesprächsstoff

Was bleibt, ist die Gewissheit, einen ungewöhnlichen Veranstaltungsort für Vorträge kreiert und eine Woche lang in der 60.000-Einwohner-Stadt für Gesprächsstoff gesorgt zu haben.

„Untertags haben viele Leute den Pavillon als Fremdkörper empfunden und uns das auch offen so gesagt“, berichtet Heiler. „Aber abends mit der Beleuchtung war das Ge-

dertsommer im vergangenen Jahr heuer reichlich Regen vom Himmel fallen würde. Der Holzbauingenieur Dieter Herz (Weitnau) wurde mit der Dachkonstruktion für das Glashaus beauftragt. Zudem sollte er die Statik des ungewöhnlichen Pavillons berechnen. Eine schwierige Aufgabe, wie sich herausstellte.

Keine Erfahrungswerte

Wie soll man die Traglast für Gebäudewände aus aufeinander gestapelten Flaschen er rechnen? „Dafür gibt es absolut keine Erfahrungswerte“, erklärt Herz, der auch Vorstandsmitglied des Holzforums Allgäu ist.

Auf Nummer sicher

Schließlich fand Herz einen Weg. Allerdings machte ihm dann der Dauerregen einen Strich durch die Rechnung. Weil sich Wasser zwischen den in Folien eingeschweißten Paletten sammelte, brachte ein Sturm den Bau um ein paar Zentimeter ins Rutschen. Aus Sicherheitsgründen wurde nun das Dach des Pavillons vorzeitig abgebaut. „Wir wollten 150-prozentig sicher gehen und jede Gefährdung ausschließen“, begründet Jörg Heiler die Vorsichtsmaßnahme ☞

Faszination bei Nacht

Einige Mitglieder des Gremiums waren mit dem Auto des öfteren bei Dunkelheit an dem Hof des Flaschenherstellers vorbeigefahren und von den Lichtreflexen fasziniert. Die Paletten mit leeren Sprudelflaschen nebeneinander gestellt würden ein wahrlich aufsehenerregendes Gebäude ergeben, so die Vision.

Doch so einfach war die Umsetzung nicht. Die Architekten hatten wohl geahnt, dass nach dem Jahrhun-

Johann Sitzbergers illustre Unimog-Flotte:

Das starke Dutzend von München

Wenn Johann Sitzberger alle seine Unimog aufzählen soll, kommt er irgendwann ins Stocken. „Wie viele sind es denn nun?“, fragt er seinen Mitarbeiter. „Zehn, zwölf oder doch elf?“ Intensives Nachzählen bringt Klarheit, 13 Unimog stehen für den Winterdienst in München bereit, wahrhaft eine illustre Flotte für eine Firma, die als Hausmeisterservice firmiert.

Allein von dieser Bezeichnung her hätte man Sitzberger bestenfalls zwei Kompaktraktoren und einen Transporter mit Doppelkabine zugestanden. Aber nein, Johann Sitzberger geht in die Vollen und schickt ein starkes Dutzend zu massiven Einsätzen auf Straßen der Stadt, Parkplätzen und großen privaten Hausanlagen. Nicht allein die zwölf Unimog rücken an echten Winterdiensttagen um 3.30 Uhr aus, auch neun kleinere Geräteträger (fünf Hansa, drei Ladog, ein Multicar) sind überwiegend mit von der Partie, wenn die 20

Mann starke Truppe den Hof verlässt.

120 Kilometer Straße

Sie haben dann 120 Kilometer Münchener Straßen vor sich in zwei Räumbezirken. Insgesamt ist München in 48 solcher Bezirke außerhalb der unmittelbaren Innenstadt aufgeteilt, die alle von privaten Dienstleistern im Winter geräumt werden. Das Zentrum erledigt die Stadt selbst, ebenso das Salzen aller Busrouuten. Jene müssen aber von den privaten Dienstleistern so punk-

genau geräumt werden, dass der städtische Streuer noch vor dem ersten Bus die Spur frei halten kann. Dieser Dauereinsatz - die Verträge laufen jeweils fünf Jahre - macht die Hälfte der Aufträge bei Sitzberger aus. Weitere 40 Prozent fallen auf Wohnanlagen im Sinne klassischer Hausmeisterstätigkeit einschließlich der Pflege von Treppenhäusern, zehn Prozent auf das Räumen privater Höfe, Parkplätze und betriebsinterner Straßen und Wege.

Moderne Kommunikation

Johann Sitzberger (51) ist immer dabei, nicht nur bei der morgentlichen Einsatzbesprechung. Er fährt selbst und nimmt sich dabei gezielt die „sensiblen“ Kunden vor, etwa dann, wenn empfindliche Böden, kompliziertes Areal oder besondere Vertraulichkeit nötig sind. Moderne Kommunikation ermöglicht es ihm, jederzeit zu reagieren und einzugreifen. Tragende Kraft ist außerdem ein Mitarbeiter der ersten Stunde, André Bremer (34), und zu Spitzzeiten auch der Junior Christian Sitzberger (22).

Stars der Unimog-Flotte

Stars der Unimog-Flotte sind ohne Zweifel die zwei U 500. Der erste U 500 für München ging an ihn, Johann Sitzberger erwähnt das ganz nebenbei, wie eine Selbstverständlichkeit. Außerdem gehören zum festen Winterdienstbestand (im Sommer wird der eine oder andere still gelegt) drei U 90, zwei U 1400, je ein U 1500 T (mit Ruthmann-Hubwagen), ein U 1600, ein U 1250, ein U 1200 und ein U 421. Und das ist noch nicht alles: Auf dem Grundstück finden sich vier Exemplare der Baureihe 406 aus den sechziger Jahren, die Sitzberger in Berlin bei der Auflösung eines Betriebes erworben hat. Auch noch Oldtimerfan? „Eigentlich nicht,“ sagt er verschmitzt, „mal sehen, was wir mit den Autos machen.“

Natürlich schwört Sitzberger auf den Unimog, sonst hätte er nicht diese respektable Flotte. Emotionale Begeisterung ist dabei, aber sie kann für einen kühl rechnenden Geschäftsmann nicht das Leitmotiv sein. Sitzberger sieht die Vorzüge des Unimog ganz konkret von der sachlichen Seite:

„dank der Wendigkeit lassen sich auch enge Höfe und verwinkelte Parkplätze räumen (und kehren)

„die Kraft des Unimog bewährt sich im Alltag, sowohl im Geräteinsatz wie im fließenden Verkehr

„ungetrübte Zuverlässigkeit seit Jahr und Tag

„Das Gesamtgewicht ist in der Regel niedriger als bei Allrad-Lkw (wichtig für die Pflege von Fußwegen und betriebsinternen Zufahrtsstraßen)

„die enge Verbundenheit zur Henne Unimog GmbH.

Generationenfrage

Die Mitarbeiter wissen die Unimog ebenfalls zu schätzen. Christian Sitzberger gerät regelrecht ins Schwärmen, wenn er genussvoll die Telligent-Schaltung des U 500 bedient und - so weit es die Verkehrssituation zulässt - den schweren Unimog fast wie einen Pkw bewegt. Hier stimmt alles: Gute Sicht auf

Pflug und Räumstrecke, dank Zusatzscheinwerfern auch im Dunkeln, die wenigen Bedienhebel für Fahrzeug und Gerät griffgünstig angelegt, geräumige Kabine und gute Sitze - so die Arbeitsplatzbeschreibung. Dass nicht jeder einen der zwei U 500 fahren kann, ist letztlich kein Problem, denn die anderen Modelle sind im übertragenen Sinne auch nicht von gestern. Und manch einem Fahrer ist die herkömmliche Schaltung sympathischer als die Telligent-Technik. Die Akzeptanz der Elektronik auf Fahrerseite ist manchmal eben auch eine Generationenfrage.

Einer der U 500 trägt einen Streuautomaten von Gmeiner mit vier Kubikmetern Volumen. Da ist denn auch der Unimog im langen Radstand voll ausgenutzt. Gmeiner ist viermal vertreten, weitere Steuautomaten kommen von Schmidt und Küpper-Weiser. Bei den Schneepflügen setzt die Firma auf Schmidt, bis zu ei-



Das Unimog-Quartett schafft stattliche Räumebreiten.

ner Räumebreite von 3,30 Meter stehen sie zur Verfügung, neun an der Zahl, darunter auch verstellbarer Variopflug. Außerhalb des Winterdienstes bietet Sitzberger Reinigungsarbeiten und einfache Grünpflege ohne Garten- und Landschaftsbau, aber einschließlich Baumfällarbeiten, an. Kehraufbauten für die Unimog stellen Schmidt (Wechselaufbau SK 320) und in jüngerer Zeit Triletty. Außerdem gibt es ein Kompaktfahrzeug Swingo von Schmidt.

Entscheidender Augenblick

Mit dem klassischen Hausmeisterservice hatte Sitzberger einst begonnen - und zwar im Nebenjob. Als Mechaniker im BMW-Werk angestellt, hatte er es dort zum Meister und später zum stellvertretenden Abteilungsleiter in der Qualitätslenkung gebracht, als er nebenbei und zusammen mit seiner Frau Bettina den Hausmeisterservice betrieb. Es begann mit einigen wenigen Betriebshöfen und kleinem Gerät. Als er im Jahre 1995 die Ausschreibung für zwei Bezirke der Stadt München für den Winterdienst gewann, war der Augenblick der Entscheidung gekommen - für die interessante Position in der Industrie oder für die Selbstständigkeit.

Beim durch den Winterdienst für die Stadt notwendig gewordenen Aufwand ließen sich beide Tätigkeiten nicht mehr unter einen Hut bringen. Die Antwort fiel dennoch eindeutig aus, die Unabhängigkeit der eigenen Firma und das Metier der flexibel ausgeführten Dienstleistung lockte mehr als die Möglichkeiten des bisherigen Arbeitgebers. Seinen Mitarbeiter der ersten

Stunde, André Bremer, kennt er noch aus gemeinsamer BMW-Zeit. Heute arbeitet auch Sitzbergers Tochter Clarissa mit im Team.

20 Mitarbeiter

Der Betrieb ist inzwischen auf 20 Mitarbeiter angewachsen, meist angelernte Kräfte, manche haben auch ein Handwerk vorzuweisen. An echten Wintertagen beginnt die Arbeit um 3.30 Uhr, außerhalb des Winterdienstes um 6.30 Uhr. Zuverlässigkeit ist das höchste Gut, das gilt nicht nur für den Unimog, sondern auch für die Mitarbeiter, speziell im anstrengenden und kleinteiligen Winterdienst.

Wettlauf gegen die Uhr

Es ist ein Wettlauf gegen die Uhr, denn wenn der morgendliche Verkehr einsetzt, hat ein Räum- und Streudienst mit Verspätung schon verloren. Kritische Bürger und Auftraggeber wollen gut versorgt sein, spezielle Vereinbarungen, etwa zur Bodenpflege oder zum Entfernen des geräumten Schnees vom Grundstück müssen eingehalten werden - da laufen bei Johann Sitzberger am Unimog-Steuer einige Fäden zusammen, die sich nicht verknoten dürfen.

Große Bautätigkeit bei Industrie und Gewerbe speziell im Münchener Norden, wo die Firma auch ihren Sitz hat, eröffnen immer neue Möglichkeiten der Kunden-Akquirierung. Dem starken Unimog-Dutzend von München wird die Arbeit nicht ausgehen, auf mittlere Sicht sollen auch die zwei U 500 nicht die einzigen bleiben.

Kann ein Feuerwehrführerschein die Lösung sein?

„Die Staatsregierung soll sagen, wie sie zur Einführung eines Feuerwehrführerscheins nach österreichischem Modell steht.“ Diese Klarheit will die SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Hildegard Kronawitter mit einer Schriftlichen Anfrage insbesondere für den Fall erreichen, dass die neue EU-Führerscheinrichtlinie vom EU-Parlament nicht entschärft wird und die drohende Erschwernis für die bayerischen Feuerwehren tatsächlich kommt.

Nach den Vorstellungen der EU-Kommission sollen künftig mit einem Führerschein der Klasse C1 nur noch Fahrzeuge bis zu einem Gesamtgewicht von 6 Tonnen - statt wie bisher 7,5 Tonnen - gefahren werden dürfen. Wenn dieser Fall einträte, müssten ehrenamtliche Feuerwehrleute mit hohem Zeit- und Geldaufwand den Führerschein der höheren Fahrerlaubnisklasse erwerben, so die Abgeordnete. Den Feuerwehren und mittelbar den Kommunen entstünden dadurch zusätzliche erhebliche Kosten.

Ein Ausweg wäre laut Kronawitter die österreichische Lösung eines speziellen Feuerwehrführerscheins in Verbindung mit einer Öffnungsklausel in der EU-Richtlinie. Da Staatsminister Dr. Günter Beckstein in einem Schreiben an den Bayerischen Gemeindegtag vom 10. März 2004 nicht erkennen lasse,

ob die Staatsregierung sich für eine Öffnungsklausel in der Richtlinie und damit für einen Sonderführerschein einsetzt, fordert die SPD-Politikerin von Beckstein eine klare Aussage. Schließlich sei es höchst prüfenswert, welche Erfahrungen die Feuerwehren in Österreich mit dem Sonderführerschein gemacht haben und ob diese Lösung für Bayern übernommen werden kann.

Im Übrigen hofft die Abgeordnete, dass die Richtlinie über die Mitsprache des Europäischen Parlaments doch noch entschärft wird. Kronawitter: „Jedenfalls liegt im Ausschuss des EU-Parlaments für Regionalpolitik, Verkehr und Tourismus ein Antrag von deutschen SPD-Abgeordneten vor, die bestehende Gewichtsgrenze von 7,5 Tonnen für den C1-Führerschein zu belassen.“

DK

Erstmals auf der GaLaBau 2004:

Symposium „Die grüne Stadt“

Mit über 800 erwarteten Ausstellern ist die GaLaBau 2004 der internationale Treffpunkt der Grünbau-Branche. Die Fachmesse findet vom 15. bis 18. September im Messezentrum Nürnberg statt. Neben dem Messteil können sich die Besucher in fünf Fachtagungen über aktuell wichtige Themen wie Hochwassermanagement, Betriebsnachfolge, Kapitalbeschaffung, Schwimmteiche oder Nachtragsmanagement informieren. Die Tagungen werden vom ideellen Träger der GaLaBau, dem Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e. V. (BGL), Bad Honnef, organisiert.

„Die grüne Stadt“ - Der Name ist gleichzeitig Programm auf dem Symposium, das am 16. September zum ersten Mal während der GaLaBau, Fachmesse für Urbanes Grün und Freiräume, stattfindet. Experten diskutieren dort mit Städteplanern und GaLaBau-Betrieben darüber, wie mehr Grün in Städte kommt. Die GaLaBau 2004 öffnet ihre Pforten vom 15. bis 18. September im Messezentrum Nürnberg.

Die Botschaft des Forums „Die grüne Stadt“ ist eindeutig: Grün verbessert die Lebensqualität der Menschen in ihrer Arbeits- und Wohnumgebung ebenso wie in ihrer Freizeit.

Und Grün leistet einen erheblichen wirtschaftlichen Beitrag zum Nutzen von Kommunen, Immobilienträgern und Bürgern. Eine kurzfristig kostenorientierte Betrachtung von Grüninvestitionen verhindert den Blick auf die langfristigen ökonomischen Effekte wie die Verbesserung von Gesundheit, Sicherheit und Wohnqualität für Bürger.

Eine intensive Grünpolitik verschafft Kommunen Vorteile für Verkehr, Kultur, Tourismus und lokale Wirtschaft. In Zeiten knapper Haushaltsbudgets sind bei Grünflächenalternativen gefragt. Anregungen dafür gibt es auf dem Symposium

während der Fachmesse GaLaBau 2004.

Vorbildliche Grünbau-Projekte im Fokus

Das Symposium findet von 15.00 bis 19.00 Uhr im CCN Messepark, Raum Kairo, statt. Die Vortragsreihe beginnt der Landschaftsarchitekt Andreas Kipar, der in seinem Vortrag „Anmerkungen zum Thema

Stadt und Freiraum“ macht. „Freiburg packt an!“ heißt das Referat von Martin Leser vom Grünflächenamt der Stadt Freiburg. Im Mittelpunkt steht hier die Bürgerbeteiligung im grünen Bereich. Über die Erfahrungen einer Wohnungsbaugesellschaft mit der Wirkung von grünen Projekten spricht Klaus Robl von der Gesellschaft für Bauen und Wohnen GBH, Hannover.

Formen der Kooperation

Neue Formen der Zusammenarbeit von Verwaltung, Wirtschaft und Bürgern stellt der Bürgermeister der niederländi-

chen Stadt Nijkerk am Beispiel eines Neubaugebiets vor. Das Besondere an diesem Projekt: Nicht nur die Anlage der öffentlichen und privaten Grünflächen, sondern auch deren Pflege ist unter finanzieller Beteiligung der Grundstückskäufer langfristig eingeplant und gesichert.

Vom 28. April bis 9. Oktober 2005 ist München Gastgeber der Bundesgartenschau. Die BUGA 2005 erhebt den Anspruch anders zu sein als alle vorherigen Bundesgartenschauen. Dies kommt bereits im Motto der Veranstaltung „Perspektivenwechsel“ zum Ausdruck, das der Geschäftsführer der

BUGA München 2005, Hanspeter Faas, auch als Titel für sein Impulsreferat auf dem Symposium gewählt hat.

Das Forum „Die grüne Stadt“ ist ein wachsendes Netzwerk aus engagierten Menschen, Unternehmen und Institutionen, das sich für mehr Grün in der Stadt einsetzt. Es wurde im September 2003 gegründet. Das erste Symposium fand auf der Internationalen Gartenausstellung (IGA) 2003 in Rostock statt. Das Forum will ein Bewusstsein dafür schaffen, wie wichtig Grünanlagen unterschiedlichster Form für unsere Wirtschaft und Lebensqualität sind.

Umweltberatung Bayern:

Streusalz und Splitt im differenzierten Winterdienst

Durch Streusalz wie durch Splitt wird die Umwelt belastet, allerdings in unterschiedlichem Maß. Die Winterdienste der Gemeinden sollten daher je nach Gefahrenpotenzial differenziert vorgehen.

◀ Verstärkte mechanische Schneeräumung: Räumschnee sollte nicht in besonders empfindliche Bereiche wie Trinkwasserschutzgebiete, kleinere stehende Gewässer oder natürliche Feuchtbiotope eingebracht werden.

◀ Verringerter Einsatz von Salz: Als Richtgröße sollten 10 g Salz pro Quadratmeter und Streuvorgang nicht überschritten werden. Gesalzt werden insbesondere Außerortsstraßen und in Orten die Hauptverkehrsstraßen sowie alle Strecken mit besonderen Gefahrenstellen und besonderen Steigungen oder verkehrsreiche Kreuzungen sein. Die ausgebrachte Salzmenge kann durch die Verwendung von Feuchtsalz, wegeabhängigen Dosiereinrichtungen und Wetterinformationssystemen erheblich reduziert werden. Damit salzhaltige Straßenabwässer die Gewässer bzw. den Boden nicht zu sehr belasten, sollten punktförmige Einleitungen bzw. Versickerungen möglichst vermieden werden.

◀ Verzicht auf Streuen im nachgeordneten innerörtlichen Netz ohne besondere Gefahrenpunkte (im Normalfall)

◀ Abstumpfende Streumittel (Sand, Splitt, Kies) nur bei besonderen Situationen (z.B. schneereiche Gebiete in höheren Lagen) und auf Gehwegen. Pro-

dukte mit Blauem Engel verwenden (RAL-UZ 13).

Private Anlieger sollten die speziellen Vorschriften ihrer Gemeinde beachten. Diese Empfehlungen basieren auf mehreren Bewertungsfaktoren:

◀ Auftausalze schädigen den Boden, Bäume und Sträucher, aber auch Fische und Fischnährtiere in Gewässern. Brücken und Fahrzeuge korrodieren. Dies bedingt erhebliche Folgekosten für Neuanpflanzungen, Reparaturen und Sanierungen.

◀ Abstumpfende Streumittel verursachen einen deutlich höheren Primärenergieaufwand für Herstellung, Ausbringung, Einsammeln und Entsorgung. Die Wiederverwendung ist nur nach aufwändiger Nassreinigung möglich, da erhebliche Mengen an Reifenabrieb, Staub und anderem Straßenschmutz enthalten sind.

◀ Abstumpfende Stoffe können nach Winterende nur teilweise wieder entfernt werden. Grünflächen und landwirtschaftliche Flächen werden verunreinigt. Höhere Abfallmengen aus den Sinkkästen der Straßenabläufe und dem Sandfang kommunaler Kläranlagen müssen entsorgt werden. Das Aufnehmen von abstumpfenden Stoffen kann bei Staubeentwicklung zu gesundheitlichen Gefährdungen des Kehrpersonals führen.

bestätigt. Wenn dies nicht nur Lippenbekenntnisse sind, wäre es jetzt ein falsches Signal, die Pflichtaufgabe Gartenkultur und Landespflege abzuschieben und damit letztendlich den Wert der bürgerschaftlichen Selbsthilfemaßnahmen von Hunderttausenden organisiert und nicht organisierten Gartenfreunden in Fra-

ge zu stellen. Landesweit finden daher zur Zeit Unterschriftaktionen und Appelle an Ministerpräsident Edmund Stoiber, Staatsminister Erwin Huber, Landtagsabgeordnete und auch an die Landräte statt. Die Gartenfreunde wollen sich nicht um die Früchte ihrer bisherigen Arbeit gebracht sehen. **Hans Joas**



Die Einbindung von Familien, Kindern und Jugendlichen in die Vereine und deren Aktivitäten ist ein schon lange ein sehr ausgeprägtes Ziel der bayerischen Gartenbauvereine. Die ehrenamtlichen Jugendbeauftragten leisten hierzu in den Orts- und Kreisverbänden vorbildliche Arbeit.

Wo guter Rat teuer ist

Gartenbauvereine wehren sich gegen die Abstufung einer Pflichtaufgabe zur freiwilligen Leistung

1990 beschloss der Bayerische Landtag einstimmig, Gartenkultur und Landespflege als Pflichtaufgabe in die Landkreisordnung aufzunehmen. Jetzt schlägt die Bayerische Staatsregierung vor, diesen Passus wieder zu streichen und die Pflichtaufgabe zu einer freiwilligen Aufgabe herabzustufen.

Damit möchte sie den Kommunen, gemeint sind die Landkreise, sparen helfen. Dabei ist eine Herabstufung hierfür gar nicht notwendig, denn der maßgebliche Art 51, Abs. 3 Nr. 3 in der Landkreisordnung ist so weit gefasst, dass er für die Landkreise viele Möglichkeiten offen lässt und auch deren finanziellen Situation nicht aus den Augen verliert.

Massive Folgen befürchtet

Selbst Landrat Theo Zeller aus Cham, Präsident des Bayerischen Landkreistags, sieht das so. Er befürchtet massive negative Folgen für das bürgerschaftliche Engagement. Gerade bei der jetzigen Haushaltssituation der öffentlichen Hand werden die bürgerschaftlichen Aktivitäten in der Zukunft wichtiger denn je werden. Die Voraussetzung dafür ist aber eine stetige Motivierung und Aktivierung der Verantwortlichen in den Vereinen. Diese wird in erster Linie von den Fachberatern für Gartenkultur und Landespflege in den Landkreisen gewährleistet und auch in der Bevölkerung als Zeichen für praktizierte Bürgernähe gewertet.

Der Vorschlag der Staatsregierung ist für Bayerns Gartenfreunde unverständlich. Landrat Manfred Nagler als Präsident des Landesverbandes mit über 525.000 Mitglieder weist darauf hin, dass die Gartler seit Jahrzehnten einen aktiven Beitrag dafür leisten, dass aus Bayern

ein „blühender Garten“ wurde. 3.314 Vereine sorgen dafür, dass der ländliche Raum durch landeskulturelle Aktionen und Wettbewerbe lebenswert bleibt und die Gärten mit ihren Wohlfahrtswirkungen für viele Menschen unentbehrliche Oasen der Ruhe, Erholung, Entspannung und Freizeitbeschäftigung sind.

Dies wird von Kabinettsmitgliedern und Landtagsabgeordneten auch in Festreden und Grußworten auch immer wieder

Die Angst vor der Feuerwehr überwinden

Vom Umgang mit geistig Behinderten - Tagung des Landesfeuerwehrverbandes (LFV) in Würzburg

Vielen Kindern sind Männer in Uniform nicht geheuer - ein Kind mit geistiger Behinderung reagiert jedoch oft regelrecht panisch auf einen Uniformierten. Fatal ist dies, wenn es sich um einen Feuerwehrmann handelt, der das Kind aus einem brennenden Gebäude retten will. Geistig Behinderte müssen aus diesem Grund in eigens auf sie zugeschnittenen Kursen lernen, die Angst vor der Feuerwehr zu überwinden, erklärte der Sozialpädagoge Michael Langenhorst vom St.-Josefs-Stift in Eisingen (Kreis Würzburg) bei einer Tagung des Landesfeuerwehrverbandes (LFV) in der Würzburger Feuerweherschule.

Langenhorst berichtete, dass sich die geistig behinderten Bewohner des Eisinger Stifts bei Übungen oft vor den Feuerwehrleuten verstecken, statt sich von ihnen bergen zu lassen. Aus dieser Erfahrung heraus wurde 2003 begonnen, ein Konzept zur Schulung behinderter Menschen zu entwickeln. Dieses Konzept liegt dem LFV seit kurzem vor.

Den Bewohnern des St.-Josefs-Stifts wird in zwei- bis dreitägigen Kursen beigebracht, welche Gegenstände aus ihrer Umgebung leicht brennen und bei welchen Objekten keine Brandgefahr gegeben ist. Dabei sei es wichtig, stets ganze Gegenstände wie Pullover oder Gardinen zu zeigen.

Geistig Behinderte, so Michael Langenhorst, tun sich schwer, Verbindungen zwischen einem Stoffteil und ihrem Pullover zu ziehen. Als Vorurteil entlarvte Langenhorst die Annahme, dass geistig Behinderte Fehlalarme auslösen, sobald sie wissen, wie sie die Feuerwehr rufen können. Von den 200 bisher geschulten Stiftsbewohnern habe noch kein einziger einen Fehlalarm ausgelöst. Auch habe noch kein Bewohner einen Feuerlöscher zum Spielen verwendet, obwohl jeder Kursteilnehmer weiß, wie er im Brandfall den

Feuerlöscher bedienen muss. Ebenso wichtig wie die Aufklärung geistig behinderter Menschen ist die Brandschutzerziehung von Gehörlosen, berichtete Oberbrandmeister Lutz Haas von der Berufsfeuerwehr Frankfurt. Für viele Worte, die im Brandschutzunterricht von Schul- und Vorschulkindern verwendet werden, existieren keine Gebärden. Die Brandschutzaufklärung gehörloser Kinder müsse auf den Seh-, Tast- und Riechsinn abgestellt werden.

Die von den Frankfurter Feuerwehrleuten geschulten Kinder erleben zum Beispiel, wie verbrannter Stoff riecht. Viele Schullektionen werden ihnen durch Pantomime vermittelt. Um gehörlosen Menschen in Not zu helfen, entwickelte die Frankfurter Polizei ein Notfallfax-Blatt. Piktogramme listen darauf verschiedene Gefahrensituationen auf. Der Gehörlose kreuzt an, ob er wegen Feuer, eines Unfalls oder einer akuten Erkrankung Hilfe benötigt. Der Notfallbogen kann unter der Nummer 112 an die Feuerwehr gefaxt werden.

In Unterfranken ist es derzeit nur in Stadt und Landkreis Aschaffenburg möglich, ein Notfallfax abzuschicken. Am 3. August soll es auch in Würzburg eingeführt werden. **Pat Christ**

Nürnberg:

Offizieller Start für mehrfach prämiertes Verkehrsleitsystem

Flexible Wegweisung für den Fern- und Zielverkehr

Nach einer erfolgreichen Testphase ist das neue Verkehrsleitsystem Messe/Stadion/ARENA in Nürnberg in den Dauerbetrieb gegangen. Gemeinsam mit dem Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, Dr. Ulrich Maly, und dem Geschäftsführer der NürnbergMesse GmbH, Bernd A. Diederichs, gaben die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Iris Gleicke, und Bayerns Innenminister Dr. Günther Beckstein den offiziellen Startschuss. Das 23 Millionen Euro teure System ist derzeit das umfangreichste in Europa.

Bei Großveranstaltungen werden die Kraftfahrer von den vier Autobahnen A3, A6, A9 und A73 mit fünf Autobahnkreuzen und einem Autobahndreieck rund um Nürnberg über das Straßennetz im Stadtgebiet effizient bis zu den Parkplätzen geleitet. Finden gleichzeitig mehrere Großveranstaltungen statt, können die Verkehrsströme nunmehr aufgeteilt und auf unterschiedlichen Routen zu den Zielen geleitet werden.

Verkehrskompetenz

„Das anspruchsvolle Gemeinschaftsprojekt mit der Autobahndirektion Nordbayern und der NürnbergMesse unterstreicht die Verkehrskompetenz der Stadt Nürnberg. Sie ist als Verkehrsknotenpunkt bereits heute auf die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Nürnberg gut vorbereitet,“ freute sich OB Maly. „Durch das Leitsystem kann der Verkehr intelligent geführt werden, um Staus und Unfälle zu verringern. Die Autofahrer kommen schneller und sicherer ans Ziel“, betonte der Präsident der Autobahndirektion Nordbayern, Karl Wiebel.

„Image und Erfolg von Messen und Veranstaltungen hängen immer mehr auch von der Qualität der Verkehrserschließung ab. Durch das Dynamische Verkehrsleitsystem positioniert sich die Stadt Nürnberg als fortschrittlicher und für weiteres Wachstum gewappneter Messestandort“, erklärte Bernd A. Diederichs.

Dynamische Führung

Auf den Autobahnen sind die dynamischen und variablen Ziele in die blaue Wegweisung integriert. Dort sind keine zusätzlichen Schilder notwendig. Die dynamische Verkehrsführung auf den Autobahnen bezieht sowohl überregionale als auch innerstädtische Ziele ein. Das VLS ist deshalb kein reines Veranstaltungs-Leitsystem. Spezielle Sonderveranstaltungen mit herausragender Verkehrsbedeutung können bei Bedarf auf frei programmierbaren Wechseltextanzeigen angezeigt werden (z.B. Rock im Park). Neben Messe und Stadion sind auch das Nürnberger Zentrum, der Flughafen und das Güterverkehrszentrum Hafen Nürnberg

in die Routenführung einbezogen. Zusätzlich ist auf den Autobahnen A3, A6 und A9 die bereits vorhandene dynamische Fernziel-Wechselwegweisung der sogenannten Netzbeeinflussungsanlage Nürnberg-Ost integriert.

Die Stadt Nürnberg hat in ihrem Zuständigkeitsbereich zeitgleich zum VLS das Dynamische Parkleitsystem Messe/Stadion/ARENA(PLS) errichtet und so die Parkplätze für die Veranstaltungen in die Routenführung einbezogen. Durch Koordinierung überörtlicher und innerstädtischer Wegweisungselemente wird eine flexible und durchgängige Zielführung der Verkehrsteilnehmer möglich. Bereits auf den Autobahnen im Vorfeld der Stadt Nürnberg werden die Kraftfahrer von elektronischen Wechselwegweisern „in Empfang genommen“ und ohne Unterbrechung über das städtische Netz zu einem Großparkplatz geleitet.

Keine Eingewöhnung nötig

Mit der variablen Verkehrsführung können doppelt so viele Verkehrsteilnehmer auf den vorhandenen Autobahnen und Stadtstraßen geleitet werden. Da die Informationen in die vertrauten, blauen Autobahnschilder integriert sind, müssen sich die Kraftfahrer nicht an eine neue Beschilderung gewöhnen. Das System besteht aus 81 so genannten dynamischen Wechselwegweisern auf rund 70 Ki-

lometern Autobahnen und 49 Schildern auf 33 Kilometern Stadtstraßen.

Im Bereich der Autobahnen ist das Leitsystem an die bestehende Verkehrsdatenerfassung der Autobahndirektion Nordbayern angebunden. Die Verkehrsdichte wird laufend über Induktionsschleifen und Radarsensoren ermittelt, die in die Fahrbahnen eingebaut sind. Das Straßennetz der Stadt Nürnberg wurde auch mit Geräten ausgestattet, die messen, wie viele Kraftfahrzeuge unterwegs sind. Zusätzlich liefern Beobachtungskameras an städtischen Knotenpunkten einen Überblick über die aktuelle Verkehrslage.

Szenarienschaltungen

Alle Daten werden zentral von einem übergeordneten Rechner verarbeitet, der das gesamte Verkehrsleitsystem überwacht und steuert. An ihn ist auch das Programm für die Ampelschaltungen der Stadt angeschlossen. Das Leitsystem regelt den Verkehr über so genannte Szenarienschaltungen mit vordefinierten Routen. Darüber hinaus sind jederzeit manuelle Schaltungen möglich. So können die Autofahrer auf mehr als 150 verschiedenen Routen geleitet werden. Bis zur Fußball-Weltmeisterschaft 2006 soll das System so weit optimiert werden, dass es nahezu vollautomatisch arbeitet.

Die Stadtgrenze der Frankfurter Metropole mit einer halben Million Einwohner queren bereits

VDV-Jahrestagung in Hamburg:

ÖPNV muss weiter gestärkt werden

Jeder in Busse und Bahnen investierte Euro hat einen Nutzen von mindestens 1,50 Euro

Der Nutzen, den die Gesellschaft aus dem öffentlichen Personennahverkehr zieht, ist deutlich höher als die Kosten, die hiermit verbunden sind. Zu diesem Ergebnis kam Professor Herbert Baum vom Institut für Verkehrswissenschaft der Universität Köln bei der Jahrestagung des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen in Hamburg. In einer Studie für die Kölner Verkehrsbetriebe sei errechnet worden, dass jeder Euro, der in Busse und Bahnen investiert werde, einen Nutzen von mindestens 1,50 Euro habe.

Friedrich Smaxwil, Präsident des Verbandes der Bahnindustrie in Deutschland (VDB) unterstrich Baums These: Wenn die Investitionen in den nächsten zwei Jahren um über ein Drittel zurückgingen, schlage sich dies deutlich in der Bahnbranche mit heute 40.000 direkten Mitarbeitern nieder, die zu rund 60 Prozent für den deutschen Markt arbeiten würden.

Wirkungen des Sparens

Ministerialdirigent Dieter Wellner, Vorsitzender des Arbeitskreises Bahnpolitik der Verkehrsabteilungsleiterkonferenz, machte die Wirkungen des Sparens an einer Ausbaustrecke in Bayern deutlich. Hier fehlten für die Fertigstellung noch 140 Millionen Euro. Eine Unterbrechung würde aber Kosten von 200 Millionen Euro verursachen. Es werde überhaupt nicht gesehen, in welchem Maße mit dieser Sparpolitik der Standort Deutschland und die Vorteile, die man mit einem guten öffentlichen Verkehrsangebot hierzulande erreicht habe, gefährdet würden. Dies würde, so Wellner, zu einem „glatten Desaster mit katastrophalen Folgen“ führen. Alle Mittel würden nur noch in die Bestandserhaltung gehen.

Falscher Subventionsbegriff

Bei den Kürzungsdiskussionen sei der Verkehrsbereich Opfer eines falschen Subventionsbegriffes geworden, betonte Andreas Krüger vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen. Die Ministerpräsidenten Koch (Hes-



Gemeinsam mit dem Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, Dr. Ulrich Maly (4.v.l.), und dem Geschäftsführer der NürnbergMesse GmbH, Bernd A. Diederichs (2.v.l.), gaben die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Iris Gleicke (Mitte), und Bayerns Innenminister Dr. Günther Beckstein (4.v.r.) den offiziellen Startschuss für das neue Verkehrsleitsystem Messe/Stadion/ARENA.

sen) heute täglich 560 000 Kraftfahrzeuge. Die Kosten von 26 Millionen Euro für das Verkehrsleitsystem werden getragen vom Bund, der Stadt Nürnberg - gefördert vom Freistaat Bayern - und der NürnbergMesse.

Auszeichnungen bereits in der Testphase

Bereits in der Testphase wurde das Verkehrsleitsystem 2002 mit dem ersten Preis der Bundesvereinigung der Straßenbau- und Verkehrsingenieure des deutschlandweiten Wettbewerbs „Straßen für Bürger - intelligente und sichere Straßen“ und

2003 mit dem Mobilitätspreis des ADAC ausgezeichnet.

Bei der NürnbergMesse wird bereits über das dynamische Verkehrsleitsystem hinaus geplant: Ebenfalls 2004 geht das dynamische Parkleitsystem für die rund 10.000 Parkplätze am Messe- und Kongresszentrum selbst an den Start. Darin eingebunden ist auch das neue Parkhaus für 3000 Pkws an der Großen Straße. Diederichs: „Im Interesse unserer Aussteller wollen wir es unseren Besuchern ermöglichen, möglichst viel Zeit in der Messe zu verbringen und möglichst wenig auf dem Weg dorthin.“ DK

Region Flughafen München:

Gutachten und Leitkonzept

Strukturelle und verkehrliche Auswirkungen des Airports auf sein Umland

Der Flughafen München bleibt der Motor für das wirtschaftliche Wachstum der Region. Dies geht aus dem Gutachten „Der Flughafen und sein Umland - Ergebnisse eines Dialogprozesses für ein Leitkonzept Flughafenumland“ hervor, das Wirtschaftsminister Otto Wiesheu bei einer Pressekonferenz im Airport-Center vorstellte.

Drei Jahre lang war für das 240 Seiten umfassende Leitkonzept ein offener Dialog zwischen Staatsministerium, Flughafenbetreibern und Kommunen geführt worden. Ziel war es, die zum Teil hitzigen Debatten der Vergangenheit durch fassbare Zahlen und Informationen zu ersetzen und den Gemeinden damit eine Orientierungshilfe zu geben. Die Planungshoheit, so Wiesheu, sei den Kommunen freilich nicht zu nehmen.

Verkehrsnetze ausbauen

Laut Gutachten wird die Zahl der Beschäftigten in der Region bis 2015 um weitere 49.000 zu nehmen. Die Einwohnerzahl im Flughafenumland zwischen München und Landshut wird sich im gleichen Zeitraum von 505.000 Menschen auf 551.000 erhöhen. Hauptsächlich wegen der dort liegenden „Beschäftigungsmaschine Münchner Flughafen“ hat der Arbeitsamtsbezirk Freising Wiesheu zufolge die bundesweit niedrigste Arbeitslosenquote: Sie liegt unter 4 Prozent. In der neuen Studie und dem parallel dazu erstellten Leitkonzept für die weitere Entwicklung des Flughafenumlands wurden 71 Städte und Gemeinden im Raum zwischen München und Landshut berücksichtigt.

Die prognostizierte Entwicklung werde das Verkehrsaufkommen und auch den Siedlungsbedarf weiter steigen las-

sen, erklärte der Wirtschaftsminister. Gerade der Ausbau der Verkehrsnetze habe oberste Priorität. Wiesheu nannte an erster Stelle den S-Bahn-Ringabschluss im Bereich Erding samt der Walpertskirchener Spange. Trotz der Einsparungen beim Bund sei das Vorhaben bis 2009/2010 machbar.

Auch die Anbindung Ostbayerns und der Transrapid („Ich hoffe, dass das ein Thema bleibt“) stehen Wiesheu zufolge auf dem Wunschzettel. Bei den Straßen schlagen die Gutachter u.a. den achtspurigen Ausbau der A 9 Ost, der A 9 Neufahrn-Holledau sowie den sechsspurigen Ausbau der A 8 Ulm-München vor.

Wechselseitige Abhängigkeit

„Die wichtigste Botschaft, die die vorliegenden Daten und Prognosen vermitteln, besteht darin, dass die wechselseitige Abhängigkeit der Entwicklungsprozesse am Airport und in der Region offenbar noch sehr viel ausgeprägter ist, als ohnehin schon vermutet“, erklärte der Vorsitzende der Geschäftsführung der Flughafen München GmbH, Dr. Michael Kerkloh. Ein prosperierender Flughafen sei der Schlüssel zu einer prosperierenden Flughafenregion. Umgekehrt gelte aber auch: „Einbußen und Rückschläge in der Verkehrsentwicklung am Münchner Flughafen haben unmittelbare negative

Konsequenzen im Hinblick auf die Konjunktur und Beschäftigung im Umland des Airports.“

Ohne einen konsequenten Ausbau der regionalen Schienen- und Straßenverkehrswege drohten erhebliche Engpässe, „die zum einen die Menschen im Umland unnötig belasten und zum anderen die Erreichbarkeit des Flughafens nachhaltig beeinträchtigen würden“, fuhr Kerkloh fort. Dass der Flughafen bereit und fähig dazu sei, Kapazitäten für Wachstum zu schaffen, sei mit dem Bau und der erfolgreichen Markteinführung des neuen Terminals 2 bewiesen worden.

Wohnraumbedarf

Freising's Landrat Manfred Pointner bemerkte, die Befürchtung, dass die Kreise Freising und Erding von der Entwicklung des Flughafens überrollt werden könnten, hätten sich durch das Gutachten nicht bestätigt. Einiges sei allerdings auf den Tisch gebracht worden, was den Kommunen weiterhelfen könne. So sei das ganze Ausmaß der Verkehrsproblematik nun auch wissenschaftlich nachgewiesen. Auch werde immer deutlicher, dass Wohnraum künftig verstärkt an Standorten mit guter Verkehrsanbindung nachgefragt werde. Hingegen müssten sich Gemeinden im weiteren Umland fragen, ob weitere Ausweisungen von Wohngebieten für sie überhaupt noch sinnvoll seien, zeige die Studie doch auch, dass der Wohnraumbedarf insgesamt nicht so dramatisch ansteige, wie ursprünglich prognostiziert. DK

Mitteln wegfällt, müssten sie in bestimmten Bereichen Erhöhungen von bis zu 30 Prozent auf die Schülertickets vornehmen.“ Er kündige damit keine Preiserhöhungen in dieser Größenordnung an, aber es müsse in der Öffentlichkeit deutlich werden, welche Auswirkungen diese politischen Entscheidungen haben. Die Politik trage die Verantwortung.

Rechenbeispiel

Wenn man die Gesamtlast auf alle Fahrgäste umlegen würde, zöge dies einen Preisanstieg von 7 bis 9 Prozent nach sich - zusätzlich zu den Preissteigerungen, die bei den Produktionsfaktoren im öffentlichen Personennahverkehr ansonsten vorhanden sind und berücksichtigt werden müssten.

Abwärtsspirale

Dies alles führe, betonte der VDV-Präsident, in eine Abwärtsspirale. Würden die Preise in dieser Größenordnung ansteigen, gingen Fahrgäste verloren, in einer solchen Situation gegebenenfalls auf Dauer. Diese könnten die Verkehrsunternehmen nie wieder zurück holen. Die Fahrgeldeinnahmen nähmen ab, die spezifischen Kosten stiegen weiter. Wenn sie Kürzungen im Angebot bei Bussen und Bahnen vornähmen, mache das den öffentlichen Personennahverkehr nicht attraktiver. Alles das, woran die Verkehrsunternehmen gemeinsam mit der Politik in den vergangenen zehn Jahren mit kontinuierlichen steigenden Fahrgastzahlen und Verbesserung der Wirtschaftlichkeit erfolgreich gearbeitet haben, würde zurückgedreht. Aus dem Umstieg auf Busse und Bahnen werde bei einer solchen Politik der Umstieg von Bussen und Bahnen auf den Pkw. Elste bezeichnete dies als Entwicklung in einem „Tollhaus“. DK

Pilotprojekt Polizeiauskunft:

Meldedaten laufen im Freistaat automatisch

Aichacher Einwohnermeldeamt als Vorreiter
Gemeinsames Projekt mit AKDB und komuna GmbH

In einem gemeinsamen Projekt mit der AKDB (München) und der komuna GmbH EDV-Beratung (Altdorf) ist für deren Meldedatensoftware die elektronische Übergabe von tagesaktuellen Änderungsdaten der Melderegister an den Einwohnermeldedatenbestand für die Polizeiauskunft in Bayern realisiert worden. Ab sofort steht sie allen Anwendern der komuna GmbH in Bayern zur Verfügung.

Auf Initiative der beiden Aichacher Andreas Swart (AKDB) und Klaus Stepper, dem stellvertretenden Leiter des Ordnungsamtes der Stadt Aichach, wurden beide Unternehmen an einen Tisch gebracht. Der Pilotversuch wurde im Rahmen der letztjährigen „Systems“ in München vereinbart.

Der Testbetrieb mit der Stadt Aichach, der komuna GmbH und der AKDB ist erfolgreich abgeschlossen. Somit ist es nun möglich, den Einwohnermeldedatenbestand im Service-Rechenzentrum der AKDB in Bayreuth, den die Polizei und die Strafverfolgungsbehörden nutzen, über alle Städte und Gemeinden hinweg aktuell zu halten. Diese tägliche, medienbruchfreie Kommunikation war bisher mit den Anwendern des Altdor-

fer Anbieters nicht möglich.

Wie Aichachs Erster Bürgermeister Klaus Habermann bei der offiziellen Vorstellung des Projekts betonte, stellten AKDB und komuna für seine Stadt starke, verlässliche Partner im Bereich Softwareentwicklung und EDV-Dienstleistungen dar. Die Mitarbeiter der Stadt Aichach arbeiteten sowohl mit Produkten der AKDB (z.B. IASPERS - Lohnabrechnung) als auch der komuna (z.B. MESO - Einwohnermeldeamt). Beide Unternehmen seien somit auf dem Markt der Softwareanbieter für Kommunen Konkurrenten. Um so mehr habe es die Stadt Aichach gefreut, dass sie beide zu einem gemeinsamen Pilotprojekt gewinnen konnte.

Laut Klaus Stepper findet sich das alte Sprichwort „Reden ist

Silber, Schweigen ist Gold“ hier in abgewandelter Form wieder: „Reden ist Silber, Realisierung ist Gold.“ Allen Beteiligten werde dadurch die Arbeit erleichtert „und wir setzen uns jetzt im Kreis unserer Amtskollegen dafür ein, dass die in Aichach getestete Lösung bei allen Kunden der komuna GmbH verwendet wird“!

Melderegisterauskunft

Die seit August 2003 bei der AKDB verfügbare zentrale einfache Melderegisterauskunft (ZEMA) für Bayern nutzt ebenfalls diesen zentralen Einwohnermeldedatenbestand. Hauptabnehmer der ZEMA-Melderegisterauskünfte sind in der Wirtschaft zu finden, darunter z.B. Rechtsanwälte und Notare, Versandhäuser und Banken. Diese sind allerdings nur an aktuellen und vollständigen Daten interessiert, was in Zukunft gewährleistet werden kann. „Mit Inbetriebnahme der täglichen elektronischen Übergabe der Einwohner-

daten für die Auskunft sind für die Kunden der komuna nun die Voraussetzungen geschaffen, dass die Polizei und andere Behörden auf stets aktuelle Daten zugreifen können. Unsere Kunden sollten sich aber jetzt auch überlegen, die AKDB mit der Erteilung von Melderegisterauskünften aus ZEMA zu beauftragen,“ erklärte hierzu Ludwig Atzberger, Geschäftsführer der komuna GmbH.

Diese Tatsache bringt einen nicht zu unterschätzenden wirtschaftlichen Aspekt mit sich: Schließlich sind die Melderegisterauskünfte, die die AKDB im Auftrag erteilt, nicht kostenlos. Die AKDB garantiert den Kommunen Einnahmen im Rahmen der gesetzlich geregelten Auskunftsgeld, außerdem stellt die AKDB hier eine entsprechende zentrale Abrechnung sicher. Einwohnermelderegisterauskünfte die das Einwohnermeldeamt im Rahmen der Amtshilfe für Behörden kostenlos erstellt hat, können nun auch über ZEMA abgedeckt werden. Diese kostenlosen Auskünfte bescherten den Einwohnermeldeämtern nur Arbeit und keine Einnahmen.

Produktlösung komuna.NET

„Um für die Kunden der komuna GmbH die Aktualität und Vollständigkeit der Daten gewährleisten zu können, werden mit Hilfe der Produktlösung komuna.NET jeden Abend die Änderungsdaten automatisch und bedienerlos aus dem lokalen Datenbestand der Meldebehörden an die AKDB übertragen,“ erläuterte Wolfgang Scherer, Direktor M/V der AKDB. Die dort sei für Kunden der komuna GmbH nun das Produkt komuna.NET als Kommunikations-

AKDB-Fortbildung steigert Effizienz und Erfolg der Kommunalverwaltung

Das Seminarprogramm für das 2. Halbjahr 2004 ist erschienen. Nur wer sein Wissen und seine Fähigkeiten ständig aktualisiert und erweitert, kann in den rasanten Veränderungsprozessen bestehen.

Das umfassende, auf die Bedürfnisse der Kommunalverwaltung zugeschnittene Fortbildungsangebot der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) vermittelt den Anwendern in kurzen, modularen Lerneinheiten alle erforderlichen Kenntnisse für einen effektiven Einsatz moderner Software für das jeweilige Arbeitsgebiet. So kann auch unter finanziell schwierigen Bedingungen eine hohe Dienstleistungsqualität für den Bürger erhalten und ausgebaut werden. Die Erfahrungen aus der Arbeit mit jährlich etwa 5000 Seminarteilnehmer an modernen Schulungsstätten in allen Regionen Bayerns sowie das fachliche und didaktische Know-how unserer Trainer bilden das Fundament für eine erfolgreiche Wissensvermittlung.

In wenigen Tagen werden auch die gedruckten Kataloge an die über 4000 Kunden der AKDB verschickt. Das Schulungsangebot wird laufend modifiziert und ergänzt und steht - immer aktuell - auf unserer Homepage für Online-Buchungen zur Verfügung. Das gesamte Seminarprogramm kann dort auch heruntergeladen und offline genutzt werden.

komuna GmbH EDV-Beratung:

Erfolgreiche „Tage der offenen Tür“

Auch heuer lud das EDV-Beratungsunternehmen komuna im niederbayerischen Altdorf bei Landshut wieder zu „Tagen der offenen Tür“. Über 350 Bürgermeister, Geschäftsleiter, Kammerer und Verwaltungsmitarbeiter nutzten das gewohnt attraktive und kostenlose Vortragsprogramm zur Fortbildung und Information.

An interessanten Themen mangelte es an den drei Tagen nicht. Gerade die Referate zum „Neuen Kommunalen Finanzwesen“ (NKF) fanden großen Zuspruch. Auch die Vortragsreihen zum Thema „Meldewesen“ mit den bevorstehenden Neuerungen, sowie „eGovernment“ und „IT-Security“ standen in der Publikumsgunst ganz oben. Kompetente Referenten unterstrichen einmal mehr das Bestreben der komuna, objektiv und umfangreich zu informieren.

Pro und Contra NKF

Die Vortragsreihe im Bereich Finanzwesen eröffnete Prof. Dr. Konrad Schindlbeck von der FH Deggendorf mit dem Thema „Notwendigkeit und Nutzen eines Neuen Kommunalen Finanzwesens“. Schindlbeck wies darauf hin, dass das Finanzcontrolling hinsichtlich der Steuerung eines Unternehmens in der Wirtschaft einen sehr großen Nutzen hat. Die Instrumente des Finanzcontrollings, nämlich Kostenrechnung und Budgetierung, seien ebenso für Kommunen notwendig und nützlich, da auch diese ihre Kosten möglichst verursachungsgerecht verrechnen müssen. Außerdem seien die Instrumente zielorientiert und effizient zu führen. Eine dezidiert andere Meinung hatte dazu Anton Westner, 1. Bürgermeister von Reichertshofen, der die Notwendigkeit eines NKF anzweifelte.

Tag 2 stand ganz im Zeichen des Meldewesens und der bevorstehenden Änderungen. So gab Ministerialrat Michael Schirmeyer zum Thema „Das neue bayerische Meldegesetz - Revolution oder notwendige Fortentwicklung des Meldewesens?“ erste Einblicke in die geplanten Änderungen im bayerischen Meldegesetz. Ziel sei es, die Dienstleistung für Behörden und Bürger zu verbessern, Rationalisierungspotenziale konsequent zu erschließen, die Polizeiaus-

kunft zu aktualisieren und schließlich das Melderegister auf aktuellem Stand zu halten. Derzeit liefen, so Schirmeyer, Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden, Ende Juli werde ein Ministerratsbeschluss zur Verbandsanhörung vorliegen, die parlamentarische Behandlung des Themas sei für Herbst dieses Jahres vorgesehen. Viele Zuhörer bekundeten in der anschließenden, angeregt geführten Diskussion ihren Unmut über die geplante Fortentwicklung.

Univ.-Professor Dr. jur. Dirk Heckmann betonte, die Verwaltung habe sich in Zeiten knapper Ressourcen auf ihre Kernkompetenzen zu konzentrieren. Liberalisierte Gestaltungsspielräume Privater habe die Verwaltung durch Wahrnehmung ihrer Organisations- und Verfahrensverantwortung im Sinne der öffentlichen Interessen zu kontrollieren.

Synergiepotenziale

Bei einer genaueren Analyse der technischen Vorgänge stelle sich gerade im IT-Outsourcing die Tätigkeit privater Dienstleister als technische Hilfstätigkeit dar, die den Kernbereich der verfassungsrechtlich geschützten Ausübung hoheitlicher Befugnisse kaum berühre. Gleichzeitig beruhe die Einbeziehung privater IT-Dienstleister in staatliche eGovernment-Strategien große Innovations- und Synergiepotenziale. Heckmann meldete unter kartellrechtlichen Gesichtspunkten Bedenken gegen eine Monopolisierung des Meldewesens an, da hier in wesentlichen Teilbereichen einzelner eGovernment-Anwendungen eine marktbeherrschende Stellung zu Lasten privater Anbieter missbraucht werde.

„Die Praxis der Online-Auskunft“ wurde von Zolloberamtstrat Karl Furtner vom Hauptzollamt Rosenheim vorgestellt. Grund zum Staunen gab es bei der „Premiere“ einer einfachen

Melderegisterauskunft auf einem mobilen PDA via GPRS. Das Thema „IT-Security“, wurde von Robert Zeitler aus dem Hause Microsoft den interessierten Zuhörern näher gebracht. Thomas Scholz von der Linogate GmbH erläuterte in seinem Vortrag „Die Bedrohung aus dem Internet“.

Tag 3 begann mit einem interessanten Thema aus dem Finanzbereich. Herbert Gruschka vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband referierte zum Thema „Digitale Signatur und elektronische Archivierung in der neuen KommHV“. „Von der Kameralistik zur Doppik - Die wichtigsten Themen im Umstellungsprozess aus Sicht einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft“ lautete das Vortragsthema von Dipl.-Kaufm. Heiko Pech, Leiter Geschäftsbereich Managementberatung Rödl & Partner GbR.

Beispiel aus der Praxis

Im Bereich eGovernment stellte Peter Köhler das Microsoft eGovernment Starterkit vor. Ein Beispiel aus der Praxis präsentierte wiederum Birgid Schenk, geschäftsleitende Beamtin der Gemeinde Altdorf. Sie beschäftigte sich mit der „Einführung einer neuen Dokumentenwelt. ramiris - Rathaus- und Dokumentenmanagement in Verbindung mit dem Sitzungsdienst“. Die „Lizenzierung im Rahmenvertrag Microsoft und Oracle“ wurde schließlich von Ulf Tausche, PC-Ware Information Technologies AG, erläutert.

Die täglichen Vorträge und Präsentationen von komuna standen ebenso im Zeichen von NKF und Meldewesen. So wurde unter dem Titel „Der Weg ins Neue Kommunale Finanzwesen mit CIP-KD“ die Umsetzung der diskutierten Ansätze gezeigt. Im Bereich Meldewesen - eMeldewesen fanden die neuesten Entwicklungen wie die Internet-Postbox in MESO großen Anklang. Die komuna-Mitarbeiter standen stets für Fragen zur Verfügung und so hatten die Besucher die notwendige Zeit und die richtigen Ansprechpartner, um sich ausgiebig zu informieren. **K.**

plattform im Einsatz, das ähnlich wie die AKDB-Kommunikationsdienste der TAR-Produkte automatisch für Signatur und Verschlüsselung sorgt und so die Belange des Datenschutzes sicherstellt.

Als nächster Schritt wird, so die Vertreter von AKDB und komuna, die Kommunikation zwischen Meldebehörden mit unterschiedlichen Meldeverfahren realisiert. Wird derzeit die automatische Rückmeldung beispielsweise schon bei mehr als 200 Kunden der komuna GmbH praktiziert, so soll es in Kürze auch möglich sein, automatische Rückmeldungen zwischen den Kunden der beiden größten Anbieter von Meldeamtssoftware auszutauschen. Bei mehr als 1250 aktiven Anwendern von AKDB und komuna GmbH ist

man von einer flächendeckenden Lösung in Bayern mit seinen 1379 Meldebehörden nicht mehr weit entfernt.

Diese „bayerische“ Lösung ist bundesweit ein Vorreiter bei der Umsetzung der Forderungen von Politik und Gesetzgeber. Was innerhalb eines Bundeslandes funktioniert, ist aber auch über Landesgrenzen hinweg sinnvoll. Schließlich stellen diese Landesgrenzen kein technisches, sondern allenfalls ein politisches oder gesetzgeberisches Hindernis dar. Die AKDB hat dazu bereits Vereinbarungen mit den kommunalen Datenzentralen u.a. in Hessen, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein getroffen. Auch komuna arbeitet an Projekten zur elektronischen Datenübermittlung über Landesgrenzen hinweg. **DK**

IT-Dienstleister DATEV:

Moderates Wachstum durch neue Geschäftsfelder

Der Umsatz des Nürnberger Unternehmens stieg um knapp ein Prozent

Nürnberg - Der IT-Dienstleister DATEV eG hat im vergangenen Jahr trotz widriger Marktbedingungen sein stetiges Wachstum fortgesetzt, wenn auch etwas schwächer als erwartet. Der Umsatz des Nürnberger Unternehmens stieg um 0,9 Prozent auf 571,3 Mio. Euro. „Damit hat sich DATEV besser geschlagen als die IT-Branche insgesamt“, erklärte Dieter Kempf, Vorstandsvorsitzender der DATEV, auf der Bilanzpressekonferenz des Unternehmens.

Insbesondere die im vergangenen Jahr entgegen der Erwartungen weiter schwächelnde konjunkturelle Entwicklung im Mittelstand habe sich negativ auf den Berufsstand ausgewirkt. Anhaltend hohe Insolvenzzahlen von Unternehmen waren bei Steuerberatern und in der Folge bei DATEV vor allem in den Bereichen Finanzbuchführung und Löhne spürbar. Deshalb sei 2003 für die Mitglieder der Genossenschaft auch ein Jahr der Sparbemühungen gewesen, was den Umsatz tangierte. „Unser

Wachstum kommt aus neuen Geschäftsfeldern. Damit haben wir Einbußen durch die lahmen Konjunktur ausgeglichen“, so Kempf.

Datensicherheit findet zunehmend Beachtung

In einigen Segmenten entwickelte sich der Umsatz deutlich besser als geplant. Dies gilt unter anderem für den Bereich IT-Sicherheit, der auf Grund der spektakulären Angriffswellen von Internetschadlingen stärker

in den Fokus der Anwender in Kanzleien und Unternehmen rückte. Zum Beispiel stieg der Umsatz von DATEVnet, einem durch Firewall- und Virenschutzsysteme abgesicherten Internet-Zugang, im vergangenen Jahr um 36 Prozent. „Allein im Mai 2004 haben wir mit DATEVnet fast 774.500 Viren aus dem Netz herausgefiltert. Das sind mehr als dreimal so viele Schädlinge wie im gesamten Jahr 2003“, erläuterte der Vorstandsvorsitzende. Angesichts dieser Entwicklung werde das Thema Datensicherheit nicht nur wie gewohnt bei DATEV und ihren Mitgliedern, sondern zunehmend auch bei Unternehmen Beachtung finden.

Kostenmanagement

Die insgesamt positive Entwicklung der Genossenschaft der steuer- und rechtsberatenen Berufe erklärte Kempf einerseits mit einem konsequenten Kostenmanagement, andererseits mit der Erschließung neuer Geschäftsfelder. So sei unter anderem der Umsatz mit Software für Wirtschaftsprüfer um 63 Prozent auf sieben Millionen Euro geklettert. „Auch die Umsätze bei den Software-Lösungen für Anwälte entwickeln sich in unserem Sinne. Inzwischen ist die DATEV die Nummer Vier auf dem Markt für Anwaltssoftware“, betonte Kempf. „Das bestätigt unsere Strategie, auf neue Geschäftsfelder zu setzen.“ Ebenfalls positiv bewertete er das DATEV-Engagement in Österreich, Polen, Italien und Tschechien, das im Jahr 2003 weiter vorangetrieben wurde.

Operatives Ergebnis

Das operative Ergebnis des IT-Dienstleisters betrug Ende des vergangenen Jahres 31,3 Millionen Euro (Vorjahr: 33,9 Millionen Euro). Im Vorjahr

wurde es durch die Ergebnisse einer Betriebsprüfung beeinflusst. Das Jahresergebnis 2003 wird fast vollständig als genossenschaftliche Rückvergütung an die Mitglieder ausgeschüttet. Der Betrag ist mit 28,9 Mio. Euro um 2,6 Mio. Euro höher als im Vorjahr. Der danach noch verbleibende Rest von 0,2 Mio. Euro wird den Rücklagen zugeführt, ist aber bei Genossenschaften kein Gradmesser für den Erfolg.

Weitere Erschließung

Wie Vorstandsmitglied Jürgen Hiller ausführte, beschäftigte die Genossenschaft zum Jahresende 2003 5.400 Mitarbeiter. Das sind 27 mehr als im Vorjahr. Das zusätzliche Personal dient vor allem der weiteren Erschließung und dem Aufbau neuer Geschäftsfelder.

Im laufenden Jahr 2004 erwartet DATEV laut Hiller wiederum einen leichten Umsatzzuwachs. Zusätzliche Wachstumsimpulse durch eine sich belebende Konjunktur blieben bisher aus. Deshalb würden weiterhin Kostenbegrenzungsmaßnahmen durchgeführt, die wiederum ein zufrieden stellendes Ergebnis ermöglichen. Allerdings werde es voraussichtlich nicht ganz das Niveau des Jahres 2003 erreichen.

Positive Perspektiven

Die Perspektiven für die weitere Entwicklung der Genossenschaft bewertete Hiller als insgesamt positiv. DATEV befindet sich auf einem wirtschaftlich guten Weg, wie die aktuellen Geschäftszahlen des ersten Halbjahres belegten.

Kritisch äußerte sich Vorstandsvorsitzender Kempf hingegen zu den direkten Auswirkungen steuerpolitischer Entscheidungen auf Unternehmen und Kanzleien. So hätten zum Beispiel die sehr kurzfristigen Beschlüsse zur Steuerreform zum vergangenen Jahresende zu erheblichem Mehraufwand in der Entwicklung der Steuerdeklarations-, Lohn- und Gehaltsabrechnungssoftware geführt. Die Anpassungen mussten unter erheblichem Zeitdruck und daher mit erhöhtem Personalaufwand vorgenommen werden. Kempf: „Der Gesetzgeber weiß

nicht, was er will, wann er etwas will und wie er etwas will. Für Steuerberater wird es angesichts dieses Politik-Chaos immer schwerer, Mandanten vorausschauend zu beraten.“

ERP-Produkte

Auf Grund dieser Entwicklung sieht Kempf die Herausforderung für den Berufsstand insbesondere in einer stärker betriebswirtschaftlichen Orientierung bei der Beratung der Mandanten. Um die dafür notwendige Vernetzung zwischen Steuerberatern und Unternehmen zu unterstützen, bietet die DATEV über die Steuerberater ERP-Produkte für mittelständische Unternehmen an. Dieses Angebot wird vom Markt sehr positiv aufgenommen, unter anderem die Software Rechnungswesen compact verkaufte sich sehr gut. Weitere Produkte aus diesem Marktsegment sind ein Warenwirtschafts-, ein Personalmanagement- und ein Kundenmanagementsystem.

Ausbau des Angebots

Zur Unterstützung der eigentlichen Beratung baut die DATEV ihr entsprechendes Angebot stetig aus. Seit Anfang dieses Jahres ist das DATEV-Rating-System erhältlich. Mit dieser Software für die Vorbereitung auf das Banken-Rating werden alle Bereiche eines Unternehmens durchleuchtet und mit einer Note bewertet. Der in 2002 eingeführte DATEV-Unternehmens-Check ist bereits erfolgreich am Markt etabliert. Dieses auf die Bedürfnisse mittelständischer Unternehmen ausgerichtete Beratungskonzept unterstützt die Stärken-Schwächen-Analyse eines Unternehmens und das Erstellen eines umsetzbaren Maßnahmenkataloges.

Eine weitere Herausforderung des Berufsstandes sieht Kempf in der Anpassung an die technische Entwicklung. Die DATEV unterstützt deshalb auch die Standardisierung der elektronischen Signatur. Außerdem bietet die Genossenschaft einen ASP-Service an, das heißt Kanzleien und Mandanten können sich von der Administration ihrer Hard- und Software befreien, indem sie diese an die DATEV outsourcen. **DK**

Schwabach feiert „500 Jahre Blattgold“

Seit Anfang des Jahres feiert die Goldschlagerstadt Schwabach „500 Jahre Blattgold“. Einer der Höhepunkte des Programms ist die Goldschlager-Nacht am 14. August. Von 18 Uhr bis in die frühen Morgenstunden laden Goldschlager-Liveacts, Vergolderprojekte, Ikonmalereien, Ausstellungen und andere Aktionen dazu ein, die Facetten der Materialien Gold und Blattgold kennen zu lernen. In Hinterhöfen und auf Plätzen präsentieren Handwerkermärkte (Kunst-) Werke, die in Verbindung mit Gold entstanden sind. Kulturstätten, Kirchen, Kleinkunstbühnen und Galerien bieten Programme zu den Themen Gold und Blattgold. Das Angebot reicht von Lichtprojekten, Märchenlesungen und Figurentheater bis hin zu Walkacts und akustischer Weltmusik. Die Goldschlager-Nacht erschließt sich über einen spannenden Stadtparcours. Das etwas außerhalb gelegene Stadtmuseum, das Besucher mit seiner spektakulären Meisterstücke-Sonderausstellung und einer Goldhasen-Sonderproduktion lockt, wird per Shuttle angeboten. **z**

Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Luitpold Braun
Ehrenherausgeber:
Beda Bohinger
Otto Ammon
Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner
Telefon 08171 / 9307-13
Ständige Mitarbeiter:
Peter Müller
Florian Hahn (KPV)
Lutz Roßmann (Landtag)
Brigitte Scherriele (Wirtschaft und Messen)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)
Klaus Kamhuber
Franz Och
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertriebsleitung:
Viktoria Bertele (verantwortlich),
Telefon 08171 / 9307-11
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38 vom 01.01.2004
Anzeigenschlußtermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben);
Jahresbezugspreis Inland:
€76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) €27,- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag.
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13
Telefax 08171 / 805 14
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: http://www.gemeindezeitung.de
Bankverbindungen:
Bayer. Landesbank München
Konto 1159164, BLZ 700 500 00
Raiffeisenbank
Füssen-Pfronten-Nesselwang
Konto 144 320, BLZ 733 698 78
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerin:
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
Fränkischer Tag GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Die Kulisse der Freilichtspiele am Altmühlsee. Bürgermeister R. Fitzner und Intendant Christian P. Hauser (rechts) wollen das Theater zu einer Erfolgsgeschichte im Fränkischen Seenland machen. Im Bühnen-Vordergrund Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel. Foto: Falk

Premiere für

„Altmühlsee-Festspiele“

Muhr am See (wefa) - Die Kreuzgangspiele in Feuchtwangen sind und bleiben wohl auch die Nummer 1 der Freilichtbühnen in Franken. Neu am mittelfränkischen Kulturhimmel sind die „Altmühlsee-Festspiele“ in Muhr am See. Sie feierten heuer in Anwesenheit von Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel ihre Premiere.

Drei Stücke stehen auf dem Theaterprogramm. Die Schauspieler sind Profis und kommen von Wiener Bühnen. In das Fränkische Seenland einführt hat sie Intendant Christian P. Hauser, der selbst in der österreichischen Kulturmetropole schauspielerisch tätig ist.

Eine Vision geht in Erfüllung

Mit den „Altmühlsee-Festspielen“ geht eine Vision des Muhrer Bürgermeisters Roland Fitzner in Erfüllung. Er war hartnäckig dahinter her, dass in der Seegemeinde ein Informationszentrum realisiert wurde, das der Gemeinde als touristische Anlaufstelle ebenso dient wie dem Landesbund für Vogelschutz als eine von 20 im Freistaat anerkannten Umweltsationen.

Das 3,2 Millionen Euro teure Projekt ist zugleich ein Vorzeigefall für die Umnutzung ehemals landwirtschaftlicher Gebäude und für die Denkmalpflege. Um die alte Bauernscheune herum hat das Freisinger Architektenteam von Stefan Lautner (Gruppe A2) ein räumliches Konzept mit vier Gebäudeteilen geschaffen, das sich in idealer Weise in das fränkische Ortsbild fügt.

Die Freilichtbühne ist archi-

tektonisch ein reizvoller Kontrast von historischer Bausubstanz (Rückwand der alten Scheune) und einer modernen Architektursprache. 250 Personen können auf der betonierten Tribüne Platz nehmen, dazu noch 130 auf einer mobilen Bühne. Auch der Innenhof des Altmühlsee-Informationszentrums lässt sich in die Nutzung mit einbeziehen.

Schulterschluss

In Christian P. Hauser (er ist übrigens der Sohn von Hansgeorg Hauser aus Rednitzhembach, der 1995-97 unter Theo Waigel Staatssekretär im Finanzministerium war) hat der Muhrer Bürgermeister einen Künstler und Kulturmanager gefunden, der von sich aus sofort erkannt hatte: „In Muhr am Altmühlsee lässt sich ein Festspielort etablieren.“ Bürgermeister und Intendant üben den Schulterschluss: „Wir wollen das Freilichttheater zu einer Erfolgsgeschichte machen.“ Der Auftakt gibt ihnen Mut. Die ersten von zehn Vorstellungen drei Stücke waren ausverkauft.

Die Gemeinde ist Partner der Freilichtspiele, aber das finanzielle Risiko trägt allein der Intendant. Zur Unterstützung hat sich ein Freundeskreis „Altmühlsee-Festspiele“ gebildet. **z**

Viele Neuheiten bei der 55. Allgäuer Festwoche

Die Allgäuer Festwoche - vom 14. bis 22. August in Kempten - gilt als die bedeutendste Verbrauchermesse in der Region. Rund 400 Aussteller zeigen in 19 Hallen und auf dem Freigelände Angebote aus Industrie, Handel und Dienstleistung. Die 55. Ausgabe der Festwoche wirbt mit vielen Neuheiten um die Besuchergunst.

Schwerpunkte der Allgäuer Festwoche 2004 sind Bauen, Wohnen und Gartengestaltung, Freizeit, Sport und Tourismus, Energie und Umwelt. Viele Organisationen präsentieren sich in Erlebnisbereichen. So informiert das Landwirtschaftsamt Kempten über „Genuss, Gesundheit und Kultur im Allgäu“.

Unter dem Motto „Bauen - Wohnen - Gartengestaltung nach Feng Shui“ treten elf Allgäuer Betriebe in Halle 5 den Beweis an, dass fernöstliches Wissen und Handwerkstradition gut zusammenpassen. Das Themenspektrum reicht vom Innenausbau bis zur Raumbelüftung. Das „Holz Forum Allgäu“ veranschaulicht in Halle 9 die „Wert schöpfungskette Holz“: Wald, Säger, Zimmerer und Schreiner, Architekten und Ingenieure. Ein weiteres Thema: der Energieträger Holz. „Fleisches-Lust - Live-Metzgerei der Fleischerinnung“ - in Halle 7 geht es um die Wurst, können die Besucher verfolgen, wie das beliebte Nahrungsmittel entsteht. Zu den Neu-

heiten 2004 zählt auch der als verkleinerte Reichstagskuppel gestaltete Stand des Deutschen Bundestages in Halle 2.

Die Halle 10a „LebensArt“ wieder als „grüne Welt im Zelt“, ganz ohne herkömmliche Standeinteilung, gestaltet. Die Aussteller widmen sich hier den schönen Dingen des Lebens, die mehr bieten als die reine Funktion.

Garantierte Familientauglichkeit

Das Kultur- und Unterhaltungsprogramm der Allgäuer Festwoche deckt alle Geschmackrichtungen ab. Ob auf dem Residenzplatz, im Residenzhof, in der Fußgängerzone oder auf der Bühne im Stadtpark - die meisten Veranstaltungen sind ausgesprochen familien-tauglich.

Unter der neuen Rubrik „Festwoche spezial“ haben die Organisatoren „eher untypische Angebote“ zusammengefasst. Eine Theaterwerkstatt für Kinder, Themenstadtrundfahrten und

philosophische Vorträge sind für das Programm einer Verbrauchermesse tatsächlich ungewöhnlich.

Noch eine Besonderheit: Die Allgäuer Festwoche ist die einzige Verbrauchermesse mit einem Milchzelt. Parkschenke und Parkterrasse runden die Festwochengastronomie ab. Im Bierzelt kann man Volksfeststimmung und süffiges Festbier genießen.

Die „2. Kemptener Blade Night“ am 21. August (Start um 20 Uhr, Residenzplatz) ist als Familienlauf angelegt. Alle Inlineskater sind zum „gemütlichen Gleiten“ auf einem 15 Kilometer langen Rundkurs eingeladen. Die „Blade-Night-Party“ steigt ab 19 Uhr auf dem Residenzplatz.

Die Festwochenpreise wurden nicht erhöht. Der Eintritt zur Wirtschaftsmesse (inklusive Eintritt zur Allgäuer Kunstausstellung) kostet für Erwachsene wieder 5,50 Euro. Die Familienkarte - zwei Erwachsene plus Kinder bis 18 Jahre - kostet 12 Euro (am Familientag, 17. August, 11 Euro). Schüler, Studenten, Wehr- oder Zivildienstleistende und Rentner zahlen nur 3,50 Euro **z**

Bezirk Niederbayern:

Doppelter Grund zum Feiern

Jubiläumsprojekt „175/50plus“ in Deggendorf gestartet

2004 hat der Bezirk Niederbayern gleich doppelten Grund zum Feiern: Er kann sein 175. Jubiläum begehen, weil am 11. November 1829 im damaligen Unterdonaukreis die konstituierende Sitzung des ersten „Landrathes“ statt fand. Diesen „Landrath“ kann man mit gutem Grund als einen vordemokratischen Wegbereiter des Bezirks ansehen. Vor allem aber kann der Bezirk Niederbayern sein 50-jähriges Bestehen feiern, denn am 23. Dezember 1954 versammelte sich der erste Bezirkstag von Niederbayern, nachdem mit dem 1. Dezember 1954 die „Bezirksordnung für den Freistaat Bayern“ in Kraft getreten war.

Mit einer speziell konzipierten Wanderausstellung durch ganz Niederbayern, die ihren Anfang in Deggendorfer Rathaus nahm, will der Bezirkstag von Niederbayern in öffentlichkeitswirksamer Form auf diese beiden Jubiläen aufmerksam machen und die Aufgaben und Leistungen des Bezirks der Bevölkerung näher bringen. Weitere Ausstellungsorte und -termine sind unter www.bezirk-niederbayern.de einzusehen. Für einen verstärkten Auftritt in der Öffentlichkeit sorgen beim Jubiläumsprojekt „175/50plus“ aber auch eine ansprechende Internetpräsentation, freche Postkarten und andere Printmedien sowie eine zeitgemäße, technisch vorbildliche Tonbildschau.

Spannende Tonbildschau

Diese Tonbildschau ist eine rein niederbayerische Produktion - das war Bezirksstagspräsident Manfred Hölzlein wichtig, als er „grünes Licht“ für das Projekt gab. In dieser neuen, spannend inszenierten Tonbildschau wird unter dem Titel „wir - hier - Niederbayern“ das breite Spektrum der Bezirksaufgaben eingängig und unterhaltsam vorgestellt. Das Wörtchen „wir“ steht für das Kommunale und Soziale, „hier“ steht für Kultur, Bildung und Regionalentwicklung. Gezeichnet wird ein positives Bild Niederbayerns, aber es wird keine Idylle vermittelt und schon gar kein Bild von der „guten alten Zeit“.

Wanderausstellung

„SehnSucht“ macht Halt in Hof

Gemeinsam mit der Kriminalpolizeiinspektion Hof bereitet die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, BZgA, zur Zeit einen Einsatz der Wanderausstellung „SehnSucht“ in Hof an der Saale vom 23. Juli bis 2. August in der Alsenberger Straße/Ecke Königstraße, vor.

„SehnSucht“ ist eine rund 400 m² große Wanderausstellung der BZgA zur Suchtprävention. Die Ausstellung mit umfangreichem und vielfältigem Rahmenprogramm findet täglich von 9 bis 18.30 Uhr statt, der Eintritt ist kostenlos. Kooperationspartner sind unter anderem die Stadt Hof sowie die Landratsämter Hof und Wunsiedel.

Hinter jeder Sucht steckt eine „SehnSucht“, lautet eine griffige Formel der Suchtprävention, auf die sich auch der Titel der Ausstellung bezieht. Sie will nicht nur vor dem Gebrauch illegaler Drogen warnen, sondern es gilt auch, Zusammenhänge aufzuzeigen, die für stichtigen Verhalten verantwortlich sein können.

„Labyrinth des Lebens“

Die Ausstellung, ein Forum für Informationen, Aktivitäten und Kommunikation, wendet sich an Jugendliche und Erwachsene. Sie zeigt in einer „Suchtlandschaft“, dass Suchtverhalten mit seinen vielfältigen Facetten und Strukturen ein individuell und gesellschaftlich zunehmendes Problem darstellt. Durch das „Labyrinth des Lebens“ und die „Balance-Scheibe“ wird die mitunter schwierige

Suche nach einem erfüllten Leben thematisiert. Menschen erzählen ganz persönliche Geschichten, private Objekte geben Zeugnis von großen Umbrüchen im Leben, die durch eigene Entscheidungen oder durch äußere Ereignisse bestimmt wurden.

Rückblick und Vorschau

Laut Bezirksstagspräsident Manfred Hölzlein ist das Jubiläumsprojekt mehr als ein sentimentaler Rückblick auf Höhen und Tiefen zweier verfloßener Jahrhunderte. Ausgehend von einem Rückblick, der die Leistungen der Vorgänger des jetzigen Bezirkstages würdigt, wird auch eine Vorschau auf die Zukunft des Bezirks Niederbayern geboten.

Die Schwachen im Fokus

Seit dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung im Jahr 1978 sind die bayerischen Bezirke aus dem Schatten der Bezirksregierungen hervorgetreten. In Niederbayern ist dieser viele Jahre dauernde Prozess untrennbar verbunden mit dem Namen Sebastian Schenk (1929-1998), der dem Bezirkstag von Nieder-

ge Suche nach einem erfüllten Leben thematisiert. Menschen erzählen ganz persönliche Geschichten, private Objekte geben Zeugnis von großen Umbrüchen im Leben, die durch eigene Entscheidungen oder durch äußere Ereignisse bestimmt wurden.

Gefährdungen erkennen, Standpunkte überprüfen

Im Lebenswege-Spiel können sieben fiktive Personen, sieben unterschiedliche Lebenswege, durch die Besucher aktiv verändert werden. Dabei geht es darum, mögliche Gefährdungen zu erkennen und Standpunkte zu überprüfen. Mit den „Kraftquellen“ werden wiederum mögliche Alternativen zur Sucht aufgezeigt. Der Info-Container, ein LKW, bietet schließlich ein breites Angebot an Materialien und Medien zur Drogen- und Suchtprävention.

SehnSucht wird in den kommenden Jahren bundesweit in vielen Orten zu Gast sein - begleitet von Veranstaltungen, Beratungsangeboten und immer in Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern vor Ort: Das sind Institutionen und Initiativen, die lokal oder regional im Bereich der Suchtprävention und -beratung arbeiten. **DK**

bayern von 1978 bis 1998 als Bezirksstagspräsident vorstand. So ausgleichend, Kontinuität während und zugleich Neuem aufgeschlossen, wie Bezirksstagspräsident Schenk war, stellt sich die gesamte Arbeit des Bezirks bis heute dar. Im Mittelpunkt des Engagements stehen beim Bezirk die Schwachen: kranke und alte Menschen, Bürger, die von Armut bedroht sind, junge Menschen, denen im ländlichen Raum nur ein eingeschränktes Bildungsangebot zur Verfügung steht.

Betreuungseinrichtungen

Das Bezirksklinikum Mainkofen, eine Gründung des Jahres 1911, hat gemeinsam mit den psychiatrischen Einrichtungen der sechs anderen bayerischen Bezirke maßgeblich an der Erneuerung der Versorgung psychisch kranker Menschen mitgewirkt. Viele Betreuungseinrichtungen für behinderte Mitbürger sind in Niederbayern in caritativer Trägerschaft. Der Bezirk unterstützt sie wesentlich in ihrer Finanzierung. Zu den ältesten Bezirksinstituten zählt auch das heutige Agrarbildungszentrum Landshut-Schönbrunn, das früher unter dem Namen Ackerbauschule bzw. Landwirtschaftliche Lehranstalten bekannt war. Unter dem Dach des Agrarbildungszentrums sind verschiedene landwirtschaftliche Schulen angesiedelt. Schwerpunkt der Ausbildung sind Landtechnik und ökologischer Landbau.

Erfolgsmodelle

Im Juni 1957 ist der Bezirk Niederbayern dem „Zweckverband Thermalbad Füssing“ beigetreten. Mit diesem Entschluss beginnt eine Reihe von Engagements, die große Bedeutung für die Regionalentwicklung in Niederbayern haben. Bad Füssing steigt zum größten Thermalbad Europas auf, für das Rottal ist es die Initialzündung zu einer touristischen Entwicklung, die auf gutem Weg, aber noch lange nicht abgeschlossen ist. 1974 folgt die Gründung des „Zweckverbandes Thermalbad Griesbach im Rottal“ sowie des „Zweckverbandes Rottal-Terme“ in Bad Birnbach. Das Rottaler Bäderdreieck, über die Grenzen zweier niederbayerischer Landkreise hinweg, ist ein Erfolgsmodell. Der Bezirk engagiert sich aber auch in den Bädern Bad Gögging und Bad Abbach im Landkreis Kelheim, sie gehören zu den „Gesunden Fünf“ von Niederbayern.

Sichere und preiswerte Erdgasversorgung

In Niederbayern gäbe es keine überregionale flächendeckende Erdgas-Versorgung, wenn nicht der Bezirk 1975 die Errichtung eines Hochdruckleitungsnetzes zu seiner Aufgabe gemacht hätte. Heute steht mit Strängen von mehr als 400 km eine sichere und preiswerte Erdgasversorgung für Gewerbe, Industrie und Kommunaleinrichtungen zur Verfügung.

Die Freilichtmuseen Finsnterau und Massing, die beide aus lokalen Anfängen hervorgehen, hat der Bezirk 1979 unter der Trägerschaft eines Zweckverbandes zusammengefasst. Im Jahr des 25-jährigen Bestehens haben diese Museen an den exponierten Orten im oberen Rottal und im innersten Bayerischen Wald neben ihrem Sammlungs-

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Das einzige Beständige am Wetter dieses Jahr ist die Wechselhaftigkeit.“ Mein Chef, der Bürgermeister, stellte betrubte Betrachtungen über die Gestaltung des Abends an. Nachdem es tagsüber recht sonnig und warm war, freute er sich darauf, heute auf der Terrasse sitzen zu können und mit seinem Weißbier dem Sonnenuntergang zuzuprosten. Aber wie so oft dieses Jahr hat pünktlich um halb sechs ein so heftiger böiger Regen eingesetzt, dass binnen Kurzem alles triefend nass war.

Welch Kontrast zum „Jahrhundertssommer“ des letzten Jahres, in dem die Zeitungen voll waren von Meldungen, wonach die Klimaveränderung uns nun endgültig beim Schlawittchen hätte und die Versteppung des Landes nicht aufzuhalten wäre. Vor zwölf Monaten schrieben die Gazetten über Wassermangel,



2002 ansieht, weiß man, dass Wetterkapriolen immer noch Existenzen vernichten können.

Logisch eigentlich, dass sich nunmehr auch die Finanzbranche des Wetters angenommen hat. Wetterderivate sind das innovative Finanzprodukt der Saison. Dies sind Produkte, die sich statt auf den Preis von Gänsen an St. Martin oder dem Stand des Dow Jones am Jahrestag des „schwarzen Freitag“ auf die Niederschlagsmenge, die Temperaturen, die Windgeschwindigkeiten und anderes mehr in einer bestimmten Periode beziehen. Auf der Basis von historischen Wetterdaten - also wie viel Sonnenstunden ansonsten durchschnittlich im Juli zu verzeichnen sind - findet sich ein Preis, zu dem sich etwa Großgastronomen gegen das Risiko absichern können, dass ihre Biergärten wegen Regen leer bleiben. Oder Großagrarien sichern sich gegen zu wenig Niederschlag.

All das ist eigentlich nichts anderes als eine groß angelegte Wette auf das Wetter, mit einer Bank als sicherem Gewinner. Obwohl die Produkte noch nicht für die Kleinen wie das Venezia, unser Eiscafé am Marktplatz taugen, ist es faszinierend sich auszumalen, dass man eines nicht fernen Tages seinen Urlaub mit solchen Derivaten anreichert und dicke Prämien kassiert, wenn es in der Wüste Namib ausgerechnet während unserer Safari regnet.

Das tröstet jetzt natürlich meinen Chef, den Bürgermeister, nicht bei seinen trübseligen Betrachtungen ob der Tatsache, dass wieder ein lauer Sommerabend ins Wasser gefallen ist. Aber vielleicht heitert ihn der Spruch auf dem Kalenderblatt auf. Er ist von Mark Twain, der schon im 19. Jahrhundert eine Vorahnung von Wetterderivaten gehabt zu haben scheint: „Ein Bankier ist ein Kerl, der Ihnen bei schönem Wetter einen Regenschirm leiht und ihn zurückverlangt, sobald es regnet.“

the
Sabrina

Wetterderivate als Finanzprodukt

heuer über zu wenige Sonnenstunden und zu kühle Durchschnittstemperaturen. Meine Oma war anders als die Klimaforscher, die mit ihren Horrorszenerarien offensichtlich gutes Geld verdienen, über das Wetter heuer nicht überrascht. „Schaltjahr ist Kaltjahr“, weiß sie schon seit sie ein kleines Mädchen ist, und diese Regel bestätigt sich halt heuer auch wieder.

Aber das Wetter ist ein Thema, das uns Menschen fesselt und berührt wie kaum ein anderes. Ist ja auch logisch, denn in unserem Small-talk-Theme Nummer 1 steckt die existenzielle Frage des Überlebens, die über Jahrtausende die Menschen begleitete: Wird das Wetter so sein, dass wir überleben können? Das Wetter beeinflusst den Bestand an jagdbarem Wild ebenso wie den Wuchs der Feldfrüchte. Klimatische Unbilden und damit verbundene Hungersnöte entfachten gewaltige Wanderungsbewegungen auf der Suche nach neuem Siedlungsraum. Und wenn man sich die Hochwasser des Jahres

und Bildungsauftrag auch einen wichtigen Stellenwert als touristische Angebote.

Kulturelle Versorgung

Die kreisfreien Städte Niederbayerns dienen mit ihren Hoch- und Fachschulen, aber auch mit ihren Opern- und Schauspieltheatern der kulturellen Versorgung des ganzen Bezirks. Weder Landshut, noch Passau, noch Straubing könnten eigene Ensembles für die Musik- und Sprechbühne mit allen technischen Einrichtungen finanzieren. Im „Zweckverband Südostbayerisches Städtetheater“ hat der Bezirk eine gemeinsame Finanzierung begründet.

Zuverlässige Finanzierung

Als Fraktionsführer der CSU im Bezirkstag von Niederbayern hat Manfred Hölzlein viele Jahre die Arbeit Sebastian Schenks begleitet. 1998 ist er ihm im Amt des Bezirksstagspräsidenten nachgefolgt. 2003 hat mit ihm erstmals ein Niederbayer den Vorsitz im Verband der bayerischen Bezirke eingenommen. Bezirksstagspräsident Hölzlein hat es sich zur Aufgabe gemacht, eine zuverlässige Finanzierung für die Aufgaben durchzusetzen, die der Bezirk im Auftrag des Bundes und des Landes erfüllt. Er ist davon überzeugt, dass nur so die im Grundgesetz verankerte kommunale Selbstverwaltung erhalten werden kann.

In Zukunft wird das Engagement des Bezirk Niederbayern für die Regionalentwicklung wohl noch bedeutsamer werden. Die wirtschaftlichen Herausforderungen in der Region durch die offenen Grenzen nach Osten kann nur ein starkes kommunales Parlament „vor Ort“ zielsicher angehen. **DK**

Landshut setzt Zeichen für Europa:

Goldene Bürgermedaillen für Partnerstädte

Im Jubiläumsjahr setzte die Stadt Landshut ein besonderes Zeichen für Europa: Oberbürgermeister Josef Deimer verlieh beim Sommerempfang der Stadt vier goldene Bürgermedaillen an die Repräsentanten von Landshuts Partnerstädten Elgin, Sibiu/Hermannstadt, Compiègne sowie Ried im Innkreis.

„Landshut - eine europäische Stadt“ lautete auch der Titel der Rede von Oberbürgermeister Josef Deimer, der zahlreiche Gäste aus allen Teilen des gesellschaftlichen Lebens auf der Burg willkommen hieß. Durch die neuzeitliche Außenpolitik der Städte im bunten Bild der Partnerschaften sei dieses Europa viel schneller als gedacht zur Europäischen Union geworden, die sich der Wiedervereinigung dieses Erdteils innerhalb des eurasischen Kontinents zwischen Atlantik und Pazifik näherte, so Deimer.

Zukunft Europa

In seiner Rede zitierte der OB Stefan Zweig, der die geistige Situation nach dem Ersten Weltkrieg wie folgt beschrieben hatte: „... dass der Trieb nach einer Vereinigung Europas heute mehr in den Dingen selbst lebendig ist als in den Menschen.“ Wenn er sich die Wahlbeteiligung zum Europäischen Parlament vom 13. Juni vor Augen führe, so hege er keinen Zweifel an dieser Aussage, erklärte Deimer: „Dennoch müssen wir uns an den Visionen der Europäischen Einheit orientieren, weil Europa für uns die einzige Zukunft ist.“ Für die 800 Jahre alt gewordene Stadt Landshut gebe es nur eine friedliche Zukunft, wenn es keinen Krieg mehr gebe, keinen zerstörenden Völkerhass, der die Menschlichkeit außer Kraft setzt. Das Stadtoberhaupt brachte

die tiefempfundene Dankbarkeit gegenüber den europäischen Partnerstädten zum Ausdruck, „die uns nach den schrecklichen Ereignissen des Zweiten Weltkrieges in die Mitte genommen und mit uns gemeinsam zum besseren Verständnis der Kulturen und zur Sicherung des Weltfriedens gearbeitet haben“.

Für Elgin in Schottland - die Partnerschaft besteht seit 1956 - nahm Convenor Eddie Couts die Goldene Bürgermedaille entgegen. Die jüngste Städtepartnerschaft - seit 2002 - besteht mit der Hauptstadt der Siebenbürger Sachsen, Sibiu-Hermannstadt. OB Deimer überreichte die Bürgermedaille seinem Amtskollegen Klaus Johannes, dem er zur fulminanten Wiederwahl und zur Verleihung des Titels „Europäische Kulturhauptstadt 2007“ gratulierte. Mit Compiègne in Frankreich besteht seit 1962 eine sehr wertvolle „Jumelage“. Hier nahm Bürgermeister Philippe Marini die Ehrung in Empfang. Besonders nahe liegt die Stadt Ried im Innkreis (Österreich) mit ihrer bayerischen Tradition. Bürgermeister Albert Ortig, der sich über die seit 1974 bestehende Partnerschaft freute, bekam die goldene Bürgermedaille überreicht.

Auch eine Delegation aus der fünften Partnerstadt Schio war zu Gast. Ihr ehemaliger Bürgermeister Giuseppe Berlatto Sella hatte bereits 2003 die Auszeichnung entgegen genommen. **DK**

Verkehrsprojekte auf die Überholspur bringen

Staatsminister Eberhard Sinner prominentester Gast bei EuRegio-Ratssitzung

Den Verkehrsprojekten „Deutsche Einheit“ müssen nach der jetzt vollzogenen EU-Erweiterung weitere Verkehrsprojekte zur europäischen Einheit folgen. Das forderte Bayerns Staatsminister für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen Eberhard Sinner bei der 15. Sitzung des EuRegio-Rats am Mittwoch in Mattsee. Als Beispiel nannte er die „Magistrale für Europa“ - ein zukünftiger Hochleistungs-Schienenweg von Paris nach Budapest, der auch die Region Salzburg berühren soll. Solche Projekte gelte es jetzt in vielen kleinen Schritten „auf die Überholspur zu bringen“.

Zuvor hatte der Traunsteiner Landrat und EuRegio-Präsident Hermann Steinmaßl über das Geschäftsjahr 2003 der Euregio Salzburg-Berchtesgadener Land-Traunstein berichtet und dabei auf eine ganze Reihe nachhaltiger Aktivitäten verwiesen. So konnte zum Beispiel mit der erstmals auf EuRegio-Ebene ausgerichteten Berufsinformationssmesse in Salzburg ein wichtiger Impuls für eine gemeinsame Bildungsregion gegeben werden. Besonderes Gewicht hatte die Messe durch die Teilnahme der

beiden Bildungsministerinnen Elisabeth Gehrler, Österreich, und Monika Hohlmeier, Bayern, erhalten. In diesem Jahr soll das Projekt fortgeführt und intensiviert werden. Auch beim Zukunftsdialog zum Wirtschaftsstandort Europa-Region Salzburg, der im Kloster Seeon mit dem damaligen Landeshauptmann Dr. Franz Schausberger stattgefunden hatte, wurden wichtige Zielsetzungen zum gemeinsamen Standortmarketing und zu Verkehrsfragen fixiert.

Einen besonderen Dank rich-

tete Steinmaßl an die EuRegio-Geschäftsstelle für deren engagierte Arbeit.

Staatsminister Eberhard Sinner widmete sich in seinem Vortrag auch der Frage, wie eine Region in Zukunft ihr Profil erhalten könne. „Um sich nicht wie Würfelzucker in der Kaffeetasse aufzulösen, ist es wichtig, die Potenziale, die in der Region stecken, gemeinsam zu entwickeln und nach außen herauszustellen.“, formulierte der Referent. Dazu sei die Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene im Rahmen der EuRegio bestens geeignet. Auch eine hohe Beteiligung bei der anstehenden Europawahl am 13. Juni sei eine gute Möglichkeit, um in Europa Flagge zu zeigen.

In der anschließenden Diskussion ging es um die Anerkennung von Dienstleistungsberufen sowie um derzeit auf bayerischer Seite nicht realisierbare Verkehrsprojekte wie den dreigleisigen Ausbau des Streckenabschnitts Salzburg - Freilassing und die Sanierung der Länderbrücke in Laufen. Die Bearbeitung eines noch zu erstellenden Problemerkatalogs versprach Sinner intensiv zu unterstützen.

EuRegio-Vizepräsident Andreas Kinzl bat den Minister zudem



Vizepräsident und Präsident der EuRegio Andreas Kinzl (l.) und Landrat Hermann Steinmaßl (M.) danken dem Bayerischen Europaminister Eberhard Sinner mit einem Salzburger Stier als Pendant zum Bayerischen Löwen für seinen engagierten Vortrag vor dem EuRegio-Rat in Mattsee.

um Unterstützung für die Fortführung der Gemeinschaftsinitiative INTERREG nach 2006 auch im deutsch-österreichischen Grenzraum. Man habe zwar Verständnis für eine starke Unterstützung der Beitrittsländer; die Förderung der in Europa vergleichsweise jungen Binnengrenze zwischen Deutschland und Österreich dürfe dabei aber nicht vernachlässigt werden.

An der 15. Sitzung des EuRegio-Rats nahmen über 100 Vertreter aus Mitgliedsgemeinden, Politik, öffentlichem Leben und Interessensvertretungen teil. Besonders begrüßte Steinmaßl den Salzburger Landtagspräsidenten Johann Holztrattner und den 2.

Präsidenten Michael Neureiter sowie den Vizepräsidenten der Regierung von Oberbayern Dr. Wolfgang Kunert und den österreichischen Generalkonsul in München Dr. Christian Lassmann.

Holztrattner, der auch die Grüße der neuen Salzburger Landeshauptfrau Gabi Burgstaller, der Regierung und des Landtags überbrachte, gratulierte zu dem bisher Erreichten. Er betonte dabei besonders die Bedeutung des EuRegio-Entwicklungskonzepts, das als erstes seiner Art im deutsch-österreichischen Raum vor drei Jahren fertiggestellt wurde und seitdem eine wichtige Leitschnur für die Zusammenarbeit ist.

Dillingen:

Leo Schrell Sieger der Landratswahl

Der Kandidat der Freien Wähler, Leo Schrell, hat die Landratswahlen in Dillingen an der Donau gewonnen. Der Bürgermeister von Buttenwiesen erhielt nach Angaben des Landratsamtes des schwäbischen Kreises 53,5 Prozent der Stimmen. Seine Kandidatur hatte für Aufsehen gesorgt, da der frühere CSU-Mann wegen eines Streits bei der Kandidatenkür aus der Partei ausgetreten und zu den Überparteilichen gewechselt war. Schrells schärfster Konkurrent, der CSU-Landtagsabgeordnete Georg Winter, kam auf 29,7 Prozent, SPD-Kandidat Bernd Steiner auf 14,6 Prozent. Auf Hermann Mack (Republikaner) entfielen 2,1 Prozent. Alle vier Landratsbewerber sind Mitglieder des Kreistags Dillingen.

Leo Schrell tritt die Nachfolge des in der Nacht zum 23. April verstorbenen langjährigen Landrats Anton Dietrich an. Ein ausführliches Porträt über den neuen Dillinger Landrat folgt in der nächsten Ausgabe der Gemeindezeitung. **DK**

Vorschau auf GZ 15/16

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 15/16, die am 5. August erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ≪ Wasserversorgung • Wasserentsorgung
- ≪ Kommunale Baupolitik
- ≪ Krankenhäuser • Pflegeheime • Gerontotechnik
- ≪ Kommunale und private Freizeitanlagen
- ≪ Museen